ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00 Euro)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#57
Herbst 2014
lotta-magazin.de

"Kampf dem Genderismus"

Antifeminismus als Scharnier zwischen extremer Rechter, Konservatismus und bürgerlichem Mainstream

Außerdem: HoGeSa: Rechte Hooligans mobilisieren zum Kampf gegen Salafisten | Irmer wieder! Der Rechtsausleger der hessischen CDU | Der Aufstand des jüdischen „Sonderkommandos" in Auschwitz-Birkenau

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Internet existiert wahrlich nicht erst seit gestern. Wir haben das recherchiert. Wer einen Blick auf unsere Internetseite wirft, kann sich allerdings in die Archäolog_innen einfühlen, die Pompeji freilegten. Unter schweren Staubschichten kommt eine lang vergangene Welt zum Vorschein. Die Jahrtausendwende wird wieder lebendig. Doch jetzt kommt der Staub weg, die Ruinen werden abgetragen und eine neue Internetseite gebaut. Alles wird hübscher, zeitgemäßer und mit dem aktuellsten Schnickschnack versehen. Ein Onlinearchiv wird eingerichtet und unser Blog NRW Rechtsaußen in die Seite integriert. Dafür brauchen wir Zeit. Und die nehmen wir uns auch. Deshalb wird LOTTA #58 nicht in drei, sondern erst in sechs Monaten – pünktlich am 1. Mai 2015 – erscheinen. Für die Wartezeit werden wir euch aber mit einem extra-dicken und besonders chicen Heft entlohnen. Ihr werdet auch in der Zwischenzeit – ab Anfang 2015 – von uns lesen können – nämlich auf *lotta-magazin.de*, wo wir aktuelle Meldungen, Analysen und Hintergrundberichte veröffentlichen werden. Zukünftig werden Online und Print der LOTTA besser miteinander verzahnt sein. Über Anregungen freuen wir uns!

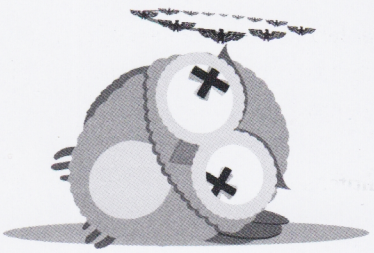
In unserem letzten Heft haben wir uns mit der „Baustelle NSU-Aufklärung" beschäftigt. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hat in Hessen die Arbeit aufgenommen, in NRW wird ein solcher gerade auf den Weg gebracht. In beiden Ländern haben sich Initiativen zusammengefunden, die die parlamentarische Aufklärung dokumentieren und kritisch begleiten werden. *NSU Watch Hessen* ist unter *hessen.nsu-watch.info* zu erreichen, *NSU Watch NRW* unter *nrw.nsu-watch.info*. Im Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe nehmen wir den organisierten Antifeminismus unter die Lupe. Denn im Kampf gegen einen angeblichen „Genderismus" oder eine befürchtete „Frühsexualisierung" sind Allianzen entstanden, die vom konservativen Feuilleton über christlich-fundamentalistische Gruppierungen und die AfD bis zur Neonazi-Szene reichen.
Ein dickes Dankeschön geht wie immer an die Autor_innen, Fotograf_innen und alle anderen, die unser Projekt auf vielfältige Art unterstützt haben.

Eure LOTTA-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 12. Oktober 2014. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 1. November 2014.

Recht(s) hohl

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung (extrem) rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette (extrem) rechten Schwachsinns präsentieren.



Der letzte macht den Deckel zu

Aus einem Bericht über den letzten Bundesparteitag der „Republikaner": „Die Anwesenden ehren [...] die Parteimitglieder, die leider bereits verstorben sind. Sie werden in ehrendem Angedenken geehrt."

Eiersuche

Die „Hooligans gegen Salafisten" bereiten sich jetzt schon auf das Osterfest vor: „Wir Hooligans marschieren vorne weg, bis der Durchschnittsdeutsche seine Eier wiedergefunden hat."

Unterschätzte Kriegshelden

Die AfD-nahe „Patriotische Plattform" ehrt ihr Mitglied Roland Ulbrich: „Er ist für uns durch die Buttersäure gegangen!"

Errata

Auf Seite 38 der LOTTA #55 schrieben wir von einer „pro NRW"-Kundgebung am 12. April in Leverkusen, die tatsächlich aber am 13. April stattfand. In der Wahlgrafik in LOTTA #56 (S. 27) haben wir beim Kreis Ennepe-Ruhr das extrem rechte „Bündnis Zukunft Ennepe-Ruhr" (BZEN) vergessen, das bei der Kreistagswahl 0,3 % sowie bei den Stadtratswahlen in Gevelsberg und Schwelm 0,5 bzw. 1,2 %, allerdings kein einziges Mandat erringen konnte. Wir bitten um Nachsicht!

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Sommer des Antisemitismus? ..... Seite 4
Eskalation bei Protesten gegen den Gazakrieg

Schwerpunkt

„Kampf dem Genderismus" ..... Seite 7
Antifeminismus als Scharnier zwischen extremer Rechter, Konservatismus und bürgerlichem Mainstream

Antifeminismus in Bewegung ..... Seite 8
Extrem rechte Geschlechterpolitiken und ihre Anschlussfähigkeiten

Antifeminismus als drittes Markenzeichen ..... Seite 12
Geschlechterpolitische Standpunkte der AfD

Einmal Opferrolle rückwärts ..... Seite 15
Argumentationsmuster des organisierten Antifeminismus

Besorgniserregende Eltern ..... Seite 17
Mobilmachung gegen Sexualpädagogik in gruseligen Allianzen

Contre l'amour? ..... Seite 20
Massenproteste gegen die Homosexuellenehe in Frankreich

Extreme Rechte

„Ich kann das..." ..... Seite 23
Melanie Dittmer: eine extrem rechte Aktivistin unter der Lupe

„Ein ganz toller Tag"? ..... Seite 26
Der „Zwischentag 2014" versagt in NRW

„Kämpf für unser Land!" ..... Seite 29
Rechte Hooligans mobilisieren zum Kampf gegen Salafisten

„1 : 0 für uns" ..... Seite 32
Die Neonazi-Szene im Kreis Siegen-Wittgenstein

„Knüppelkommando Kaiserstraße 30" ..... Seite 34
Vier Wuppertaler Neonazis wegen schwerer Gewalttat verurteilt

Erhellung des Umfelds? ..... Seite 36
Zum Stand des NSU-Gerichtsprozesses in München

Unter freiem Himmel ..... Seite 38
Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Kurzmeldungen ..... Seite 40
Fakten, Fakten, Fakten aus den LOTTA-Ländern

Braunzone

Irmer wieder! ..... Seite 46
Der Rechtsausleger der hessischen CDU

International

Die Retter der „Weißen Rassen" ..... Seite 48
Die extreme Rechte in der Ukraine

Geschichte

„...die Angst weggeschoben" ..... Seite 52
Vor 70 Jahren: Der Aufstand des jüdischen „Sonderkommandos" in Auschwitz-Birkenau

Hintergrund

Symbole und Sackgassen ..... Seite 56
Von Konzentrationslagern und Vernichtungslagern

(Anti)Rassismus

Ende der Abschiebehaft in Büren!? ..... Seite 60
Urteil des EuGH hat Konsequenzen für Flüchtlinge in NRW

Justiz

Der § 130 StGB ..... Seite 62
Was ist eigentlich Volksverhetzung?

Rezension

Rezensionen ..... Seite 64
Kein Platz an der Sonne / „Deutschland treibt sich ab" / Antifa Gençlik / Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit

Von Arndt Bottermann

Sommer des Antisemitismus?

Eskalation bei Protesten gegen den Gazakrieg

Kurz nachdem Israel Anfang Juli mit Militärschlägen auf den wochenlangen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen reagierte, kam es bundesweit zu Demonstrationen gegen den Krieg. Mitglieder der palästinensischen Gemeinden, türkische NationalistInnen, IslamistInnen aber zum Teil auch linke wie rechte AktivistInnen zogen zusammen durch die Innenstädte. „Die Linke“ NRW erklärte sich gar in einer Pressemitteilung mit allen in NRW stattfindenden Demonstrationen solidarisch. Dabei wurden auf diesen derart häufig antisemitische Inhalte verbreitet wie selten zuvor.

„Allahu Akbar“ rufend zogen etwa 100 Personen am 11. Juli durch die Essener Innenstadt. Das Ziel der DemonstrantInnen: Die Alte Synagoge. In letzter Minute konnten PolizeibeamtInnen den aggressiven Mob daran hindern, die Synagoge anzugreifen. Der versuchte Angriff war eine der ersten wahrnehmbaren antisemitischen Aktionen im Zuge der Proteste gegen den Gazakrieg. In den nächsten Wochen folgten zahlreiche von Antisemitismus begleitete Demonstrationen. Gleich in der Nacht nach dem versuchten Angriff auf die Synagoge in Essen, am 12. Juli, zogen 120 Personen, „Kindermörder Israel“ rufend, durch die Straßen Bochums. Zeitgleich fand auch in Gelsenkirchen eine propalästinensische Demo mit rund 150 TeilnehmerInnen statt. „Wir haben gegen die Zionisten in Israel protestiert. Die Demo war natürlich friedlich“, so **Taylan Can**, Anmelder der Demonstration. Immer wieder betont Can, „gegen die Zionisten“ protestieren zu wollen und nicht „gegen die Juden“. Was ihm in Gelsenkirchen womöglich entgangen ist, zeigt das Video eines freien Kamerateams bei YouTube: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ skandieren die DemonstratInnen dort.

Neonazis laufen mit

Ebensfalls am 12. Juli versammelten sich mittags in Dortmund und Frankfurt am Main Tausende, um gegen den Gaza-Krieg und Israel zu demonstrieren. In Dortmund wuchs die für 200 bis 300 Personen angemeldete Demonstration schnell zu einer Veranstaltung mit rund 2.000 TeilnehmerInnen an. Auf Transparenten wurde „Stop Israel Juden" gefordert, die Militärschläge der israelischen Armee mit dem Holocaust verglichen. Zu sehen waren auch Fahnen der *Hamas* und der *Hisbollah*.

Schnell kam es zu Anfeindungen in Richtung der JournalistInnen. Die „Zionisten"- oder „Judenpresse" solle verschwinden, sonst könne man was erleben, war von den DemonstrantInnen zu hören. Die Polizei war mit der Lage völlig überfordert. Den 2.000 TeilnehmerInnen standen zwei Streifenwagen und zwei Motorradbeamte gegenüber. JournalistInnen, die sich bei der Polizei über die Bedrohungen beschwerten, wurde erklärt, man müsse jetzt damit leben. Unter die DemonstrantInnen mischten sich auch ein paar Kader aus dem Umfeld des verbotenen *Nationalen Widerstand Dortmund*, die gegen den „Weltbrandstifter Israel" demonstrieren wollten. Mit dabei waren unter anderem der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende von *Die Rechte*, **Michael Brück**, sowie **Christoph Meier** und **Lukas Bals**. Kurzzeitig führten sie sogar die Demonstration mit an.

Am selben Tag, knapp 200 Kilometer nördlich in Bremen blieb es nicht bei antisemitischen Parolen und Drohungen. Ein 28-jähriger Passant wurde verletzt. Der Mann hatte sich schützend vor einen Journalisten der *tageszeitung* gestellt, der von den DemonstrantInnen angegriffen wurde. Dabei wurde er mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt und blieb bewusstlos liegen. Polizisten, vor deren Augen der Vorfall stattfand, blieben tatenlos in ihrem Streifenwagen sitzen.

Auch auf der Frankfurter Zeil eskalierte nahezu zeitgleich mit dem Dortmunder Aufmarsch eine israelfeindliche Demonstration von 2.500 Menschen. Neben einigen AnhängerInnen der Studierendenorganisation *Die Linke – SDS* hatten sich auch viele zumeist junge IslamistInnen und einige Aktivisten der Neonazi-Organisation *Freies Netz Hessen* unter die Teilnehmenden gemischt. Nach Beendigung der Demo zogen mehrere Hundert DemonstrantInnen über die Einkaufsmeile Zeil. Die Situation eskalierte. Die Gruppe versuchte, Polizeiketten zu durchbrechen. Erst als einer der DemonstrantInnen die Menge über einen Lautsprecher der Polizei dazu aufforderte, friedlich zum Ausgangspunkt zurückzukehren, beruhigte sich die Situation. Auf dem Rückweg gab derselbe Demonstrant durch den von der Polizei gestellten Lautsprecherwagen immer wieder die antisemitische Parole „Kindermörder Israel" durch. Am Tag darauf, dem 13. Juli, versammelten sich in Frankfurt wieder 500 israelfeindliche ProtestlerInnen in der Innenstadt. Eine aggressive Gruppe von rund 30 Personen bedrängte eine Gruppe JournalistInnen. Die Polizei versuchte daraufhin, den Pressefotografen das Fotografieren zu untersagen.

Mangelnde Abgrenzung

Schon bevor sie überhaupt stattfand, sorgte eine weitere Demonstration für Schlagzeilen. Die *Linksjugend ['solid]* Ruhr, *Die Linke* NRW und die palästinensischen Gemeinden hatten für den 18. Juli unter dem Motto: „Stoppt die Bombardierung Gazas" zu einer Demonstration in Essen aufgerufen. In der Einladung wurde Israel die alleinige Schuld an der Eskalation gegeben. Die zu der Zeit in vierstelliger Zahl auf Israel abgefeuerten Raketen der Hamas wurden mit keinem Wort erwähnt. Erst als der Protest immer stärker wurde, überwand man sich, einen Halbsatz in den Aufruf einzubauen, der die Raketenabschüsse aller Seiten verurteilte.

In den *Facebook*-Kommentaren zur Veranstaltung tobte sich ein antisemitischer Mob aus. Fast einen Tag stand dort ein Hitlerbild mit dem Zusatz: „Er hat es geplant – FREE PALESTINA!!!" Nur zaghaft wurden die schlimmsten Kommentare entfernt. *Linksjugend* und *Linke NRW* hätten also wissen können, welches Publikum ihre Veranstaltung anzieht. So stand die Demonstration – frei nach Goethe – an diesem Tag unter dem Motto: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." Türkische FaschistInnen und NationalistInnen sowie radikale Muslime, gewappnet mit islamistischen Fahnen, gesellten sich zu einem bunten Haufen vermeintlich linker DemonstrantInnen. Einzelne Personen, die den antisemitischen Bogen überspannten, zog die Polizei aus dem Verkehr. So auch eine junge Frau, die ein Plakat mit einer israelischen Flagge, in deren Davidstern ein Hakenkreuz eingeflochten war, trug. Der antiemanzipatorische Block der über 1.000 DemonstrantInnen großen Kundgebung war mit Abstand der größte und dominierte die Veranstaltung. Er übertönte die eigentlichen Redner mit „Allahu Akbar"- und „Kindermörder Israel"-Parolen. Als der Landessprecher der *Linken* in NRW, **Ralf Michalowsky**, ebenso wie der Bundestagsabgeordnete der *Linken*, **Niema Movassat**, in ihren Reden auch die Hamas-Raketen verurteilten, schrie die Masse der Kundgebung die zwei Redner nieder und forderte weitere Raketen auf Israel. Lange vor dem geplanten Ende der Versammlung lösten die VeranstalterInnen die Kundgebung auf. Die Parole „Hoch die internationale Solidarität" war da schon von den FundamentalistInnen niedergebrüllt worden.

Oben: Christoph Meier, Michael Brück und Lukas Bals am 12. Juli 2014 in Dortmund. **Unten:** Taylan Can am 1. August in Hagen.

Nach der Auflösung liefen etwa 300 bis 400 Menschen durch die Innenstadt und durchbrachen dabei zwei Polizeiabsperrungen. Den Weg in Richtung Alter Synagoge konnte die Polizei in letzter Minute erfolgreich versperren, sodass die aggressive Gruppe Richtung Hauptbahnhof abbog. Auf dem Bahnhofsvorplatz fand eine pro-israelische Kundgebung statt. Mit letzter Mühe konnte die völlig überforderte Polizei die Gruppe einige Meter vor der Pro-Israel-Veranstaltung stoppen. Vor der Polizeikette sammelten sich immer mehr DemonstrantInnen, die unter anderem „Tod den Juden" sowie „Hitler, Hitler" riefen und den „Deutschen Gruß" zeigten. Immer wieder kam es auch zu Würfen in Richtung der eingekreisten DemonstrantInnen. Nach einiger Zeit mussten diese von der Polizei mit einem Bus evakuiert werden. Unter den Einpeitschern befand sich – mal wieder – Taylan Can.

In völliger Verdrängung des Ablaufs zog die *Linksjugend Ruhr* ein positives Fazit: „Wir haben klar gemacht: Antisemitische, rassistische und antimuslimische Statements werden auf der Kundgebung nicht geduldet und haben dies auch durchgesetzt." Und weiter: „Auch die Panikmache im Vorfeld, es könnte mit einiger Wahrscheinlichkeit einen Angriff auf die Synagoge geben, hat sich nicht bewahrheitet." Dass dies am Einsatz der Polizei lag und nicht an der fehlenden Motivation der DemonstrantInnen, ist der *Linksjugend* wohl entgangen. Auch bei der *Linken NRW* ist im Nachgang wenig Einsicht zu erkennen. Stattdessen fühlt man sich von der Presse verfolgt. Unter anderem forderten **Özlem Alev Demirel**, Ralf Michalowsky und Niema Movassat die *Süddeutsche* auf, „ihre falsche Medienberichterstattung im Zusammenhang mit den Kundgebungen für einen Frieden im Nahen Osten am 18.07.2014 zurückzuziehen".

Die Reihe der Demonstrationen setzte sich weiter fort. Schon einen Tag nach der Veranstaltung in Essen kam es im Dortmunder Norden zu einer ähnlichen Demonstration, bei der antisemitische Sprüche wie „Kindermörder Israel" und „Zionisten sind Faschisten" dominierten. Wieder mit dabei war Ralf Michalowsky, der zum Ende eine Rede hielt. Erneut war auch eine Abordnung der Partei *Die Rechte* erschienen, deren Beteiligung nicht auf nennenswerte Gegenwehr stieß.

Antisemitisch motivierte Gewalt

Während des Gaza-Krieges kam es nicht nur zu antisemitisch aufgeladenen Demonstrationen, sondern auch zu mehreren Gewalttaten. Am 14. Juli warfen Unbekannte in der Nacht des WM-Endspiels eine Scheibe der Gelsenkirchener Synagoge mit einem Gullideckel ein. Am 24. Juli nahm die Polizei in Essen vier Männer vorläufig fest, die auf *Facebook* einen Anschlag auf die Alte Synagoge angekündigt hatten. Wie ernsthaft ihre Tatabsichten waren, ist nicht klar. Fünf Tage später wurden mehrere Brandsätze auf die Synagoge in Wuppertal geworfen. Ein Sachschaden entstand aber nicht. Ende Juni erhielt ein Frankfurter Rabbiner einen Anruf, in dem ihm gedroht wurde, 30 jüdische Menschen aus der Stadt zu ermorden, falls der Familie des Anrufers in Gaza etwas zustoßen solle. Nur wenige Tage später wurde eine Flasche in das Badezimmer einer Frankfurter Jüdin geworfen, sie selbst unter anderem als „Judenschwein" beschimpft.

Ohrenbetäubendes Schweigen

Festzuhalten bleibt: Trotz antisemitischer Parolen und Schilder sowie der massiven Anwesenheit von IslamistInnen und türkischen NationalistInnen hielten Teile der Linken an ihrer Beteiligung an den Demonstrationen fest. Teils gehörten sie gar zu den Organisatoren. **Bodo Ramelow**, der thüringische Landesvorsitzende der *Linken*, erklärte in Anbetracht der Ereignisse in Essen: „Wenn Mitglieder der *Linken* oder der *Linksjugend* das schweigend akzeptieren, dann verlieren sie jedes Recht, sich Antifaschisten zu nennen oder gar zu behaupten gegen Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Für solches ohrenbetäubendes Schweigen empfinde ich tiefe Scham!"

Von Britta Kremers

„Kampf dem Genderismus"

Antifeminismus als Scharnier zwischen extremer Rechter, Konservatismus und bürgerlichem Mainstream

„Zum Thema Gender wurde ein ganzer Strauß an Begriffen erschaffen, ohne sie genau zu definieren. In WikiMANNia steht Genderismus für die Ideologie (wie etwa Feminismus oder Kommunismus), Gender Mainstreaming für die politische und Gender Studies für die (schein)wissenschaftliche Etablierung der Gender-Ideologie in der Gesellschaft, sowie Gendersprech für die Verankerung in der Sprache mit den damit verbundenen Sprachmanipulationen." So eine Vorbemerkung im Wiki des Portals *WikiMANNia* der antifeministischen „Männerrechts-"Bewegung zum Thema „Genderismus". In eben diesem „Genderismus" haben vielerlei AkteurInnen in den letzten Jahren ein Feindbild gefunden. „Genderismus" fungiert als Container-Begriff für alles, bei dem es um Geschlechterpolitik, Gleichstellung von Frauen oder gar Feminismus geht. Dabei sind Allianzen entstanden, die vom konservativen Feuilleton über christlich-fundamentalistische Gruppierungen, die *Alternative für Deutschland* und mit ihr verbundene Netzwerke und die „Neue Rechte" bis zur Neonazi-Szene reichen. Die Agitationsfelder sind vielfältig, „Frühsexualisierung", „Väterrechte", Gender Mainstreaming, Homosexuellen-Ehe sind nur einige prominente Beispiele. Im Internet ist ein breites Netz an Organisationen, Initiativen und Foren entstanden. Mittlerweile hat sich diese Bewegung auch auf der Straße formiert. Dass sich mit diesen Themen einige Menschen mobilisieren lassen, zeigen nicht nur die jährlichen „1.000 Kreuze Märsche" fundamentalistischer AbtreibungsgegnerInnen in Münster, Berlin, Fulda und München, sondern auch die Demonstrationen der Initiative *Besorgte Eltern* und die Massenproteste in Frankreich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe.

Einmal mehr wird deutlich, wie wichtig feministische Positionierung und Praxis ist, nicht nur um die mühsam erkämpften Fortschritte zu verteidigen. Antifeminismus und eine binäre Geschlechterordnung stellen zum einen die Grundlage konservativer bis extrem rechter, völkischer Weltbilder dar, sind aber darüber hinaus fest im gesellschaftlichen Mainstream verankert.

Um auch den vielfältigen Gegenaktionen zu den verschiedenen antifeministischen Events Raum zu geben, haben wir uns entschieden, die Artikel mit eben diesen Aktionen zu bebildern. Denn ohne sie wäre die Beschäftigung mit dem Thema noch frustrierender. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zeigen einmal mehr, wie wichtig die Verknüpfung von Feminismus und Antifaschismus ist. Also ... still loving feminism!

Juliane Lang gibt in ihrem Artikel einen Überblick über extrem rechte Geschlechterpolitiken und ihre Anschlussfähigkeiten ..... *Seite 8*

Die geschlechterpolitischen Standpunkte der „Alternative für Deutschland" beleuchtet **Paula Stern** – und zeigt deren Relevanz innerhalb der Partei auf ... *Seite 12*

Hinrich Rosenbrock befasst sich in seinem Artikel mit dem Antifeminismus der selbsternannten „Maskulisten", die Männer als Opfer des Feminismus stilisieren ..... *Seite 15*

Verena Grün und **Lucius Teidelbaum** nehmen die Mobilisierungen gegen „Frühsexualisierung" in Köln und Stuttgart unter die Lupe und zeigen auf, aus welchen Milieus sich der Protest speist ..... *Seite 17*

Das große Vorbild der antifeministischen Mobilisierung sind die Massendemonstrationen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Frankreich. **Bernard Schmid** schildert deren gesellschaftliche Verankerung und die Verbindungen zur extremen Rechten ..... *Seite 20*

Foto: apabiz

Von Juliane Lang

Antifeminismus in Bewegung

Extrem rechte Geschlechterpolitiken und ihre Anschlussfähigkeiten

Im „Kampf gegen den Genderismus" und in der Rettung der traditionellen Familie hat die extreme Rechte seit etwa acht Jahren strömungsübergreifend Themen ausgemacht, von denen sie sich Anschluss verspricht an breit geführte Debatten um eine postulierte „Krise der Geschlechter" und einen sich auch in anderen Teilen der Gesellschaft entladenden Antifeminismus.

Angriffe gegen „Gender"

Angestoßen durch die Diskussion um die antifeministischen Veröffentlichungen **Eva Hermans** im Mai 2006 sowie einen Artikel **Volker Zastrows** in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in dem Gender Mainstreaming als „politische Geschlechtsumwandlung" tituliert wurde, begannen die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die NPD-Postille *Deutsche Stimme* und diverse rechte Organisationen eine politische Kampagne: Polemisiert wurde gegen „Gender" und die „gesellschaftszersetzende Maßnahme ‚Gender Mainstreaming'", die das Ziel der „Schaffung eines neues Menschentypus" (Internetportal *Free Gender*) verfolge. Schnell war von neurechter Seite zudem der Begriff des „Genderismus" kreiert. Dieser findet heute Verwendung in maskulistischen Internetforen ebenso wie bei christlich-fundamentalistischen „LebensschützerInnen" oder im Wahlprogramm der *Alternative für Deutschland* (AfD). Der Begriff dient AntifeministInnen zum Rundumschlag gegen eine moderne und pluralistische Gesellschaft an sich: verhandelt wird eine Themenpalette vom Umgang mit Homosexualität bis zur Rolle von Frauen und Männern, von Abtreibungspolitiken bis zur Kindererziehung, von staatlichen und suprastaatlichen Familienpolitiken bis hin zum „Mythos Multikulti".

Galten die Angriffe in einer ersten Welle der Jahre 2006-2009 zunächst dem von extrem rechter Seite zum Angriff auf das deutsche Volk stilisierten „Gender (Mainstreaming)", so sind es seit etwa anderthalb Jahren in einer zweiten

Welle vermehrt Debatten um familienpolitische Themen, die von AntifeministInnen unterschiedlicher politischer Couleur für ihren Populismus gegen die Vielfalt geschlechtlicher Lebensweisen genutzt werden. Die (bürgerliche) Familie als statische Einheit von Mann, Frau und Kind(ern) gerät zum Politikum, die ihrer Privatheit entrissen und zugleich vor staatlichen Interventionen etwa im Bereich der Bildungspolitik geschützt werden soll. Fundamentalistische ChristInnen, MaskulistInnen, organisierte Neonazis, RechtspopulistInnen und nicht zuletzt die „WutbürgerInnen" der Republik wähnen sich als VerteidigerInnen traditioneller Familien- und Geschlechterbilder und einer von ihnen als „natürlich" erklärten, heteronormativen Ordnung der Geschlechter.

Geschlechterverhältnisse in der „Volksgemeinschaft"

Die Normierung von Geschlecht und Sexualität in der extremen Rechten ist nicht neu und folgt der ideologischen Konstruktion der „Volksgemeinschaft", die als zentraler Baustein extrem rechter Ideologie zu betrachten ist. Dabei war sie weder im historischen Vorbild des Nationalsozialismus reales Abbild der Gesellschaft, noch ist sie dies heute in Bezug auf die extreme Rechte. In ihrem Charakter als völkische Ordnungsvorstellung ist sie vielmehr Verheißung und Normierung zugleich: die Verheißung einer harmonischen Zukunft, welche sich aus der gegenwärtigen Misere erhebt. Und zugleich Normierung, indem sie Teilhabe an und Rollen innerhalb der imaginierten Gemeinschaft definiert. Geschlecht fungiert als Platzanweiser in der streng anti-individualistischen und autoritär-hierarchischen Ordnung. Ein grundsätzliches Herauslösen der Einzelnen aus den ihnen zugedachten Rollen wird zur Bedrohung der Gemeinschaft als Ganzes stilisiert. Das schließt nicht aus, dass einzelne aktive Frauen und Männer in der Szene von vorgedachten Geschlechterrollen abweichen, (re-) produziert jedoch die völkische Norm. Teil dieser Norm ist das Zusammenleben der Geschlechter in der heterosexuellen Kleinfamilie mit möglichst zahlreichen Kindern und dem Zusammenleben der Generationen unter einem Dach. **Gitta Schüßler**, familienpolitische Sprecherin der ehemaligen NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Vorstandsmitglied des *Ring Nationaler Frauen* (RNF), erklärt anlässlich des weitgehend unbekannten *Internationalen Tages der Familie* am 15.05.2012: „Im Gegensatz aber zu anderen Parteien (...) erscheint es uns nicht sinnvoll, sogenannten ‚modernen Familienformen' hinterherzuhecheln, schwulen Minderheiten Adoptionsrechte einzuräumen und ganz allgemein ‚Beziehungen der Beliebigkeit' unter dem Deckmantel der ‚Moderne' zu propagieren.". Die Konstruktion der „Volksgemeinschaft" kennt keine Individuen, sondern nur die heterosexuelle Familie als „kleinste Zelle" der völkischen Gemeinschaft, und weist Männern und Frauen qua Geschlecht ihre jeweiligen Aufgaben zum Wohle der „Volksgemeinschaft" zu. Frauen obliegt in erster Linie die Verantwortung für das Gebären sowie die Erziehung möglichst zahlreicher Kinder, Männern die Sphäre des politischen Kampfes. Die Vorstellung eines sozialen Geschlechts – Gender – bedroht diese Rollenaufteilung und damit die „Volksgemeinschaft"-svorstellung als solche.

Extrem rechte Familienpolitiken

In der NPD ist zu beobachten, dass ein offenes Polemisieren gegen „Gender" ergänzt wird durch eine vermeintlich anschlussfähigere Argumentation der „Förderung deutscher Familien". In ihrem familienpolitischen Programm geht es der NPD dabei mitnichten um die allgemeine Unterstützung von Familien: Vielmehr wird Bevölkerungspolitik betrieben und die Förderung heterosexueller, herkunftsdeutscher Familien gegen die Förderung vielfältiger familialer Lebensformen und das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft ausgespielt. Deutlich abzulesen ist dies u.a. an einer Aktion der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) im Vorfeld der Bundestagswahl 2013: Die Jugendorganisation der NPD verschickte Kondome mit der Aufschrift „Für Ausländer und ausgewählte Deutsche". Als „ausgewählte Deutsche" werden „Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklungspolitik hervorgetan haben" adressiert. So verstehen die JN ihre Aktion als Beitrag, „den demografischen Wandel [zu] bekämpfen", indem sie verdeutlichen, wer im Denken der Neonazis möglichst zahlreiche Kinder bekommen und wer Verhütungsmittel verwenden soll: es geht ihnen darum, mehr ‚deutsche' Kinder in tradiert heteronormativen Verhältnissen aufwachsen zu sehen. Forderungen der NPD nach einem „Mehr für Kinder" sind stets verknüpft mit der Forderung eines „Weniger für Ausländer".

Und auch die ursprünglich als Anti-Euro-Partei angetretene AfD versteht sich laut ihrer Bundessprecherin **Frauke Petry** als „Familienpartei", die laut Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen einer „menschenfeindlichen Ideologie wie dem verqueren Genderismus (...), der uns mit aller Macht aufgezwungen werden soll", entgegentreten will. Petry spricht offen von Familienpolitik als Bevölkerungspolitik – einer Politik, die sich an der Norm der heterosexuellen Mehrkindfamilie orientiert und der demografischen Entwicklung begeg-

nen soll. So fordert die brandenburgische AfD: „Stärkung von Familien und eine Willkommenskultur für Kinder müssen Vorrang vor Zuwanderung haben." Es geht in erster Linie um den Erhalt von Privilegien in von Ungleichheiten durchzogenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen: das Vorrecht der traditionellen Familie vor pluralisierten familialen Lebensformen, von „Deutschen" gegenüber „Nicht-Deutschen", heterosexueller gegenüber homosexuellen Partnerschaften, Männern gegenüber Frauen. Zu diskutieren bleibt, inwieweit der Anti-Gender- und Familien-Populismus der AfD einen Beitrag zu den Wahlerfolgen bei Europa- und Landtagswahlen 2014 geleistet hat – zumindest stand er dem nicht entgegen.

Antifeministische Allianzen

Der offene Populismus gegen „Gender" und die Gegnerschaft zu einer Vielfalt geschlechtlicher, sexueller und familialer Lebensweisen dient einem in sich heterogenen Milieu zur Bestimmung eines gemeinsamen Feindbildes und zeugt von diskursiven Überschneidungen im antifeministischen Populismus einer schier unüberschaubaren Anzahl an Parteien, Organisationen und engagierter Einzelpersonen. Themen von geschlechter- und familienpolitischer Relevanz nehmen hier eine Scharnierfunktion zwischen extremer, konservativer und religiöser Rechter mit Verbindungen bis weit in den bürgerlichen Mainstream ein.

Es sind rechtsoffene Zeitungen und Magazine, die dem benannten antifeministischen Spektrum als Bezugsgrößen dienen. Neben der *Jungen Freiheit* ist dies das *Compact*-Magazin, in dessen Schwerpunktausgabe „Feindbild Familie – Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder" im Frühjahr 2014 u.a. der ehemalige Bundesminister **Norbert Blüm** seine Kulturkritik der gegenderten Gesellschaft in einem Interview betont. Bereits im November 2013 veranstaltete das *Compact*-Magazin eine Konferenz unter dem Titel „Werden Europas Völker abgeschafft? Familienfeindlichkeit, Geburtenabsturz und sexuelle Umerziehung". Dort referierten RednerInnen von **Thilo Sarrazin** bis hin zum „Kaptain-Blaubär"-Autor **Bernard Lassahn** über die Gefahren der „Gender Mainstreaming-Ideologie" – Eva Herman wie auch Frauke Petry sagten ihre Teilnahme kurzfristig aufgrund der zu erwartenden Gegenproteste ab. Dies nahm der Veranstaltung nichts an antifeministischem Populismus: „Das Gender-Mainstreaming-Programm ist offensichtlich (...) eine Ideologie, deren Ziel es ist, eine neue Weltordnung zu schaffen. Eine Sozialideologie einer Mikro-Mikro-Minderheit, einer politischen Avantgarde, die ihr Programm mit großer systematischer Kraft zur Staatsdoktrin erhoben hat", heißt es in einem Videozusammenschnitt der Konferenz. Während es dem *Compact*-Magazin mit seinem vorherigen Schwerpunkt auf die Anti-Euro-Politik nur begrenzt gelang, AkteurInnen unterschiedlicher politischer Provenienz zusammen zu bringen, ist es mit den offen antifeministischen Polemiken gegen „Sexuelle Umerziehung", „Raubtierfeminismus" und „Schulfach schwul" anschlussfähig in einem breiten Spektrum von Gender-GegnerInnen.

Und so sieht nicht nur die extreme Rechte die völkische Ordnung bedroht von „Feministinnen", die qua zur Ideologie verkommener Gleichstellungspolitik die „natürliche Ordnung der Geschlechter" abschaffen wollen. Über politische Lager hinweg werden die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie die Legitimität staatlicher Interventionen im Bereich der Familien- und Bildungspolitik diskutiert. Hiervon zeugten zuletzt die Proteste gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg (siehe S. 17). Auch wenn sich die Initiative auf ihrer Internetseite von offen extrem rechtem Gedankengut distanziert, ist die diskursive Nähe bei den Polemiken gegen „Gender" und „Gender Mainstreaming gegeben. Einer Pluralisierung von Lebensmodellen und Geschlechterrollen im Zuge der letzten Jahrzehnte versuchen die AkteurInnen mit naturalisierten, eindeutigen Vorstellungen von Männlich- und Weiblichkeiten und einer darin fußenden „natürlichen" Ordnung der Geschlechter zu begegnen. Sie fühlen sich herausgefordert von einem omnipotent imaginierten Feminismus und der Infragestellung traditioneller Geschlechterrollen. Über politische Lager hinweg wird ein anti-moderner Diskurs über die Ordnung der Geschlechter, die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partner-

Literatur

Sanders, Eike/ Jentsch, Ulli/ Hansen, Felix (2014): **„Deutschland treibt sich ab". Organisierter „Lebensschutz", christlicher Fundamentalismus, Antifeminismus**. Münster.

Frey, Regina/ Gärtner, Marc/ Köhnen, Manfred/ Scheele, Sebastian (2014): **Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse**. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, 2.Auflage, Berlin.

Kemper, Andreas (2014): **Keimzelle der Nation. Zur Geschlechterpolitik der AfD nach der Europawahl 2014**. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin.

schaften sowie nicht-normative Lebensweisen gespeist.
Von offen antifeministischen Inhalten in den Wahlkämpfen und dem Populismus gegen „Gender" und vielfältige familiale, geschlechtliche und sexuelle Lebensweisen, versprechen sich extrem rechte und rechtspopulistische Parteien WählerInnenstimmen. Dies lässt auch Rückschlüsse auf antifeministische und homophobe Ressentiments in Teilen der Gesellschaft zu.

Kampf um Deutungshoheiten

Doch es geht nicht nur um WählerInnenstimmen: Angesichts gesellschaftlicher Debatten um die „Krise der Geschlechter" sind die Geschlechterpolitiken extrem rechter AkteurInnen als gezielte Intervention in gesellschaftliche Krisendiskurse und ein Ringen um Deutungsmacht darin zu verstehen. Ob der weitgehenden Unkenntnis feministischer Bewegungen und Theorien und eines Anti-Etatismus, der sich gegen eine konstatierte Bevormundung seitens des Staates richtet, werden letztlich Auseinandersetzungen um Deutungshoheiten über Begriffe geführt. „Wer einen Begriff plaziert und definiert, erreicht, daß man ein Wort benutzt und außerdem, daß man sich darunter etwas Bestimmtes vorstellt.[sic]", so der neurechte Vordenker **Karlheinz Weißmann**. Begriffe wie der Anglizismus „Gender", aber auch „Feminismus" werden in expliziter Gegnerschaft durch antifeministische ProtagonistInnen definiert. Nicht alle werden dabei so deutlich wie die *Junge Alternative für Deutschland*: Diese hat in Abgrenzung zu einer profeministischen Aktion der Jusos zum 8. März 2014 Schnappschüsse mit Statements, warum sie keine Feministen sind, veröffentlicht. Dort zeigt sich **Markus Frohnmaier**, Landesvorsitzender der *Jungen AfD* Baden-Württemberg, mit selbstgemaltem Schild und der Aussage: „Ich bin kein Feminist, weil der künstlich geschürte Kampf zwischen den Geschlechtern von den wirklichen Problemen in unserem Land ablenkt!" Ein anderer porträtiert sich mit der Aussage „Ich bin kein Feminist, weil eine Mutter genauso wertvoll ist wie eine Vorstandschefin!" In offen antifeministischer Weise wird hier gegen die Aufweichung heteronormativer Geschlechterverhältnisse mit klaren Rollenzuweisungen an Männer und Frauen polemisiert – im Falle der AfD ebenso von jungen Männern wie Frauen. Feminismus erscheint hier als eine omnipotente Verschwörung mit der Absicht, die Gesellschaft in totalitärer Weise umzugestalten und die Menschen daran zu hindern, ihrer „natürlichen" Rolle nachzugehen, ja ihre ureigene geschlechtliche Identität anzunehmen. Im Kampf um Begriffe versuchen antifeministische AkteurInnen, liberalen Auffassungen geschlechtlicher und familialer Lebensformen mit einem gezielten öffentlichen Gegendiskurs zu begegnen.

Foto: apabiz

Und die Linke?

Während antifeministische Inhalte zum einen extrem rechte Wahlkämpfe durchziehen und zum anderen in weiten Teilen der Gesellschaft an Salonfähigkeit gewinnen, sind bislang nur wenige linke Gegenstimmen zu vernehmen, die über das Name-Dropping antifeministischer ProtagonistInnen und deren Netzwerke hinaus gehen. Dabei liegen erste Analysen vor, auf deren Grundlage sich Interventionen in antifeministische Diskurse thematisieren ließen. Auch haben sich rund um die Events der AntifeministInnen heterogene Bündnisse gefunden, die deren reaktionäre Vorstellungen und Forderungen aufzeigen. Ob gegen die *Compact*-Konferenz, die „Bildungsproteste" in Stuttgart oder die bundesweiten „Tausend-Kreuze-Märsche" der „LebensschützerInnen": stets sind es breite Bündnisse aus antifaschistischen und (pro-)feministischen Gruppen, die sich mit kreativen Aktionsformen dem antifeministischen Spuk entgegenstellen.

Von Paula Stern

Antifeminismus als drittes Markenzeichen

Geschlechterpolitische Standpunkte der AfD

Die „Alternative für Deutschland" (AfD) ist eine Männerpartei, darüber können auch 15,3 Prozent weibliche Mitglieder nicht hinwegtäuschen. Und die AfD vertritt geschlechterpolitisch antifeministische – im Eigenjargon „traditionelle" – Standpunkte.

In ihrem Programm zur Bundestagswahl vom 14. April 2013 stellt die AfD fest, dass Deutschland zu wenige Kinder habe. Das Land müsse „kinder- und familienfreundlicher" werden, denn die Familie sei „Keimzelle der Gesellschaft". Der Familie komme als Kernaufgabe zu, die Bildung der Kinder zu gewährleisten, denn in „erster Linie sind die Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich". Kitas und Schulen sollen dies „sinnvoll ergänzen". Dass hier Erziehungsaufgaben nicht gleichwertig auf die Eltern verteilt sein sollen, liegt nahe. Denn die AfD strebt, so steht es im Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament vom 22. März 2014, „die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen an". Das heißt, Frauen und Männern werden unterschiedliche Aufgaben zugewiesen, und diese wiederum werden biologisiert. Entsprechend lehnt die AfD „Gender Mainstreaming" als Programm ab, das auf die „Aufhebung der Geschlechteridentitäten" ziele. Im Online-Bereich „Fragen und Antworten" zum Partei-Programm ist die Rede von einer durch Rot-Grün „ideologisch gesteuerte[n] Verzerrung der Geschlechterrollen". Ideologisch verzerrt kann aber nur sein, was *eigentlich*, also natürlich, irgendwie anders ist. Geschlechterrollen scheinen so eben nicht historisch tradiert und gesellschaftlich produziert, sondern als etwas Wesentliches – dessen Veränderung damit widernatürlich, ideologisiert erscheint.

Familien als „natürlichste aller Gemeinschaften"

Im Wahlprogramm der sächsischen AfD vom 2. März 2014 liest sich all das weniger spröde und politisch deutlicher. Dort steht die Familienpolitik an erster Stelle, denn die Familie aus Mann, Frau und Kindern gilt als „natürlichste aller Gemeinschaften" und bedürfe damit „des besonderen Schutzes". Bereits in der Präambel bezieht man sich auf „mutige Bürger", die im November 1989 aufstanden – allerdings nicht, damit „die strangulierende Ideologie des Marxismus-Leninismus durch neue und nicht weniger menschenfeindliche Ideologien wie den verqueren Genderismus ersetzt wird, der uns mit aller Macht aufgezwungen werden soll". Die diskursive Verknüpfung von Feminismus und Marxismus ist in (extrem) rechten Publikationen nicht unüblich.

Wenn die AfD sonst davon spricht, staatliche Eingriffe in das Leben der Menschen als „ideologisch" abzulehnen, zeigt sich hier die tatsächliche Kritik dahinter. Staatliche Eingriffe, staatliche Förderung und Regulierung scheinen nicht die grundsätzlichen Probleme zu sein, vorausgesetzt sie funktionieren im Sinne der AfD: Minderheitenschutz, geschlechtliche Gleichstellung und Förderprogramme werden mit dem Verweis auf unzulässige staatliche Einflussnahme abgelehnt, Familienförderung hingegen als essentielle staatliche Aufgabe angesehen. Die jeweilige Betreuungsform beispielsweise solle laut sächsischer AfD „gleichwertig und ideologie-

frei“ unterstützt werden, allerdings sollen „aktuelle neurowissenschaftliche Erkenntnisse“ in diese Debatte einfließen. Damit ist zweifellos die umstrittene Hypothese einiger Wissenschaftler_innen gemeint, dass sich frühkindliche Fremdbetreuung negativ auf Kinder auswirke und wirklich stressfrei nur die Mutter-Kind-Bindung sei. Dass für die AfD „gestaltende Politik ihr Zentrum in der Familienpolitik finden“ soll, kann als Hinweis auf die Relevanz, die Familien- und damit geschlechterpolitische Themen für die Partei haben, gedeutet werden. Im sächsischen Wahlprogramm fühlt sich die AfD zum „Lebensschutz verpflichtet“, das heißt, sie positioniert sich gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und gegen Schwangerschaftsabbrüche. Auch die Gleichstellung homosexueller Paare und ein Adoptionsrecht für diese lehnt sie ab. Durch die Forderung des Familienwahlrechts, bei dem die Eltern die Stimmen ihrer minderjährigen Kinder wahrnehmen, und eines steuerrechtlichen Familiensplittingmodells, das vor allem Leistungsträger _innen zum Kinderkriegen animieren soll, will die AfD „die wertestiftenden Funktionen der Familie“ stärken und die Geburtenrate erhöhen.

Foto: apabiz

Gegen „Frühsexualisierung“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Ablehnung einer angenommenen „Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule“ – ein Thema, das auch in der der AfD nahestehenden Wochenzeitung *Junge Freiheit* großen Raum einnimmt. Die AfD befürchtet eine „indoktrinäre [...] Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte“, die ihren Ausdruck in der Neugestaltung der Lehrpläne durch den Bildungsplan 2015 der rot-grünen Landesregierung in Baden-Württemberg fände. Dieser war der AfD ein Anlass zur politischen Intervention und Kampagnenarbeit. Die stellvertretende Sprecherin im Landesvorstand der AfD in Baden-Württemberg, **Anna Schupeck**, lehnt die schulische Beschäftigung mit einer „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ rundum ab. Es sei ihr nicht bekannt, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen (LGBTI) in Deutschland diskriminiert würden, „ganz im Gegenteil“. Schupeck wünscht sich Bildung frei von „ideologischer Manipulation“ und beklagt gleichzeitig, dass im Lehrplan mit keinem Wort „auf Elternschaft, auf Mutterschaft oder Vaterschaft oder auf Familien eingegangen“ werde, „den tragenden Säulen unserer Gesellschaft“. Der Versuch, tatsächliche sexuelle Vielfalt in Lehrplänen widerzuspiegeln, also die Lehrpläne der gesellschaftlichen Realität anzupassen, wird vom baden-württembergischen AfD-Landesverband nicht nur als Ideologie gekennzeichnet, sondern als „Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender-Mainstreamings“. Der Ideologie-Begriff verkehrt sich hier in sein Gegenteil: Nicht die „Verschleierung“ und damit Rechtfertigung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse wird als Ideologie bezeichnet, sondern die Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dem politischen Gegner Ideologie vorzuwerfen, erscheint hier als wirkmächtiger diskursiver Trick. Und so heißt die den Mit-

gliedern zum Unterzeichnen empfohlene Petition auch „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens".

Ausgerechnet bei der erzkatholischen Nachrichtenseite *kath.net* äußerte sich **Beatrix von Storch** am 3. April 2014 in einem Gastkommentar zum Bildungsplan 2015. In dem Artikel „Die Katze ist nun aus dem Sack. Die Genderei verliert ihre Maske" beschreibt sie den Bildungsplan als „Gift der Genderideologie", das nun „in einer Klarheit und Gewalt" verspritzt werde. Von Storch echauffiert sich ebenso über „Boysday" und „Girlsday" an Schulen, die Jugendliche dazu bringen sollen, „entgegen ihrer ansonsten freiwilligen Wahl sich für geschlechteratypische Berufe zu interessieren", wie darüber, dass der Staat Elterngeld nur dann 14 Monate lang zahlt, „wenn auch der Vater mal in die Mutterrolle schlüpft und den Hausmann macht". All dies sei zwar prinzipiell in Ordnung, entscheidend sei die „Summe der Manipulationen". Neben dem Eintreten für traditionelle Familienkonstruktionen wird auch die geschlechterspezifische traditionelle Arbeitsteilung deutlich. Männer machen eben nur den Hausmann. Von Storch sitzt für die AfD im Fachausschuss „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter" des Europäischen Parlaments und ist wohl eine der schillerndsten Personen der AfD. Sie gilt als Netzwerkerin im rechtskonservativen Spektrum. Die antifeministisch ausgerichtete *Zivile Koalition e.V.* wird von ihr und ihrem Ehemann geführt, sie ist Mitglied der *Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft*, Vorstandsmitglied des Vereins *BürgerKonvent*, Mitbegründerin des Vereins *Göttinger Kreis*, der eine Wiedergutmachung durch die von Boden- und Industriereform in der DDR Geschädigten fordert, und führendes Mitglied der *Allianz für den Rechtsstaat*, die sich für eine Rückgabe des Bodenreformlandes in die Hände der früheren Großgrundbesitzer einsetzt. Von Storch publizierte in den Zeitschriften *eigentümlich frei* und *Junge Freiheit* (JF) und wird vom JF-Autor **Michael Paulwitz** liebevoll als „heimliche Geburtshelferin der 'Alternative für Deutschland'", als „Mutter der Bewegung" bezeichnet.

Antifeminismus als Markenzeichen

Dass es vielen in der AfD um eine grundsätzliche Ablehnung des Feminismus geht, machte auch eine Kampagne der *Jungen Alternativen* deutlich, die Mitte März 2014 auf deren *Facebook*-Seite gestartet wurde. Jugendliche wurden mit so sinnvollen Plakaten abgebildet wie „Ich bin keine Feministin, weil ich mir gerne die Türe aufhalten und in die Jacke helfen lasse" oder „Ich bin keine Feministin, weil mein Mann mein Fels in der Brandung ist – und nicht mein Klassenfeind!". Die geschlechterpolitischen Positionen der AfD betten sich ein in einen weiteren Zusammenhang. Die AfD nähert sich dem, was in „jungkonservativen" Kreisen rund um die JF als Teil des eigenen Hegemonieprojektes ausgemacht wird, „nämlich durch die Verknüpfung von nationalliberalen, christlich konservativen, völkischen und staatspolitischen Ideen eine ‚moderne' völkisch-konservative Bewegung im vorpolitischen Raum zu inspirieren und über deren parteipolitische Implementierung in den politischen Raum zu einer ‚Umwälzung' (Stein) des politischen Systems beizutragen".[1] Sowohl für die AfD als auch für die JF gelten für ihr politisches Projekt zentrale Eckpunkte. Neben nationalliberalen Standpunkten, einer völkisch nationalistischen Ideologie jungkonservativer Lesart, die zwischen wünschenswerter und unliebsamer Einwanderung unterscheidet, neben einem Verständnis vom Staat, das sich gegen den „Parteienstaat" wie auch den „Sozialstaat" wendet, herrscht ein deutlicher Bezug auf den christlichen Konservatismus vor. Man fühlt sich hier wie da den „Werten des christlichen Abendlandes" verpflichtet. Und sowohl bei der JF wie auch bei der AfD sind geschlechterpolitische Standpunkte, familienpolitische Forderungen, demographische Themen und eine rigide Sexualmoral durchaus nicht von untergeordneter Relevanz. Die Einschätzung, dass die AfD neben der „Euro-Kritik und der Positionierung als ‚Anti-Parteien-Partei' einen dezidiert antifeministischen dritten Schwerpunkt ausbaut", nämlich die „radikale [...] Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik", liegt nicht fern.[2] Und auch nicht, dass Antifeminismus damit weiter ins Zentrum politischer Debatten rückt.

Fußnoten

[1] Kellershohn, Helmut
AfD-Sondierungen (3). „Konservative Volkspartei" – Über das Interesse der jungkonservativen Neuen Rechten an der AfD
www.diss-duisburg.de/2014/09/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-3

[2] Kemper, Andreas
Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise
library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf

Von Hinrich Rosenbrock

Einmal Opferrolle rückwärts

Argumentationsmuster des organisierten Antifeminismus

In den letzten Jahren gelingt es den Netzwerken des organisierten Antifeminismus im deutschsprachigen Raum vermehrt, medienwirksam aufzutreten. Im Gegensatz zum traditionellen Antifeminismus wird dabei vor allem die männliche Verletzbarkeit taktisch und emotional in den Vordergrund gestellt. Das Netzwerk der sich selbst als Maskulisten bezeichnenden Antifeministen stellte Robert Claus bereits in LOTTA #48 vor. Im Folgenden werden Schlaglichter auf die Argumentationsmuster des organisierten Antifeminismus geworfen.

Antifeminismus gibt es seit es Feminismus gibt. Dabei ist er jedoch wandlungsfähig und passt sich immer wieder den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen an. So auch der sich selbst als „Maskulismus" bezeichnende organisierte Antifeminismus. Der Antifeminismus eint unterschiedliche AktivistInnen, andere politische Einstellungen treten in den Hintergrund. Dementsprechend heterogen ist die Szene. Neoliberale Einstellungen stehen neben konservativen und religiösen Vorstellungen und völkischen Argumentationen. Die Netzwerke des organisierten Antifeminismus umfassen im deutschsprachigen Raum einige hundert *Männer* und einige wenige *Frauen* und organisieren sich vor allem im Internet. Zu deren Hauptakteuren zählen die Internetplattform *Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land*, die Vereine *agens* und *manndat* sowie einige Einzelpersonen.

Einmaleins des Antifeminismus

Der Antifeminismus geht zum einen davon aus, dass Feminist_innen *Männern* gegenüber ablehnend bis hassend auftreten. Weiterhin wird die Komplexität und Widersprüchlichkeit feministischer Bewegungen größtenteils übersehen oder geleugnet. Drittens findet sich die Ansicht, Feminismus verfüge über zu viel Macht beziehungsweise sei sogar hegemonial und herrschend. Eine neuere antifeministische Argumentation baut darauf auf, dass sich die grundsätzliche Legitimität von Gleichberechtigung im öffentlichen Diskurs immer schwerer in Frage stellen lasse und die rechtliche Gleichstellung weit vorangeschritten sei. Daher habe der Feminismus seine Berechtigung verloren, Gleichberechtigung sei erreicht und jegliche weitere feministische Intervention würde zu einer Benachteiligung von *Männern* führen.

Männer – die neuen „Opfer"

„So gesehen sind Männer die Juden der BRD", schrieb **Rainer Hamprecht**, ehemaliger Mitbetreiber von wgvdl.com. Jenseits des Vergleichs der behaupteten Diskriminierung von *Männern* mit der Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen im Nationalsozialismus und der damit einhergehenden Verharmlosung der Shoa offenbart diese Aussage den paranoiden Realitätsverlust, der der männlichen Opferideologie innewohnt. Sie geht davon aus, dass *Männer* in eigentlich allen Lebenslagen diskriminiert würden und dass die *Frauen* oder der Feminismus daran Schuld seien. Als Antwort darauf werden in erster Linie traditionelle Geschlechtervorstellungen, die wiederhergestellt werden müssten, vertreten.

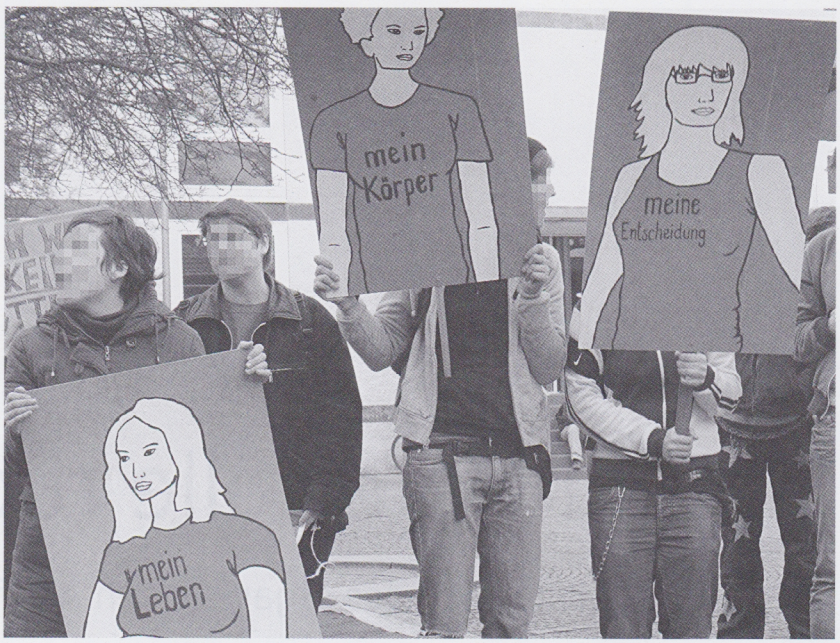
Im Mainstream findet sich der männliche Krisendiskurs als gemäßigtes Pendant. Die Themenpalette reicht von der

schulischen Benachteiligung von Jungen über den „Kampf“ für „Väterrechte“ bei Trennungen bis zum Beklagen des Verlustes von *Männlichkeit*. Diese Art der Opfer-Konstruktion ist in neonazistischen Kreisen untypisch. Zwar wird auch hier häufig eine Bedrohungssituation gezeichnet, diese bezieht sich dann jedoch auf das „deutsche Volk“. Diese behauptete Bedrohung dient als Legitimation eigener Aggressivität oder Gewaltanwendung.

VerteidigerInnen Deutschlands

Der organisierte Antifeminismus gibt sich zwar „international“ – so gab es zum Beispiel drei „internationale Antifeminismus-Treffen“ in der Schweiz -, doch scheint dies eher der potenziellen Vernetzung als der eigenen Ideologie geschuldet zu sein. Dafür sprechen verschiedene Äußerungen – zum Beispiel wird eine „(feministische) Bundesrepublik“ als Gegensatz zu „Deutschland“ beklagt – und die häufige Gleichsetzung von Feminismus, Gender und EU. Die EU würde, zum Beispiel durch Gender Mainstreaming, Feminismus nach Deutschland bringen und damit die Nation zerstören, so der maskulistische Duktus.

Rassismus ist zwar kein grundlegendes ideologisches Element des organisierten Antifeminismus, kommt aber trotzdem häufig vor. Zum einen seien *weiße* europäische *Frauen* durch den Feminismus charakterlich verdorben und hässlich. Zugleich fühlen sich *weiße* Antifeministen berufen, lautstark über Körper und Charaktere von Frauen aus der ganzen Welt zu urteilen, natürlich immer auf Basis angeblicher Kulturkreise oder ethnischer Gruppen. Ziel: Viel Sex ohne Verantwortung und unter Ausnutzung rassistischer und sexistischer Privilegien.



Auf der anderen Seite steht die arme, *weiß*-europäische Männlichkeit. Diese sei durch den Feminismus so stark gebeutelt, dass sie der angeblich starken Männlichkeit von Migranten nichts entgegenzusetzen habe. Der „Untergang des Abendlandes“ und der „Volkstod“ lassen grüßen.

„Natürlich“ Hetero?

Große Teile dieser Szene positionieren sich nicht nur frauenfeindlich und gegen Männer, die eine andere Sicht auf Geschlechterverhältnisse vertreten, sondern gegen alle, die sich nicht in das Zwangskorsett der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit pressen lassen. Oft werden Lesben mit Feministinnen gleichgesetzt. Dass lesbischer Sex eben ohne *Männer* auskommt, wird als Affront gegen die eigene Männlichkeit gesehen. „Lesbische“ Pornographie, die dem Lustgewinn heterosexueller *Männer* dient, erfreut sich hingegen hoher Beliebtheit. Schwule werden als verweiblichte *Männer* gesehen und ausgegrenzt. Grundsätzlich wird Homosexualität häufig aus der religiös-konservativen Ecke der Szene angegriffen, da sie unmoralisch sei. Einige wenige Stimmen sprechen sich für eine Zusammenarbeit mit Schwulen aus, solange diese zuerst *Männer* und dann erst Schwule seien. Ähnliche Argumentationen sind auch aus Teilen der neonazistischen Szene bekannt: Männliche Homosexualität, solange sie versteckt ist, wird ignoriert. Sobald es aber Konflikte mit einem solchen *Mann* gibt, ist es auf einmal doch wichtig und wird für Angriffe genutzt.

Der organisierte Antifeminismus bildet einen Schnittpunkt und eine Zuspitzung verschiedener antifeministischer Spielarten. So gibt es Überschneidungen zum Antifeminismus im Mainstream, zu „LebensschützerInnen“, zu Argumentationen von Burschenschaften und auch zum völkischen Antifeminismus. Auch wenn es sich beim organisierten Antifeminismus um eine eher kleine Gruppe handelt, gelingt es dieser – beispielsweise durch Intervention in Foren großer Zeitungen – zumindest teilweise, Einfluss auf die Berichterstattung und den gesellschaftlichen Diskurs zu nehmen. In diesem Sinne ist es notwendig, den organisierten Antifeminismus ernst zu nehmen, ihn weiter zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln.

Foto: Max Bassin

Von Verena Grün und Lucius Teidelbaum

Besorgniserregende Eltern

Mobilmachung gegen Sexualpädagogik in gruseligen Allianzen

„Kinder brauchen Liebe und keinen Sex", mit dieser Parole zogen am 18. Januar 2014 um die 1.000 Menschen aller Altersgruppen durch Köln. Aufgerufen hatte die Initiative „Besorgte Eltern". Neben einer zweiten Demo in Köln fanden auch Veranstaltungen in Stuttgart und Frankfurt am Main statt. Wer da so alles gemeinsam „Gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder" oder den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg demonstriert, lohnt einen genaueren Blick.

„Kind verpasst 1 Unterrichtsstunde – Vater landet im Gefängnis – Mutter bald auch ... Wer ist der nächste?!", so der Titel der Flyer, mit dem die Initiative *Besorgte Eltern* für ihre erste Demonstration in Köln warb. Laut Eigenangaben wurde die Veranstaltung mit nur einer Woche Vorbereitungszeit organisiert. Dass so viele Teilnehmende anreisten, dürfte der Emotionalität geschuldet sein, die das Thema „Kinder" meist auslöst, spricht aber auch für eine gute Vernetzung. Anmelder der Veranstaltung war **Mathias Ebert** aus Sendenhorst im Münsterland. Ebert ist Gründungsmitglied von *Besorgte Eltern* und tritt als deren offizieller Ansprechpartner auf. Anlass für die Gründung der Initiative im Jahr 2013 war die Auseinandersetzung um die Teilnahme von Kindern am schulischen Sexualkundeunterricht. Damals wurde gegen **Eugen** und **Luise Martens** aus Eslohe-Reiste eine Erzwingungshaft verhängt, weil ihre Tochter, Viertklässlerin und damit schulpflichtig, unentschuldigt im Sexualkundeunterricht fehlte und die Eltern sich nicht einsichtig zeigten.

„Organische Christus-Generation"

Familie Martens ist Mitglied der evangelikalen Sekte *Organische Christus-Generation* (OCG). Die OCG wurde von dem 1956 in Zürich geborenen Laienprediger mit Missionierungsdrang **Ivo Sasek** gegründet. In seinem „Dokumentar"-Film „Urväter der Frühsexualisierung" macht

der 11-fache Vater Sasek, der sich in der Erziehung auch für körperliche Züchtigung ausspricht, aus christlich-fundamentalistischer Perspektive Stimmung gegen Sexualpädagogik. Die von ihm ebenfalls gegründete *Anti-Zensur-Koalition* veranstaltet jährlich einen Kongress, bei dem nicht nur wirre VerschwörungsfantastInnen aller Couleur zusammenkommen. 2012 war **Sylvia Stolz**, ehemalige Anwältin von **Horst Mahler** und verurteilte Holocaustleugnerin, als Rednerin geladen, sie referierte zu „Sprech- Beweis- und Verteidigungsverbot – Die Wirklichkeit der Meinungsfreiheit". Dabei sagte sie, der Holocaust könne nicht gerichtlich bewiesen werden. 2009 war der Holocaustleugner **Bernhard Schaub** zu Gast. Ansonsten reicht das Themenspektrum der bisher 10 Konferenzen von „außerirdischer Präsenz" über Chemtrails und „Geldsystem" bis hin zu „Genderismus" und Sexualerziehung. Kein Wunder also, dass auch Mathias Ebert mit dabei ist. 2014 referierte er über *Besorgte Eltern*. Er sei vorher immer wieder auf Konferenzen gewesen, habe sich immer mehr Wissen angeeignet – hier stellt er Chemtrails besonders heraus – aber „die Tat" sei immer „beschränkt" gewesen, bis ihn dann die Erlebnisse in seinem Freundeskreis zur Gründung der Initiative veranlasst hätten. Und nun fühle er sich geehrt, mit diesen „Schwergewichten der Aufklärung" an einem Tisch sitzen zu dürfen. Bereits bei der 8. Anti-Zensur-Konferenz trat Ebert in einem Männer-Quartett auf und bot ein Stück mit dem Titel „Wir lassen uns nicht passivieren" dar, im Jahr davor war er Teil der *OCG-Sänger Familie Ebert*.

Die „Besorgten Eltern" und die extreme Rechte

Mit dem Wissen, in welchem Spektrum sich Ebert bewegt, verwundert es auch nicht mehr, dass bei der ersten Demonstration in Köln ein Transparent der *Europäischen Aktion* (EA) mitgeführt wurde. Die antisemitische EA geht auf Bernhard Schaub zurück und verfolgt das Ziel, „die US-hörige EU durch eine Europäische Eidgenossenschaft zu ersetzen, die Europa wieder zum handelnden Subjekt statt zum Spielball der Weltpolitik machen wird." Anfang 2014 vermeldete die Organisation die Gründung eines NRW-Stützpunktes im Oberbergischen Kreis. Wiederum eng mit der EA verbunden ist der *Arminius-Bund* (s. Lotta #56, S. 33). Hier sind viele „Russlanddeutsche" vertreten, die zuvor auch als *Russlanddeutsche Konservative* auftraten und dem Umfeld der NPD angehörten. Als Bundesvorsitzender fungiert **Johann Thießen** aus Hürtgenwald (Kreis Düren). Er trat bei der zweiten Demonstration von *Besorgte Eltern* in Köln am 22. März als Redner auf. „Unsere Rußlanddeutschen sind massenhaft beteiligt an dieser Aktion", erklärte er am Rande der Demonstration. Auffällig war tatsächlich der hohe Anteil russischsprachiger Ordner.

„Kampf zwischen Gut und Böse"

Zu dieser zweiten Demonstration unter dem Motto „Gegen den Sexualkundeunterricht in Grundschulen" kamen nur etwa 300 Menschen, darunter auch Mitglieder von *pro Köln*. Als RednerInnen traten neben **Gerd Hengsberg**, der für die Initiative sprach, auch **Farida Belghoul** und **Béatrice Bourges** aus Frankreich sowie der Belgier **Alain Escada** ans Mikrofon. Letzterer ist Vorsitzender des der Piusbruderschaft nahestehenden *CIVITAS-Instituts* und vertrat die Auffassung, der Kampf gegen die sexuelle Revolution sei „ein Kampf zwischen Gut und Böse zwischen der Keuschheit und dem Laster, zwischen Christus und dem Teufel". Dafür erntete er frenetischen Beifall.

Béatrice Bourges ist Sprecherin des katholischen Bündnisses *Le Printemps français* („französischer Frühling"), bis März 2013 vertrat sie die Initiative *Le Manif pour Tous*, welche die Massendemonstrationen gegen die „Homo-Ehe" in Frankreich organisierte (siehe S. 20). Farida Belghoul ist noch näher am Lieblingsthema von *Besorgte Eltern*: Sie initiierte die Kampagne „Journée de Retrait de l'École" („Tag der Schulverweigerung"). Aus Protest gegen Sexualkundeunterricht sollten Eltern ihre Kinder einen Tag im Monat nicht zur Schule gehen lassen.

Positive Berichte über die Aktionen der *Besorgten Eltern* finden sich auf der Internetseite *pi-news* und in der Blog-Zeitung *FreieWelt.net*. Während erstere als rechtspopulistisches Forum bekannt ist, ist die zweite eng angebunden an das Lobbynetzwerk *Zivile Koalition* um das Ehepaar **Sven** und **Beatrix von Storch**, das wiederum eng mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) verflochten ist. Herausgeber von *FreieWelt.net* ist Sven von Storch, im Redaktionsbeirat sind mit **Karl Feldmeyer** und **Klaus Peter Krause** zwei regelmäßige *Junge Freiheit*-Autoren und die Sprecherin der *Initiative Familienschutz* **Hedwig Freifrau von Beverfoerde** vertreten.

Jenseits der Demonstrationen wurde im Januar dieses Jahres auch eine Petition zur „Streichung des §33 (Sexualerziehung) aus dem Schulgesetz für das Land NRW" ins Leben gerufen. Dort heißt es Sexualerziehung solle „Privatsache zwischen Eltern und Kindern sein, um schädliche Einflüsse, die über den Unterricht durch die einzelnen Parteien mit moralisch zweifelhaftem Hintergrund auf die Schüler einwirken können, zu verhindern". Gestartet wurde sie von **Marco Trauten** , ehemaliger Vorsitzender der AfD Essen. Allerdings erhielt sie nur 6.990 UnterstützerInnen. Es fehl-

ten genau 43.010, um sie dem Kultusministerium zu übergeben.

„Schwaben-Aufstand gegen Sexplan"

In Baden-Württemberg entzündete sich Protest an einem für 2015 geplanten Bildungsplan, in dem eine Verankerung der „Akzeptanz sexueller Vielfalt" vorgesehen ist. Diese soll jungen LSBTTIQ (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, transsexuell, intersexuell, queer) dabei helfen, sich ohne Druck outen zu können. Eine Online-Petition mit dem Titel „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens" erzielte zwischen dem 28. November 2013 und dem 27. Januar 2014 knapp 200.000 Unterschriften, viele davon über rechte und klerikale Online-Netzwerke.

An den bisher vier Demonstrationen in Stuttgart nahmen jeweils zwischen 500 und 1000 Menschen teil. Das rechtspopulistische *COMPACT*-Magazin schrieb vom „Schwaben-Aufstand gegen Sexplan". Nannten sich die OrganisatorInnen der ersten beiden Demonstrationen noch *Besorgte Eltern* und lehnten sich damit auch an die Demonstrationen in Köln an, so erfolgte mit der dritten Demonstration offensichtlich ein Wechsel. Seither fungiert das *Bündnis Rettet die Familie* als Dachorganisationen. Dessen Mitgliedsgruppen sind zum Teil unionsnah wie die CDL Baden-Württemberg oder diverse Evangelische Arbeitskreise von CDU-Kreisverbänden oder aber rechtskonservative Familien-Lobby-Organisationen wie das *Familiennetzwerk e.V.* oder das *Forum Familiengerechtigkeit*. Koordinatorin des *Bündnis Rettet die Familie* ist **Kerstin Kramer**, die „Basis- und Kampagnenleiterin" der *Initiative Familienschutz*, die unter derselben Adresse in Berlin zu finden ist wie die *Zivile Koalition*. Geleitet wurden die beiden letzten Demonstrationen von der bereits erwähnten Sprecherin der Initiative Hedwig von Beverfoerde.

Foto: Max Bassin

Als RednerInnen trat bei den vier Demonstrationen ein Potpourri unterschiedlicher religiöser und rechter Organisationen auf: von skurrilen Splitterparteien und Sekten über Vertreter vom großen französischen Vorbild *Le Manif pour tous*, der *Junge Freiheit*-Autorin **Gabriele Kuby** bis zu FunktionärInnen der AFD und einzelnen CDU'lern. Die katholische Antifeministin und Mitglied der *Priesterbruderschaft Pius X.* **Inge Thürkauf** wandte sich in ihrem Redebeitrag bei der zweiten Demonstration direkt an Ministerpräsident **Winfried Kretschmann**: „Sie selbst sind nicht nur Familienvater, Sie sind auch unser Landesvater und Sie sind katholischer Christ und in dieser Eigenschaft erlaube ich mir, Sie nun anzusprechen: Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gender-Ideologie zumindest in Ihrem Regierungsbereich Baden-Württemberg zu stoppen, um uns und unsere Kinder zu bewahren – vor der Neuen Weltordnung der Sexualität."

Langer Atem?

Christliche FundamentalistInnen verschiedener Strömungen, von den Evangelikalen bis zu den katholischen TraditionalistInnen der „Piusbruderschaft", stellten den Hauptteil der Demonstrierenden gegen den Bildungsplan-Entwurf in Stuttgart. Doch auch AktivistInnen extrem rechter Gruppierungen wie NPD/JN, *Die Rechte*, *pi-news* und *Identitäre Bewegung* nahmen teil. In fundamentalchristlichen wie neonazistisch-völkischen Kreisen wird nicht-heterosexuelles Verlangen und Begehren als „krank", „pervers", „unnatürlich" gesehen. Dass ein staatlicher Bildungsplan-Entwurf, der unter anderem eine „Verankerung der Akzeptanz sexueller Vielfalt" unterstützt, in diesen Kreisen auf wenig Nächstenliebe stößt, verwundert nicht.

In Köln wie in Frankfurt haben sich ebenso seltsame wie besorgniserregende Allianzen gegen Sexualerziehung gebildet. Während sich in NRW bisher keine spürbaren Erfolge zeigten, fühlte sich der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann offenbar verpflichtet, sich mit den UrheberInnen der Online-Petition zu treffen und Veränderungen am Bildungsplan-Entwurf vornehmen zu lassen.

Ob sich die geschmiedeten Allianzen auch auf weitere Felder übertragen lassen und wie lange der Atem der „Frühsexualisierungs"-GegnerInnen reicht, wird sich zeigen. In Köln ist es jedenfalls still geworden um die *Besorgten Eltern*, während für Augsburg und Dresden Veranstaltungen beworben werden. Vielleicht hat Ebert sich ja wieder seinem alten Thema, den Chemtrails, zugewandt.

Von Bernard Schmid

Contre l'amour?

Massenproteste gegen die Homosexuellenehe in Frankreich

Unzählige BeobachterInnen in Frankreich zeigen sich erstaunt über die Langlebigkeit und die anhaltende Dynamik der Bewegung gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. „17 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes", um dessen Verhinderung es ursprünglich ging, „überrascht die Standhaftigkeit dieser Protestbewegung Soziologen, Politikwissenschaftlerinnen und Historiker, ohne ein Ende zu nehmen", konstatierte die liberale Pariser Abendzeitung „Le Monde" am 2. Oktober 2014.

Drei Tage später, am Sonntag, dem 5. Oktober, demonstrierten über 100.000 Menschen erneut gegen die Zulassung der Homosexuellenehe. In Paris behaupteten die VeranstalterInnen, es seien 500.000 Menschen gekommen, die Polizei sprach ihrerseits von 70.000 Teilnehmenden. Zeitgleich gingen im südwestfranzösischen Bordeaux – je nach Angaben – zwischen 7.500 und 30.000 Personen aus demselben Anlass auf die Straße. Auffällig ist, dass sich die katholischen Amtskirche, die bei den ersten Demonstrationen zum Thema – die am 17. November 2012 eingesetzt hatten – noch deutlich erkennbar war, mittlerweile weitgehend aus dem sichtbaren Straßenprotest zurückgezogen hat.

Die letzte vergleichbar große Mobilisierung der Homosexuellen-GegnerInnen hatte am 2. Februar 2014 stattgefunden. Damals sprach die Polizei in Paris von 80.000 TeilnehmerInnen, die VeranstalterInnen ihrerseits von 500.000. In Lyon – eine in vielerlei Hinsicht reaktionäre Hochburg – waren es an jenem Tag 20.000 bis 40.000 Personen.

Ein Rückblick

Am 17. Mai 2013 hatte das französische Verfassungsgericht das zuvor vom Parlament verabschiedete Gesetz zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare für verfassungskonform erklärt. Am 18. Mai trat es durch die Unterschrift von

Staatspräsident **François Hollande** in Kraft.
Der seit November 2012 andauernde, von religiösen, konservativen und faschistischen Kräften getragene Protest gegen die Ehe für Homosexuelle ging jedoch auch danach weiter. Die stärkste Oppositionspartei in Frankreich, die konservativ-wirtschaftsliberale *Union pour un mouvement populaire* (UMP), zog sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes mehrheitlich aus den Massenprotesten zurück. Ein einmal in Kraft getretenes „Gesetz der Republik" müsse respektiert werden, um die Staatsautorität nicht zu untergraben, argumentierte der Mehrheitsflügel. Doch nicht alle ihre AnhängerInnen hörten darauf. Eine Reihe von UMP-Abgeordneten, unter ihnen der prominente Parlamentarier und Anwärter auf die Parteiführung **Hervé Mariton**, waren auch im Oktober 2014 wieder auf der Straße mit dabei.
Der mit Abstand aussichtsreichste Kandidat für die Wahl zum Parteivorsitz, Ex-Präsident **Nicolas Sarkozy**, hat sich allerdings inhaltlich distanziert. Bei einem TV-Auftritt vom 21. September 2014, der seine Rückkehr in die aktive Politik markieren sollte, kritisierte er zwar Präsident François Hollande dafür, dass unter seiner Regierung das Gesetz zur Homosexuellen-Ehe angenommen worden sei. Gleichzeitig schloss er jedoch indirekt aus, das einmal in Kraft befindliche Gesetz wieder abzuschaffen. Bei Umfragen spricht sich inzwischen auch eine knappe Mehrheit in der UMP-Wählerschaft für eine Beibehaltung dieses Gesetzes aus. Aus Protest gegen diesen „Verrat" besetzten 50 extrem rechte Aktivisten am 10. Oktober 2014 über eine Stunde lang die Parteizentrale der UMP. Die Besetzer gehörten der *Génération identitaire*, der Jugendorganisation des seit 2003 bestehenden *Bloc identitaire* an.

Die extreme Rechte

Am 26. August 2013 wurde bekannt, dass eine Bürgermeisterin öffentlich ihre Bereitschaft angekündigt hatte, sich dem neuen Gesetz offen zu widersetzen und den Eheschluss zwischen zwei Frauen in „ihrem" Rathaus standhaft (und illegal) zu verweigern. Es handelte sich um **Marie-Claude Bompard**, Rathauschefin im südfranzösischen Bollène. Ihr Ehemann **Jacques Bompard** ist seit 1995 Bürgermeister in der Nachbarstadt Orange und gehörte von Anfang der 1970er Jahre bis zum Herbst 2005 dem *Front National* (FN) an; danach durchlief er mehrere rechte Kleinparteien und steht heute der extrem rechten Regionalpartei *Ligue du Sud* vor. Ihr gehört auch seine Gattin und Amtskollegin an. Am 29. August knickte Madame Bompard jedoch ein, nachdem ihr Strafverfahren infolge eines offenen Gesetzesbruchs in Aussicht gestellt worden waren. Fortan sollte eine Beisitzerin den Eheschluss zelebrieren. Marie-Claude Bompards Verhalten wurde selbst von einem der Vizepräsidenten des FN, **Florian Philippot**, in der Öffentlichkeit kritisiert. An ein beschlossenes Gesetz müsse man sich als Stadtoberhaupt halten. Das sehen jedoch nicht alle AnhängerInnen und ParteifunktionärInnen des FN so. Deshalb, aber auch wegen seiner vermuteten Homosexualität, wird Philippot in der eigenen Partei wiederholt angefeindet.
Tatsächlich ist der FN in seiner Haltung zu den Protesten gespalten. Parteichefin **Marine Le Pen** war persönlich reserviert, was eine Teilnahme an den Demonstrationen betraf: Zum einen sei sie überzeugt davon, dass es in Wirklichkeit eher „die wirtschaftlichen und sozialen Themen" seien, die die französische Gesellschaft im Allgemeinen und die Wählerschaft ihrer Partei im Besonderen berührten. Zum anderen wollte Marine Le Pen aber auch vermeiden, dass ihre Partei in der öffentlichen Wahrnehmung in der erzreaktionären Miefecke steht. Da sie sich seit ihrem Antritt als Parteivorsitzende im Januar 2011 verstärkt um neue WählerInnenschichten – Frauen, jüngere Generationen und Leute mit höherem Bildungsgrad – bemüht, die bislang dem FN eher fern standen, blieb sie auf Abstand. Ihr Vater **Jean-Marie Le Pen** dagegen erklärte seine Unterstützung für die Proteste, ohne freilich persönlich zu erscheinen, was jedoch auch mit seinem Alter von inzwischen 86 Jahren zusammenhängen könnte. Ihre Nichte **Marion-Maréchal Le Pen** – Abgeordnete in der Nationalversammlung – sowie deren parteiloser, aber für den FN gewählter Parlamentskollege **Gilbert Collard** nahmen an den Demonstrationen teil. Am 5. Oktober 2014 tauchte dann auch Marine Le Pens Lebensgefährte (und Vizechef ihrer Partei), **Louis Aliot**, mit einer Abordnung von 150 bis 200 ParteifunktionärInnen bei der Pariser Demonstration auf.
Neben dem FN und der UMP, die um Einfluss in der rechten Protestbewegung konkurrierten, gingen auch zahlreiche kleinere extrem rechte Organisationen gestärkt aus dem monatelangen konservativ-reaktionären Massenprotest hervor. Dies gilt etwa für die katholisch-nationalistische militante Gruppierung *Renouveau français*, die Reste der monarchistisch-nationalistischen *Action française*, aber auch den im Grunde eher neuheidnisch orientierten *Bloc identitaire*. Sie alle hatten versucht, sich an die Spitze des Protests zu setzen, und sich vor allem im April und Mai 2013 – im Anschluss an die damals fast täglich stattfindenden Demonstrationen – allabendlich gewaltförmige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Auf politischer Ebene versuchte ferner das katholisch-fundamentalistische *Institut Civitas*, angeführt vom ehemaligen Vorsitzenden des belgischen *Front national*

belge (FNB) **Alain Escada**, die Proteste zu radikalisieren.

Als militante Speerspitze versuchten sich auch die neonazistischen *Jeunesses nationalistes* (JN, „Nationalistische Jugendverbände") von **Alexandre Gabriac** darzustellen. Sie attackierten beispielsweise Ende März 2013 in Lyon die örtliche Parteizentrale der regierenden Sozialdemokratie. Die JN mit maximal 100 Mitgliedern bestehen seit Oktober 2011 und bildeten eine Jugendorganisation der antisemitischen und offen faschistischen Splitterpartei *Oeuvre française*, die allerdings Mitte 2013 verboten wurde, da die Regierung nach dem gewaltsamen Tod des jungen Antifaschisten **Clément Méric** am 5. Juni 2014 demonstrativ gegen militante faschistische Organisationen vorging.

Gesellschaftlicher Hintergrund

Dass die Bewegung gegen die Homosexuellenehe über die extreme Rechte und in ihrer Weltanschauung gefestigte Kirchenkreise hinausgehen konnte, hat mehrere Ursachen. Zum einen kann die aktuelle Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen neben dem tatsächlich eingelösten Versprechen zur Einführung der Homosexuellenehe keinerlei sonstige Erfolge vorweisen. Insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik weist sie, unter Berufung auf kapitalistische „Sach-" und europäische „Sparzwänge", kaum Unterschiede zu ihrer Vorgängerregierung auf. So haben sich die Unterschiede zwischen den großen politischen Lagern weitgehend verwischt. Gerade die symbolpolitischen Themen, bei denen von beiden Seiten „Wertvorstellungen" mobilisiert werden, gewinnen so an Relevanz.

Der Epochenbruch von 1789 prägt Frankreichs Konservative bis heute. Modernisierung und Abkehr von Überkommenem wird in Erinnerung an die Französische Revolution mit dem Zusammenbruch einer als „natürlich" vorgestellten Ordnung assoziiert. Deswegen besteht in Teilen des konservativen bis reaktionären Milieus stets eine auf den ersten Blick erstaunlich wirkende Bereitschaft, sich „notfalls" auch aktiv der Politik der Regierenden zu widersetzen. So beispielsweise im Frühjahr 1984 anlässlich der als bedrohlich wahrgenommenen Reform der staatlichen Finanzierung für die katholischen Privatschulen – die damaligen Millionenproteste fallen zeitlich mit dem Durchbruch des *Front National* als Wahlpartei mit Massenanhang zusammen – oder aktuell die Homo-Ehe.

Öl ins Feuer?

Aktuell goss die Regierung unter dem Premierminister **Manuel Valls** kurz vor den erneuten Demonstrationen Anfang Oktober 2014 Öl ins Feuer des rechten Protests. In der Absicht, die GegnerInnen der Homo-Ehe zu beruhigen, hatte Valls versprochen, unter seiner Regierung werde es keine Zulassung von Leihmutterschaften (französisch GPA, für gestation pour autrui) geben. Seit Beginn der Diskussionen um die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare wurden die GPA zusammen mit der klinischen künstlichen Empfängnis (französisch PMA, für procréation médicalement assistée) seitens der GegnerInnen der Homosexuellenehe immer wieder thematisiert und angegriffen. Im progressiven Lager und bei den meisten Verbänden, die für eine Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben kämpfen, wird zwar die künstliche Befruchtung befürwortet, die Leihmutterschaft aber als Eingriff in einen fremden Körper – mit der Gefahr einer Ausnutzung finanzieller Abhängigkeiten und ökonomischer Notlagen von Frauen – vernehmbar abgelehnt. Das damalige sozialdemokratisch-grüne Regierungslager hatte ursprünglich die künstliche Befruchtung im Grundsatz befürwortet. Eine zunächst angekündigte gesetzliche Regelung dazu wurde jedoch im Februar 2014 durch die Regierungsspitze zurückgezogen.

Mit einem baldigen Rückfluss dieser Bewegung ist nicht zu rechnen. Zum Teil verlagert sich der Protest bereits von der Straße auf andere gesellschaftliche Bereiche. Im ersten Halbjahr 2014 gab es bereits in einigen Schulen eine von extrem rechter Seite befeuerte Boykottbewegung gegen „sexuelle Umerziehung im Unterricht".

Foto: Ifa

Ein Neonaziaufmarsch 2014 in Dortmund: „Pressefotografin" Melanie Dittmer bei der „Arbeit"

Von Alexander Brekemann

„Ich kann das..."

Melanie Dittmer: eine extrem rechte Aktivistin unter der Lupe

„Der wohl beste Artikel zu unserer Demonstration", jubelte im Nachgang des Aachener Neonazi-Aufmarsches vom 29. März 2014 der Aachener Kreisverband der „Die Rechte" auf seiner „Facebook"-Seite. Und verwies auf einen Beitrag auf der Internetwerbeplattform „lokalkompass.de", die es registrierten NutzerInnen erlaubt, eigene Beiträge zu veröffentlichen. Autorin des Artikels war die in Höxter geborene, in Dorsten (Kreis Recklinghausen) aufgewachsene, später u.a. in Düsseldorf und Essen wohnhafte und heute in Bornheim (Rhein-Sieg-Kreis) lebende Melanie Dittmer.

Sie arbeite bei „Subkultur2010 – Presse und Events", sei „gelernte Veranstaltungskauffrau" und „freie Journalistin (DPV – Deutscher Presse Verband)" sowie „Redakteurin bei www.the-spine.de (Musik, Film, Buch)", verrät **Melanie Dittmer** den *lokalkompass*-LeserInnen. Von „2010 – 2012" sei sie im Arbeitsbereich „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit" im Essener Kulturzentrum *Zeche Carl* tätig gewesen und „seit 2009" arbeite sie als „Outdoorguide" bei der Essener Firma „Querfeldeins (bundesweite Outdoor Events)". Erwartungsgemäß unerwähnt lässt sie ihre neonazistische Vergangenheit – und dass sie auch heute noch in der extremen Rechten aktiv ist.

Ein Rückblick

Schon im jugendlichen Alter hatte die am 28. September 1978 geborene Dittmer Anfang/Mitte der Neunziger Anschluss an die Neonazi-Szenen im Kreis Recklinghausen und in Dortmund gefunden – und sich offenbar bewährt. Bereits um 1994 wurde sie als „Kreisbeauftragte Dorsten" der Partei *Deutsche Nationalisten* geführt. 1995/1996 galt sie als Zuständige für die Dorstener Gruppe der FAP-Nachfolge-Gruppierung *Kameradschaft Recklinghausen* – um dann etwas später bei den *Jungen Nationaldemokraten* (JN) zu landen, bei denen sie zeitweise als Landesvorstandsmitglied und „Stützpunktleiterin" Dortmund fungierte. Ihr lokales Highlight, eine für den 28. Juni

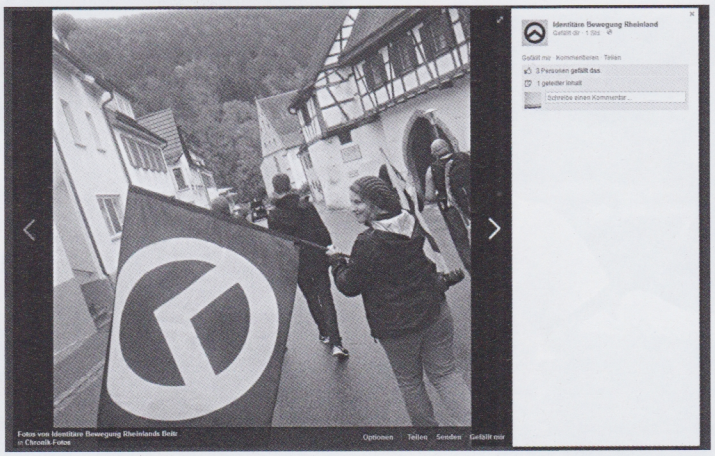
1997 vom JN-Landesverband in Dorsten angekündigte Demonstration („Ruhrkampftag – Kohle und Stahl nur mit uns"), wurde ihr allerdings verwehrt, die Aktion wurde verboten. In ihrer aktiven JN-Zeit wirkte sie in den Redaktionen der JN-Postillen *Ruhrstürmer* und *Schwarze Fahne* mit und war zumindest anfangs (ab 1997) auch für das Skin-Politzine *Neue Doitsche Welle* des JN-Funktionärs **Sascha Wagner** aktiv. Mit diesem Blatt sollte versucht werden, die rechte Skinhead-Szene enger an das extrem rechte Parteienspektrum anzubinden. Nach der 1999 erfolgten Spaltung des nordrhein-westfälischen JN-Landesverbandes bewegte Dittmer sich im Kreis des neugegründeten *Bildungswerks Deutsche Volksgemeinschaft* (BDVG) um die im Frühjahr 1999 aufgrund bundesverbandsinterner Flügelstreitigkeiten von ihren JN-Landesvorsitzämtern zurückgetretenen **Achim Ezer** (Köln) und **Frank Amberg** (Burscheid/Rheinisch-Bergischer Kreis). Dieser Strömung ist auch die nur kurze Zeit erschienene Zeitschrift *Wille und Weg* zuzuordnen, in deren erster Ausgabe („1. Quartal 2000") Dittmer als Redaktionsmitglied geführt wurde. „Obwohl erst 21 Jahre alt", so die Düsseldorfer *Stattzeitung TERZ* in ihrer Ausgabe Februar 2000, „gehörte Dittmer in den letzten Jahren zu denjenigen Personen in der militanten Neonazi-Szene in NRW, die den politischen Kurs entscheidend mitbestimmten. Sie zählt zu den wenigen Frauen, die in der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene überhaupt etwas zu sagen haben." Auf Aufmärschen wurde Dittmer nach den JN/NPD-Demonstrationen im Herbst 1998 in Münster und Bonn allerdings nur noch einmal gesehen: Am 28. Oktober 2000 in Düsseldorf.

„Mein Ausstieg vom Ausstieg"

Bereits 1999 hatte Melanie Dittmer ihren Wohnort nach Düsseldorf verlegt, wo sie mit ihrer Lebensgefährtin eine gemeinsame Wohnung bezog. Sie knüpfte Kontakte nicht nur zum in der neonazistischen Hackordnung nach oben strebenden Düsseldorfer „Kameradschaftsführer" **Sven Skoda**, sondern auch zum Düsseldorfer RechtsRock-Unternehmer und von der lokalen Antifa als „Nazi-Yuppie" bezeichneten **Torsten Lemmer**, der zunehmend Marktanteile im RechtsRock-Geschäft verlor. Zum einen, weil die Konkurrenz in der Szene immer stärker wurde, zum anderen weil er vielen sich politisch verstehenden SzenegängerInnen als szenefremder Abzocker galt. Die in der Szene anerkannte Dittmer kam da wohl gerade recht. Ab Dezember 1999 bot temporär ein Rechts-Rock-Versand namens *Hagalaz* seine Produkte an, fast ausschließlich aus dem Hause Lemmer, allerdings unter dem Namen Dittmers. Zudem steuerte Dittmer von nun an den einen oder anderen Beitrag für Lemmers RechtsRock-Postille *RockNord* bei und besuchte zumindest punktuell auch die von Lemmer und dem ehemaligen norddeutschen JN-Kader **Jan Zobel** betriebenen „Jugendoppositionsstammtische", mittels derer rechte Jugendliche angesprochen und eingebunden werden sollten.
Ende April 2001 verlor Dittmer nach der Ausstrahlung eines mit ihr geführten TV-Interviews ihren Job bei einem Telekommunikationsunternehmen. Just zu diesem Zeitpunkt war Lemmer auf der Suche nach Personen aus der extremen Rechten, die mit ihm gemeinsam an einem Theaterprojekt („naziline.com") des Züricher Theaterregisseurs **Christoph Schlingensief** mit ausstiegswilligen Neonazis mitwirken sollten (siehe LOTTA #6, Sommer 2001, S. 3 ff.). Dittmer griff zu. Und schrieb dazu 2002 rückblickend in einem Beitrag mit dem Titel „Mein Ausstieg vom Ausstieg": „Mir ging es von Anfang an nicht darum, 'aus der rechten Szene auszusteigen'. Da gibt es keinen Grund für mich. [...] Ich habe bei Schlingensief mitgemacht, weil ich zeigen wollte, dass ich bereit bin, mich auseinanderzusetzen mit Andersdenkenden. Die Grundidee war, zu sagen: ich kann das, nun setzt euch auch mit mir/uns auseinander." Und daraus machte sie auch während des Projektverlaufs keinen Hehl. Vermutlich deshalb schied sie unfreiwillig vorzeitig aus dem Projekt aus. Sie mache aber „nach der hyperaktiven politischen Zeit (acht Jahre)" nun „privat viel mehr", so Dittmer damals. Und weiter: „Ich genieße endlich mein Leben in vollen Zügen und schäme mich nicht vor meinen 'Kameraden'". Offenbar genoss sie tatsächlich reichhaltig, denn in den folgenden Jahren war von ihr kaum noch etwas zu hören, sieht man einmal von dem einen oder anderen Forumsbeitrag ab, der mit ihrem Namen gekennzeichnet war.

Aktuelle Entwicklung

2012 tauchten dann – u.a. im *stern* – Fotos von *pro NRW*-Veranstaltungen auf, bei denen es zu Angriffen von Islamisten gekommen war: „© Melanie Dittmer/DPA". Immer häufiger war Dittmer am Rande von Demonstrationen und Kundgebungen anzutreffen, um zu fotografieren, was jedoch erst 2014 auffiel, da sie nahezu allen jüngeren AntifaschistInnen gänzlich unbekannt war. 2014 war sie bei bislang zwei größeren Events der neonazistischen Szene in NRW als vermeintliche Pressefotografin vor Ort – am 29. März in Aachen und am 1. Mai in Dortmund – , reiste teilweise sogar gemeinsam mit den AufmarschteilnehmerInnen an und ab und trat desöfteren in – von BeobachterInnen des Geschehens als „freundschaftlich" beschriebenen – Kontakt zu Ordnern und TeilnehmerInnen. Professionelle Distanz? Fehlanzeige! Anschließend veröffentlichte sie von ihr als „nicht wertend" empfundene wohlwollende Be-



Links: Letzte bekannte Aufmarschteilnahme Dittmers am 28. Oktober 2000 in Düsseldorf.
Rechts: Melanie Dittmer im Oktober 2014 bei einem „Ausflug" der „Identitären" (Screenshot: Facebook).

richte auf „lokalkompass.de", die später nach Protesten wieder gelöscht wurden. Dittmer selbst besteht darauf, nur noch privat und beruflich unterwegs zu sein, sie habe ihre persönliche Meinung, die ihr keiner nehmen könne, pflege auch Bekanntschaften mit Szenegängern, all' das habe aber mit politischer Aktivität nichts zu tun. Basta! Ob sie das tatsächlich glaubt, spielt jedoch keine sonderlich große Rolle mehr, da sie sich zwischenzeitlich deutlich positioniert hat. Spätestens nach ihrem – eigentlich unnötigen – Posieren vor dem Haus der extrem rechten *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* am 6. September 2014, in das der „neurechte" Messekongress „Zwischentag" ausweichen musste und durfte (siehe S. 26), und ihrem hierbei offen zur Schau gestellten Bekenntnis zur „Identitären Bewegung" (siehe LOTTA #50, S. 30 ff. und LOTTA #52, S. 38 ff.) dürfte klar sein, dass ihre „politikfreie" Zeit endgültig vorbei ist – sofern es eine solche je gegeben hat. Und es bedarf auch keiner hellseherischen Fähigkeiten, sie als Motor der in den letzten Monaten deutlich gestiegenen Aktivitäten der *Identitären Bewegung Rheinland* – insbesondere im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis – auszumachen, ausgehend von ihrem derzeitigen Wohnort Bornheim, wo vom 29. bis 31. August 2014 auch das „Identitäre Sommerlager Rheinland" stattfand, und aktuell bis Duisburg und Koblenz reichend, wo derzeit neue „identitäre" Gruppen aufgebaut werden. Am 19. September reiste sie beispielsweise nach Duisburg, um auf einer städtischen Informationsveranstaltung anlässlich der Einrichtung einer Notunterkunft für Flüchtlinge gezielt Stimmung zu machen und Propaganda der „Identitären" zu verbreiten. Dort trat sie Angaben des *Antifa-Infoportals Duisburg* zufolge zunächst in Pressewesten auf, zog diese aber später aus, um höchstpersönlich Flugblätter zu verteilen und den Mob mit „Volksverräter"-Rufen anzustacheln. Mit vor Ort war auch die aktuelle Vorsitzende der NPD Duisburg, **Melanie Händelkes**. Die beiden kennen einander noch aus gemeinsamen JN-Zeiten. Händelkes, damals noch unter ihrem Geburtsnamen **Melanie Wosniak** unterwegs, war Ende der Neunziger Chefin der JN Köln.

Einschätzung

Dass Dittmer nach wie vor über ein extrem rechtes Welt- und Menschenbild verfügt – sie selber würde vermutlich die Begriffe „rechts" und „radikal" bevorzugen –, daran dürften keinerlei Zweifel bestehen. Auch wenn sie eher nicht zu den politischen StrategInnen der Szene zu zählen ist, so stellt sie doch eine Bereicherung für die extreme Rechte im Rheinland – und insbesondere für die „Identitären", die aktuell Zulauf zu verzeichnen haben –, dar. Und dies nicht nur aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung und ihrer umfangreichen Kontakte zu extrem rechten AkteurInnen diverser Spektren. Im Gegensatz zu nicht wenigen anderen ist sie hochflexibel und kreativ, schert sich nicht um Abgrenzungen innerhalb der Szene, steht mit beiden Beinen im „Hier und Jetzt" und hat eine erstaunliche Power sowie ein großes Organisationstalent und Selbstbewusstsein. Sie benötigt die Szene nicht. Die Frage ist also eher, ob die extreme Rechte ihr (noch) etwas zu bieten hat bzw. ob sich politische Perspektiven herauskristallisieren. Was sie 2001/2002 über „ihre" Szene schrieb, daran hat sich bis heute nichts verändert: „Kritisch betrachtet, werden die meisten in der rechten Bewegung nicht ihrem eigenen, längst überholten Maßstab gerecht. Viele lügen sich die Hucke voll, so dass es einem Außenstehenden zwangsläufig schlecht wird." Ihr damaliges Fazit: „Da gehe ich lieber meinen eigenen Weg." Und das politisch noch relativ offene Spektrum der „Identitären" bietet hierfür aktuell offenbar Entfaltungsmöglichkeiten.

6. September 2014, Bonn: Umzugshelfer des „Zwischentags“ bei der Arbeit. Ganz rechts: Tony-Xaver Fiedler („pro NRW“-Parteivorstand).

Von Britta Kremers

„Ein ganz toller Tag“?

Der „Zwischentag 2014“ versagt in NRW

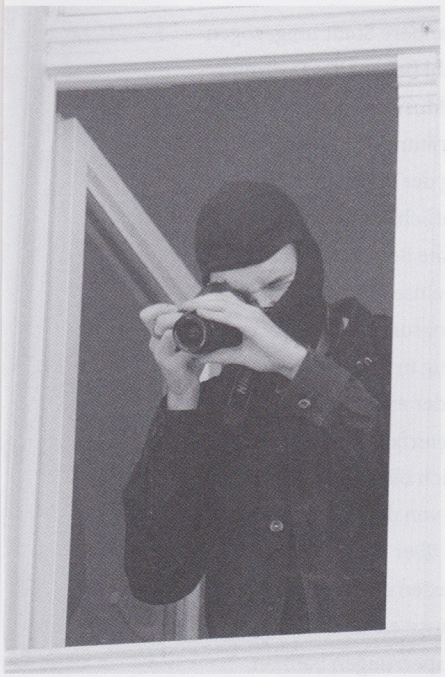
Eigentlich hatte sich Felix Menzel (Chemnitz), Gründer und Chefredakteur des „neurechten“ Online-Magazins „Blaue Narzisse“, den Vor- und Ablauf seines diesjährigen rechtsintellektuellen Messekongresses und Vernetzungstreffens „Zwischentag“ am 6. September – in seinen Augen ein „Aushängeschild einer intellektuellen, non-konformen und konservativen Gegenöffentlichkeit“ – völlig anders vorgestellt. Nachdem der „Zwischentag“ 2012 und 2013 mit um die 700 TeilnehmerInnen in Berlin stattgefunden hatte – wenn auch nicht störungsfrei –, plante man nun eine allmähliche Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet. Doch der erste Versuch außerhalb Berlins wurde zur Schnitzeljagd und zum Misserfolg. Letzte Zuflucht: ein Burschenhaus.

Am 6. Oktober 2012 fand in Berlin der erste „Zwischentag“ statt. Als Veranstalter trat **Götz Kubitschek** auf, Kopf des *Verlag Antaios* und Herausgeber der Zeitschrift *Sezession*. Offensichtlicher Zweck der laut Veranstalter „ersten Freien Messe“ war, eine Plattform für die Darstellung rechter Projekte und bedingt auch für Austausch, Kennenlernen und Diskussion zu schaffen. Dabei ging es darum, die „Intellektuelle Rechte“ mit anderen Spektren zu vernetzen, erwünscht war hierbei ausdrücklich auch der rechts-konservative Bereich. Tatsächlich war in dem aus Vorträgen und einem Streitgespräch bestehenden Programm aber eher die klassische extreme Rechte (*Deutsche Burschenschaft*, *Ares Verlag*, ein Vertreter der Zeitschrift *Der Eckart* etc.) und die rechtsintellektuelle Szene – z.B. das *Institut für Staatspolitik* und die *Blaue Narzisse* des damals als „Mitveranstalter“ auftretenden **Felix Menzel** – anzutreffen. Von der von Menzel großspurig vorgestellten „Vernetzungskartei“ hörte man hier übrigens das letzte Mal. Auch bei den „Messeausstellern“ zeigte sich ein ähnliches Bild: die Zeitschrift *Zuerst!*, *Verlag und Antiquariat Uwe Berg*, die *German Defence League*,

der *Freibund*, natürlich auch *Sezession*, *Verlag Antaios* und das *Institut für Staatspolitik*. Aber auch die Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Mit zirka 700 BesucherInnen war die Veranstaltung als erste ihrer Art gut besucht, auch wenn die beabsichtigte Ausweitung des politischen Spektrums kaum stattfand. 2013 erreichte der „Zwischentag“ bei seinem zweiten Durchlauf mit – nach Angaben der Veranstalter – „siebenhundertachtunddreißig verkauften Messekarten“ ähnlich viele TeilnehmerInnen wie beim ersten Mal. Mit **Sacha Korn** war allerdings ein Musiker im Programm, dessen Tonträger zumeist in den RechtsRock-Versänden des Neonazismus gehandelt werden. „Star des Abends“ war der Neofaschist und *CasaPound*-Aktivist **Gabriele Adinolfi** aus Italien, gegen den wegen des extrem rechten Bombenanschlags 1980 in Bologna (85 Menschen starben hierbei) ermittelt worden war. Der „Zwischentag“ geriet trotz guter BesucherInnenzahlen-Zahl wegen der genannten Programmpunkte in eine inhaltliche Krise. Er verlor einerseits mit der *Jungen Freiheit* und der *Bibliothek des Konservatismus* jene Aussteller, die sich am weitesten an die Reihen des Nationalkonservatismus heran arbeiten konnten. Die *Junge Freiheit* sprach davon, dass „das Konzept der Messe immer mehr eine Schlagseite bekam“. Zudem fand laut *Junger Freiheit* keine „selbstkritische Auseinandersetzung über ‘rechte’ Positionen“ mehr statt, sondern nur noch Selbstbestätigung.

Zu hoch gepokert

Zwischen den zukünftig zweijährlichen „großen Zwischentagen“ in Berlin werde es „zweimal pro Jahr eine ‘kleine’ Messe“ geben, die durch Deutschland „wandern“ würde und für „ca. 200 Besucher – wenn mehr kommen, umso besser“ konzipiert sei, so Menzel, der zwischenzeitlich die Organisation des „Zwischentags“ übernommen hatte, im Juni 2014. Benötigt würden für die kleine Variante „jedes Mal ein Dutzend Aussteller“ sowie „drei bis vier Vorträge“. Später wurden dann TeilnehmerInnenzahlen von bis zu 400 – zeitweise war auch die Zahl 600 im Gespräch – gehandelt und über 20 Aussteller – rechte Verlage, Versandhandel, Zeitschriften, Online-Foren, Initiativen, Projekte u.ä. – präsentiert. Angekündigt worden waren hauptsächlich Aussteller, die auch schon in den letzten Jahren teilgenommen hatten. Neben den islamfeindlichen Hetzern von *pi-news* zum Beispiel die Zeitschriften *Zuerst!* und *Sezession*. Erstmals dabei sein sollte hingegen beispielsweise der *Kyffhäuser Verlag* von **Renate Steinert** aus dem hessischen Mengerskirchen, der eine Vielzahl antisemitischer Faksimiles, teils aus der NS-Zeit, anbietet. Im Begleitprogramm angekündigt wurde auch der Vortrag „Auf dem Weg ins Imperium“ des konservativen Brüsseler Professor für Römische Geschichte, **David Engels**. Als Veranstaltungsort war die Rede von einem „sehr guten Hotel“ in Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofes. Doch es kam alles anders. Nach antifaschistischer Öffentlichkeits- und Informationsarbeit und dem Aufgreifen des Themas durch die Lokalpresse kassierte der „Zwischentag“ seinen ersten Rauswurf, das Tagungshotel zog seine Zusage für die als „Buchmesse“ angemeldete Veranstaltung zurück. Und es folgten weitere Kündigungen – und auch Absagen. Nachdem mehrere Medien über die Teilnahme von Prof. Dr. David Engels berichtet hatten, sprach dieser von einem „Versehen“, er habe nach der Kenntnisnahme des Programms sofort abgesagt – womit der Zwischentag seinen wohl wichtigsten Vortrag im Begleitprogramm verlor, da dieser als Brücke in den Konservatismus fungieren sollte. Im Düsseldorfer Raum konnten keine neuen Räume gefunden werden, also musste in eine andere Stadt umgezogen werden. Die Wahl fiel auf das Dortmunder Automobil-Museum, das auch noble Veranstaltungsräume vermietet. Als dann am Mittag des 5. Septembers auch dieser Ort öffentlich bekannt wurde und Protest sowie eine Berichterstattung kritischer Medien einsetzte, war auch dieser Veranstaltungsort Geschichte. Es blieb der Rückzug in „eigene“ Räume, in diesem Fall die der extrem rechten *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*. Letztendlich blieben bei dem chaotischen Vorlauf von den 400 erwarteten Gästen deutlich über die Hälfte auf der Strecke. Die meisten der ungefähr 150 Verbliebenen mussten sich ihren Weg durch Polizeiabsperrungen bahnen, dicht an einer Antifa-Kundgebung vorbei, die zeitweise sogar den Eingang zum Burschenhaus blockierte. Auch diverse der angekündigten Aussteller blieben fern. Von dem ursprünglichen Plan, den „Zwischentag“ in einem noblen Tagungshotel im Zentrum von Düsseldorf durchzuführen und langfristige Planungssicherheit für die TeilnehmerInnen herzustellen, blieb nichts übrig, als Ausstellerraum blieb der Garten der *Raczeks* mit „20 zusätzlich angemieteten Bierbänken“, als Auditorium ein für 40 Personen ausgelegter Versammlungsraum, einige Aussteller mussten sich in den Zimmern der Burschen präsentieren. Die Planung der ganzen Veranstaltung erinnert an die von neonazistischen RechtsRock-Konzerten bekannten, im rechtsintellektuellen Milieu aber unüblichen „Schnitzeljagden“ zum Ort des Geschehens, zum Leidwesen des sich großteils als „rechtskonservativ“ verstehenden TeilnehmerInnenkreises, unter ihnen auch AfD-, „pro NRW“- und NPD-Funktionäre. Vor Ort anzutreffen waren beispielsweise **Hans-Thomas Tillschneider**, Mitglied des AfD-Landesvorstands in Sachsen, die „pro NRW“-Parteivorstandsmitglieder **Gary Hauer** und **Tony**



Links: Seriös geht anders: Ein Besucher des „Zwischentags“ bei der „Anti-Antifa“-Arbeit
Rechts: Felix Menzel (re.) begrüßt seine Gäste

Xaver Fiedler, letzterer ebenso wie die frühere Neonazi-Aktivistin und angeblich nicht mehr politisch aktive **Melanie Dittmer** (siehe Seite 23 ff.) im Look der sich auf dem „Zwischentag“ präsentierenden *Identitären*. Und auch die NPD-Landesvorstandsmitglieder **Hans-Jochen Voss** (Unna) und **Ariane Meise** (Rhein-Sieg-Kreis) schauten vorbei, ebenso wie **Björn Clemens**, extrem rechter Strafverteidiger im laufenden Koblenzer Prozess gegen Mitglieder und Unterstützer der kriminellen Vereinigung *Aktionsbüro Mittelrhein*.

Wahrnehmungen und Einschätzung

Es sei „wieder ein ganz toller Tag“ gewesen, so Felix Menzel, endlich zurück in seiner Schreibstube in Chemnitz. Man habe „einige Hürden überspringen“ müssen, und leider habe „die Presse ... nur über die Proteste gegen den zwischentag, nicht aber über die Messe selbst und die dort vertretenen Auffassungen berichtet“. „Wie es weitergeht“, werde man „nun gründlich analysieren“. „Klar“ sei: „Wir haben ein großes Publikum, das sich für die Messe interessiert, wir verfügen über ausreichend interessante Aussteller, und wir werden in anderen Regionen Deutschlands (mit weniger Aufwand als diesmal) Räume finden.“

Ein etwas kritischerer Blick auf den diesjährigen „Zwischentag“ zeigt jedoch, dass es Menzel und Co. erneut nicht gelungen ist, die eigene politische Basis zu verbreitern. Die Liste der Aussteller unterschied sich nicht wesentlich von der des Vorjahres, nennenswerter Zuwachs war hier nicht zu verzeichnen, schon gar nicht aus der Region. Stattdessen waren erneut Aussteller vertreten, die eindeutig in der extremen Rechten zu verorten sind, beispielsweise die *Identitären*, *pinews*, *Zuerst!* und die nicht vorangekündigte in Konkurrenz zu *Thor Steinar* stehende Bekleidungsmarke *Erik & Sons*, die sich großer Beliebtheit bei Neonazis erfreut. Auch mit dem Begleitprogramm gelang es nicht, über den Bereich des extrem rechten Milieus hinauszukommen. So waren zwar laut einem der Sendung *Monitor* zugespielten Videomitschnitts aus den Haus der *Raczeks* einige AfD-Mitglieder und -Funktionäre vor Ort, der angekündigte Programmpunkt „Vor Ort Politik machen – AfD-Stadträte berichten“ wird aber in Menzels Berichten mit keinem Wort erwähnt, vermutlich kam dieser nicht zustande, da offenbar letztendlich keine AfD-Stadträte aus NRW zur Verfügung standen – aus welchen Gründen auch immer. Auch die vom Düsseldorfer AfD-Kommunalwahlkandidat **Alexander Heumann** angekündigte Gründung eines NRW-Ablegers der „Patriotischen Plattform“, in der sich bundesweit der rechte Flügel der AfD sammelt, fand nicht wie ursprünglich geplant auf dem „Zwischentag“ statt, sondern erst eine Woche später in Düsseldorf.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass es AntifaschistInnen gelungen ist, das „neurechte“ Projekt „Zwischentag“ öffentlich als Teil der extremen Rechten zu verorten und sich hierbei Gehör zu verschaffen. Die Folge davon war, dass mehrere Mietverträge gekündigt wurden und letztendlich auch diverse angemeldete AusstellerInnen und TeilnehmerInnen fernblieben, ob nun aufgrund des chaotischen Vorlaufs, antifaschistischer Präsenz oder weil sie nicht zu sehr in die Nähe zur extremen Rechten gerückt werden wollten. Das Ausweichen in die Räume der *Raczeks* warf die Veranstalter in ihr eigenes Spektrum zurück. Inhaltlich geschah dies durch die Absage des konservativen David Engels, der nicht in einem extrem rechten Kontext referieren wollte.

Angesichts dieses Misserfolgs bleibt abzuwarten, ob Menzel tatsächlich an dem Konzept des „Zwischentags“ an wechselnden Orten festhalten wird. Und ob sich Götz Kubitscheck als „Erfinder“ bzw. Initiator des „Zwischentages“ mit dem ungeschickten Agieren Menzels zufrieden gibt oder lieber wieder selber Hand anlegt.

„Kennenlerntreffen" der HoGeSa am 28. September 2014 in Dortmund

Von David Beck und Torben Heine

„Kämpf für unser Land!"

Rechte Hooligans mobilisieren zum Kampf gegen Salafisten

Über 300 Personen folgten am 28. September dem Aufruf der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) und versammelten sich in der Dortmunder Innenstadt zum „Kennenlerntreffen". Nur wenige der Teilnehmer_innen waren – wie vorab erbeten – in den Farben ihres Fußballvereins gekleidet erschienen und repräsentierten optisch das erhoffte Bild von „friedlichen Fußballfans". Die Mehrheit inszenierte sich durch das Tragen von einschlägigen Modemarken oder Gruppenbezeichnungen wie „Cologne Streetfighters", Tätowierungen und rasierte Schädel als martialische Schläger_innen.

Aus dem Netz auf die Straße

Knappe 45 Minuten dauerte der offizielle Part der Versammlung, der mit einem Gruppenfoto endete und als Erfolg verbucht wurde. „Wir haben es geschafft. Wir haben uns erfolgreich gesucht und gefunden. Wir sind stark. Wir sind da. Wir sind 'HoGeSa – Gemeinsam gegen Salafisten'", lautete das Resümee auf der Homepage der Gruppe, die sich zunächst über *Facebook* vernetzt hatte. Das Treffen in Dortmund war die dritte Aktion, mit der die HoGeSa real in Erscheinung trat. Zum ersten Mal trat die Gruppe mit ungefähr 25 Personen am 13. September in Köln auf, wo sie gegen eine geplante salafistische Veranstaltung mit **Pierre Vogel** demonstrieren wollte. Eine Woche später, am 21. September, trafen sich schon 80 Hooligans in Essen. Die Polizei setzte die Gruppe fest, es kam zu einigen vorläufigen Festnahmen. Die folgende Medienberichterstattung bescherte den Hooligans die erste große Aufmerksamkeit. Mittlerweile „liken" über 20.000 *Facebook*-User_innen die Gruppe. Der Zuspruch ist gerade vor dem Hintergrund des barbarischen Krieges des IS in Syrien und dem Irak stark.

Rechte Hooligans versuchen seit Beginn des Jahres, gezielt salafistische Kundgebungen anzugreifen oder zu stören, nachdem sie sich über *Facebook*-Gruppen

wie „Weil Deutsche sich`s noch trau`n", „Hooligans für Deutschland" oder „Gemeinsam sind wir stark" virtuell vernetzt hatten. Den Auftakt dieser Entwicklung stellte ein am 8. Februar 2014 erfolgter Versuch von zirka 150 Personen in Mönchengladbach dar, eine salafistische Kundgebung mit Pierre Vogel zu stören. Unter ihnen befanden sich auch Aktivist_innen der *German Defence League* (GDL). Im März attackierten rund 200 rechte Hooligans in Mannheim eine Salafisten-Kundgebung mit Flaschen und Böllern. Medienberichten zufolge waren die Angreifer „größtenteils polizeibekannt" und auch aus Stuttgart, Kaiserslautern und Karlsruhe angereist.
Den Aktionen auf der Straße war zunächst eine bundesweite Organisierung von rechten Hooligans vorausgegangen, die sich 2012 in Gruppierungen wie den *Gnu Honnters* („Neue Jäger") und der personell nahezu identischen *Alten Schule Deutschland* organisierten. „Kameraden im Geiste. Viele Farben. Dennoch eine Einheit", lautet das Motto der *Alten Schule*, zu der sich Hooligans unter anderem aus Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Berlin, Darmstadt, Kaiserslautern und Stuttgart zusammengeschlossen haben. Doch während die *Alte Schule Deutschland* und die *Gnu Honnters* auf dem elitärem Anspruch der Mitgliedschaft basieren und nur ausgesuchte „Kameraden" aufnehmen, lädt HoGeSa alle gleichgesinnten Hooligans ebenso wie „normale Bürger_innen" zum Mitmachen ein. Man setzt bislang erfolgreich auf die Bündelung von Kräften und die Mobilisierung von Massen.

Unerwünschte Neonazis?

„Die Notwendigkeit einer Bewegung aus dem Volk heraus, die sich gegen Islamisten / Salafisten stellt, ist mehr als deutlich. Die etablierte Politik lässt das Volk im Stich und zeigt sich handlungsunfähig. Wenn wir nicht handeln, wird es niemand anderes tun", sieht sich HoGeSa zur Eigeninitiative gezwungen, konkretisiert die eigenen Pläne oder Maßnahmen aber nicht. Als mögliche Handlungsanweisung lässt sich das martialische Logo der HoGeSa interpretieren, auf dem ein Schlagring abgebildet ist, das dem ansonsten propagierten „Gewaltverzicht" widerspricht. Widersprüchlich ist auch die propagierte Abgrenzung von Neonazis. „Es gibt immer rechte Leute irgendwie irgendwo darunter. Die sind einfach da, die kriegste auch nicht weg (...) Wir haben damit nichts zu tun. Wir verfolgen nicht deren Ideologie", distanzierte sich der Herner **Andreas „Kalle" Kraul** („Kalle Grabowski") am 4. Oktober 2014 per Videobotschaft und erweckt damit den Eindruck, dass Neonazis bislang als unerwünschte Gäste teilgenommen hätten.
Kraul, der in Herne das Studio *Tattoo by Kalle* betreibt, trat auch in Essen und Dortmund als HoGeSa-Sprecher auf. Seiner Distanzierung widerspricht nicht nur die große Akzeptanz, die in Dortmund den anwesenden Aktivisten von *Die Rechte* entgegengebracht wurde, sondern auch, dass er bei seinem ersten TV-Interview in Essen ein T-Shirt mit einem Reichsadler-Motiv der Marke *Erik and Sons* trug. Beim Blick in die Profile von HoGeSa-Sympahtisant_innen finden sich oftmals rechte Modemarken, nationalistische und rassistische Sprüche oder Sympathiebekundungen für Parteien wie die NPD. Auch Kraul postete dort eine schwarz-weiße-rote Fahne mit dem Slogan „Nationaler Widerstand" oder einen gegen Asylbewerber_innen gerichteten Song des Berliner Neonazi-Rappers **Patrick Killat**.

Führungskämpfe

Hinter den Kulissen toben bereits Konflikte um die Kontrolle über das erfolgreiche Projekt. „Hallo Brüder und Schwestern. Es gibt momentan einige Unklarheiten zwischen den Gründern von Ho.Ge.Sa und Ho.Ge.Sa Stuttgart. Ich habe diese Gruppe gegründet, um im Raum Stuttgart und Süddeutschland die Jungs zu vereinen, da die Hauptgruppe gesperrt war", vermeldet ein User in der *Facebook*-Gruppe *Ho.Ge.Sa Stuttgart* und nimmt Bezug auf die Löschung des *Facebook*-Accounts von HoGeSa. Nach Löschung der Seite ging HoGeSa mit einer eigenen Website (*hogesa.eu)* online, welche die Initiator_innen aber seit dem 6. Oktober nicht mehr kontrollieren. Der „Ansprechpartner" der Seite habe sich als unzuverlässig erwiesen, hieß es. An anderer Stelle wurden Vorwürfe laut, der Admin sei nie ein richtiges Mitglied im „Orga-Team" gewesen und verfolge kommerzielle Interessen. Einen Tag, nachdem der Konflikt um *hogesa.eu* ausbrach, wurde dort auch eine Pressemitteilung veröffentlicht, die eine Trennung von **Dominik Roeseler** bekannt gab. „Aufgrund seiner Kundgebungen, die er alleine und entgegen dem Willen der betreffenden Führungspersonen von Hogesa.eu getätigt hat ist festzustellen, dass dies nicht in unserem Interesse geschehen ist", hieß es dort. Roeseler ist Parteivorstandsmitglied der *Bürgerbewegung pro NRW* und sitzt für die Partei im Mönchengladbacher Stadtrat. Er nahm an der Aktion in Essen teil und fungierte in Dortmund als Anmelder und Versammlungsleiter. Seine Beteiligung hatte zu Warnungen vor einer parteipolitischen Instrumentalisierung geführt.
Auch gegen einen anderen Aktivisten wird auf *hogesa.eu* Stimmung gemacht: „(...) wir distanzieren uns von **Niclas Besen** und Konsorten (...) Da würde mal wieder was hinter unserm Rücken gemacht.", hieß es bezugnehmend auf den Verkauf von T-Shirts. Über die ursprüngliche *Facebook*-Seite „Gemeinsam sind wir stark" werden diese T-Shirts aber weiterhin angeboten. Dort wurde

auch verkündet, dass die „offizielle Website“ nun *hogesa.info* laute.

Aufbau von Strukturen

Der Führungsstreit führte nicht zur Auflösung des Projektes, sondern sorgte vielmehr dafür, dass sich klarere Strukturen herausbildeten. Bei einem Treffen des „Orga-Teams“ am 12. Oktober wurden die Regionen Nord, West und Süd geschaffen, denen ein „Regionalleiter“ nebst „Stellvertreter“ vorstehen. Für die Region Ost wird noch kein „Regionalleiter“ genannt. Die Region West umfasst NRW und Rheinland-Pfalz, Hessen gehört zur Region Süd. Das Saarland wird mal der Region Süd, an anderer Stelle der Region West zugerechnet. Die „Regionalleitung West“ liegt in den Händen von Kraul und des *Borussia Mönchengladbach*-Fans Roeseler als Stellvertreter. Der *pro NRW*-Politiker ist also weiter an führender Stelle mit dabei. Er hat nach Angaben des *Kölner Stadtanzeigers* auch die nächste Aktion, ein Treffen am 26. Oktober 2014 in Köln, bei der Polizei angemeldet. Roeselers Einfluss liest sich auch aus einem Statement der HoGeSa heraus: „Die Werte der Aufklärung wie z.B. Freiheit, Gleichheit , Brüderlichkeit oder Religionskritik sind nicht verhandelbar. Wer Deutschland mit seiner Kultur, Tradition und Geschichte ablehne, kann sich gerne ein anderes Land suchen.“ Dies erinnert stark an Verlautbarungen, wie sie von *pro NRW* bekannt sind. Zugleich wurde in einen Videostatement verkündet, dass es sich bei den Seiten *Hogesa.eu*, *HoGeSa Stutgart* und *La Familia Süd* um „Trittbrettfahrer“ handele. Letztere hatten am 11. Oktober in Frankfurt/Main mit (anfangs) 50 Personen unter dem Motto „Salafisten raus aus Deutschland“ demonstriert (vgl. S. 39).

Nimbus des Unpolitischen

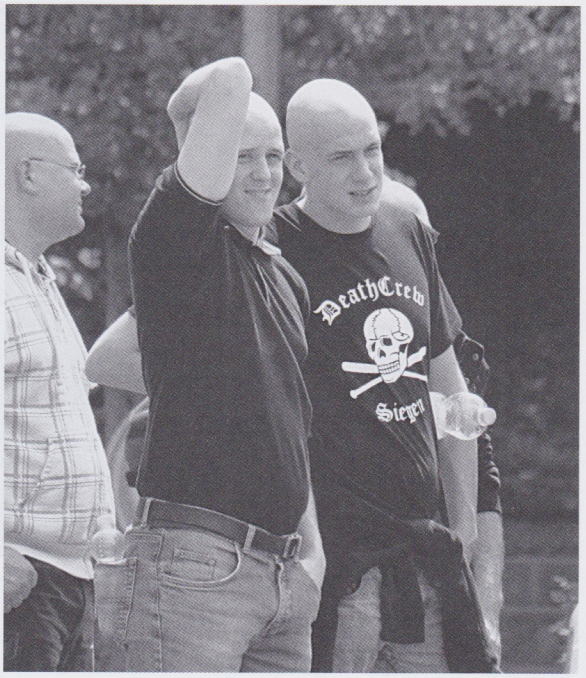
Der Zuspruch zu „Hooligans gegen Salafisten“ ist – zumindest im Internet –

Andreas „Kalle“ Kraul, „Regionalleiter West“, spricht am 28. September 2014 in Dortmund

noch ungebrochen hoch. Er ist längst nicht mehr auf die Hool-Szenen beschränkt. Die Organisator_innen stehen nun vor dem Problem, ihre Mobilisierungserfolge in konkrete Aktion umzusetzen. Bereits nach der Kundgebung in Dortmund wurden Stimmen laut, die bemängelten, dass es zukünftig nicht ausreiche, nur herumzustehen und sich „kennenzulernen“. Das Gewaltpotenzial, das sich zusammengefunden hat, ist auf jeden Fall groß. Es kann sich gegen alle richten, die für „Salafisten“ oder „Islamisten“ gehalten werden. „Nur ein toter Salafist ist ein guter Salafist! [...] Kämpf für unser Land! Kämpf für die Freiheit!“ fordert beispielsweise ein Anhänger des *Karlsruher SC* bei *Facebook*. Dass der Aufruf zur Gewalt nicht in direktem Widerspruch zu dem von HoGeSa bislang propagierten „friedlichen Ausrichtung“ steht, verdeutlicht ein Zitat aus der online publizierten „Zusammenfassung des Orga-Treffen der HoGeSa am 12.10.2014“: „Unsere friedliche Kundgebungen sind ein eindeutiges Signal an die Politik – HANDELT. Sollte sich die Politik weiterhin unfähig zeigen, das Thema Salafisten in Deutschland in den Griff zu bekommen, werden wir uns zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob und inwieweit wir als ‘Hooligans’ aktiv werden“, wird unverhohlen verbal eine Drohkulisse aufgebaut, die verdeutlicht, dass die bisherigen Aufrufe, „friedlich, unvermummt und ohne Randale“ auf ihren Veranstaltungen zu agieren, lediglich strategische Äußerungen sind, um nicht von Beginn an potenzielle Sympathisanten _innen zu verschrecken. „Hooligans gegen Salafisten“ ist und bleibt ein von rechten Hools dominiertes Projekt, trotz aller Distanzierungsrhetorik steht selbst ein Ausschluss von parteipolitisch organisierten Neonazis nicht zur Debatte. „Solange niemand Parteipropaganda macht, Parteifahnen oder -Banner mitbringt, sind alle bei uns willkommen“, heißt es in einer Stellungnahme. Schließlich beruht die Popularität der Gruppierung bislang auf dem Nimbus, nicht direkt auf den ersten Blick als extrem rechte Organisation erkennbar zu sein.

Anmerkung kurz vor Drucklegung

Auf Druck des *pro NRW*-Präsidiums hat sich Dominik Roeseler am 19./20. Oktober von seinem Posten als Vize-Bereichsleiter und als Versammlungsleiter in Köln zurückgezogen.



Links: Andre Kauff (li.) und Robin Seringhaus (re.) mit NPD-Transparent im November 2013 in Remagen
Rechts: Michael Schulz (li.), Siegerländer Neonazi-Aktivist und Angeklagter im ABM-Prozess, bei einem NPD-Aufmarsch in Gießen

Von Julian Schneider

„1 : 0 für uns“

Die Neonazi-Szene im Kreis Siegen-Wittgenstein

Nach zeitweise eher sporadischer Aktivität und Rückzügen von Kadern meldete sich die Neonazi-Szene im Kreis Siegen-Wittgenstein mit einem Knall zurück. Am 24. Mai 2014 kam es zu einem Übergriff in Siegen, bei dem ein Student lebensgefährlich verletzt wurde. Grund genug, die lokale Neonazi-Szene unter die Lupe zu nehmen.

Die Neonazis im Kreis Siegen-Wittgenstein bildeten nach der Auflösung der *Freien Nationalisten Siegerland* bzw. des *Freien Netzes Siegerland* (FNSI) keine Kameradschaft im klassischen Sinne mehr. Die/das FNSI war/en eine Gruppierung, die von 2008 bis zirka 2012 existierte und eng mit der lokalen NPD kooperierte. Sie führte mit überregionaler Beteiligung Demonstrationen im Kreisgebiet durch, eines ihrer führenden Mitglieder, **Sascha Maurer**, saß für die NPD im Siegener Stadtrat. Darüberhinaus kam es immer wieder zu gezielten Attacken und Sachbeschädigungen durch Mitglieder dieser Gruppe.

Ernstzunehmende Bedrohung

Im Vergleich dazu ist die heutige lokale Neonazi-Szene weit entfernt von einer konsistenten politischen Arbeit. Politische Aktionen im eigentlichen Sinne finden nur noch sporadisch statt und erschöpfen sich meist in Schmierereien, die ab und zu im Stadtbild auftauchen. Allerdings geht weiterhin eine ernstzunehmende Bedrohung von der neonazistischen Szene aus. So wurde am 12. Mai 2012 ein Stand der *Pro-Israel-Initiative Never Again* angegriffen, mehrere Personen wurden verletzt. Zwei ermittelte Täter, unter ihnen der lokale Neonazi-Aktivist **Andre Kauff**, kassierten für ihre Beteiligung am Angriff lediglich Geldstrafen. Zwei weitere Vorfälle waren die Schändungen jüdischer Friedhöfe in Siegen und Bad Berleburg, die in der Nacht vom 8. auf den 9. November 2013 verübt wurden. Am 21. November fanden Razzien bei drei Verdächtigen statt, von denen zwei am 4. November 2014 vor dem Amtsgericht in Dillenburg ange-

klagt werden. Am 24. Mai 2014 ereignete sich der seit Jahren schwerste neonazistische Angriff vor Ort. Am frühen Mittag sammelten sich an diesem Tag von der Polizei unbehelligt mindestens 30 Neonazis aus mehreren Städten an der Siegerlandhalle und wollten sich gemeinsam auf den Weg nach Bayern machen. Ziel war das im Rahmen des „NPD-Bayerntages" geplante „Live H8"-Konzert in Scheinfeld in Mittelfranken, aus dem jedoch nichts wurde, da es aufgrund antifaschistischen Protestes von den Behörden unterbunden wurde. Die bundesweit angereisten Neonazis mussten den Rückzug antreten. Ein Teil derjenigen, die sich in Siegen getroffen hatten, gingen abends in eine Siegener Kneipe, vor der es dann zu besagtem Angriff kam.
Im Nachgang folgten Einschüchterungsversuche. So drohten mehrere Neonazis auf Facebook, eine am 27. Mai stattfindende „Volxküche" anzugreifen. „1 : 0 für uns und das 2 : 0 kommt auch in nächster Zeit", so einer von ihnen. Auch tauchten unmittelbar nach dem Vorfall Schmierereien in Siegen – u.a. der Schriftzug „Multi-Kulti ist Völkermord" an der Universität – auf, die zwar stümperhaft angefertigt wurden, jedoch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen.
Trotz dieser Vorfälle hat die lokale Neonazi-Szene aber bei weitem noch nicht ihre alte Stärke und vor allem nicht ihren Organisierungsgrad wie zu FNSI-Zeiten erreicht. Zielgerichtete Attacken und Sachbeschädigungen, wie zum Beispiel auf einen linken Buchladen, das Büro der Partei *Die Linke* oder das örtliche linke Zentrum, wie sie zu FNSI-Zeiten noch regelmäßig stattfanden, ja sogar zeitweise an der Tagesordnung waren, waren in letzter Zeit eher sporadisch zu verzeichnen. Einzelne Akteure der Neonazi-Szene im Kreis Siegen-Wittgenstein pflegen jedoch beste Kontakte in die bundesweite Szene und nehmen auch regelmäßig an überregionalen Demos teil, ohne sich jedoch – beispielsweise durch Transparente – als Gruppe zu kennzeichnen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Demonstration der Partei *Die Rechte* am 15. März 2014 in Koblenz, die sich gegen den Prozess gegen Mitglieder und Unterstützer der kriminellen Vereinigung *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM) richtete. An dieser Aktion nahmen mehrere Siegener Neonazis teil, unter anderem **Michael Schulz**, einer der Angeklagten im ABM-Prozess. Kader der Siegener Neonazi-Szene wie **Robin Seringhaus** und Andre Kauff übernahmen Aufgaben wie das Tragen des Fronttransparents oder waren Teil des Ordnerdienstes. Dennoch ist die lokale Neonazi-Szene zur Zeit eher ein loser Zusammenschluss von Personen, der politisch kaum Wirkmacht entfalten kann. Eine größere Rolle spielt der subkulturelle Faktor, also das Nazi sein als „way of life".

Schaffung rechter Lebenswelten

Neonazis aus dem Siegerland und dem Westerwald mieteten im Sommer 2013 ein Haus in Freudenberg an, das dann als Treffpunkt der Szene aus dem Dreiländereck NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen diente. Dort fanden Partys und Konzerte statt, zu denen Neonazis aus ganz Deutschland anreisten. Von hier aus fuhr 2013 ein vom Westerwälder Neonazi **Lukas Gresch** angemieteter Bus zum ersten „Live H8"-Konzert, das im Gegensatz zum zweiten Konzert ungehindert stattfinden konnte. Erst nach Protesten und einem Aufgreifen des Themas in den Medien kündigte der Vermieter den Neonazis ihre Bleibe, so dass sie Anfang 2014 ausziehen mussten. Der Versuch, einen regelmäßigen Anlaufpunkt zu schaffen, war damit erst einmal gescheitert. Insgesamt lässt sich für das „parteifreie" Spektrum im Raum Siegen feststellen, dass es bis jetzt zwar keine feste neonazistische Organisation gibt, aber durchaus Akteure, die politisch organisierend tätig sind und beste Kontakte in die überregionale Szene haben. Zwar sind die meisten Aktivitäten der lokalen Neonazi-Szene noch eher auf den Besuch von Konzerten und auf Saufabende beschränkt, aufgrund ihrer hohen Gewaltbereitschaft geht aber dennoch eine Gefahr von ihr aus.

Und die NPD?

Nicht ohne Relevanz für die lokale Entwicklung ist sicherlich auch der Niedergang der bis vor zirka vier Jahren noch recht aktiven lokalen NPD. Die Aktivitäten erloschen spätestens nach dem Parteiaustritt des damaligen NPD-Kreisvorsitzenden **Stephan Flug**, dem der Kurs der Landes-NPD offenbar nicht radikal genug war. Bei den Kommunalwahlen 2009 war die NPD im Kreis Siegen-Wittgenstein mit Unterstützung der/des FNSI zu den Stadträten Siegen, Netphen und Wilnsdorf sowie zum Kreistag angetreten. In Netphen und Wilnsdorf scheiterte sie, bei der Stadtratswahl in Siegen und der Kreistagswahl im Kreis Siegen-Wittgenstein erzielte sie jeweils ein Mandat. Bei den Kommunalwahlen 2014 trat die Partei im Kreisgebiet nicht mehr an. Angeblich soll inzwischen ein Neuaufbau des Kreisverbandes stattfinden, so behauptet es zumindest der NPD-Landesverband. Ausdruck fand dies allerdings bislang nur – sieht man einmal von Stammtischen ab – bei der Wahl des neuen NPD-Landesvorstands Ende September 2014. Als neuen Beisitzer führt die NPD in ihrem Bericht über den Landesparteitag einen bisher nicht öffentlich in Erscheinung getretenen „Jens Klein (Siegen)" auf.

Von Jacob Zacharias

„Knüppelkommando Kaiserstraße 30“

Vier Wuppertaler Neonazis wegen schwerer Gewalttat verurteilt

Nach der Tat habe sie dem Angeklagten das Kürzel „KKK30“ auf das Handgelenk tätowiert, bezeugt eine ehemalige Aktivistin der Wuppertaler Neonazi-Szene vor Gericht. Die Zeugin erklärt auch die Bedeutung des Kürzels. „KKK30“ stehe für „Knüppelkommando Kaiserstraße 30“. Mit dem Tattoo verherrlichten die TäterInnen den brutalen Überfall auf linke BesucherInnen eines Flohmarktes in Wuppertal-Vohwinkel im September 2011. Mit Knüppeln hatten sie auf ihre Opfer eingeschlagen und mehrere verletzt. In der Kaiserstraße befand sich damals eine Neonazi-WG, in der zwei der vier Angeklagten wohnten. Unter ihnen auch Matthias Drewer (23), der Vorsitzende des Wuppertaler Kreisverbands der „Die Rechte“.

Der Berufungsprozess vor dem Wuppertaler Landgericht gewährte einen Einblick in die Lebenswelt der lokalen Szene um die *Nationalen Sozialisten Wuppertal*, die zum Zeitpunkt des verhandelten Überfalls einen regelrechten Kampf um die Vorherrschaft über“ihren Stadtteil Vohwinkel“ führten. Rechte Gewalttaten stiegen in Wuppertal rasant an. Vohwinkel war das Zentrum der Szene und Wohnort vieler Neonazis. Die WG in der Kaiserstraße 30 bildete einen wichtigen Bestandteil der örtlichen Infrastruktur, hier wurden auch „Kameradschaftsabende“ abgehalten. Über Wuppertal hinaus war sie Anlaufpunkt für Neonazis aus ganz NRW. Oftmals habe man sich dort getroffen und nach potenziellen Linken Ausschau gehalten, berichtete die „Aussteigerin“ in ihrer Aussage. Eigentlich sei man damals immer auf der Suche nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen GegnerInnen gewesen. Im Eingangsbereich der Wohnung hätte sich deshalb stets ein Behälter mit Knüppeln und weiteren Waffen befunden.

„Politisch motivierter Überfall“

Auch der Überfall am 24. September 2011 ging von dieser Wohnung aus, die nach der Tat als Rückzugsort diente. Zum Tatverlauf hieß es in der Urteilsbegründung, dass die beiden angeklagten Brüder **Mike** und **Michele Dasberg** gemeinsam mit der Zeugin **Yvonne Faust** mit einer gezielten Provokation die dann folgenden „regelrechten Jagdszenen“ einläuteten. Nach einer verbalen Auseinandersetzung versetzte Michele Dasberg einem der Geschädigten einen unvermittelten Faustschlag ins Gesicht. Unmittelbar danach griff eine Gruppe von 10 bis 15 Neonazis von zwei Seiten die verstreuten FlohmarktbesucherInnen an. Der Angeklagte **Matthias Drewer** schlug einer Frau hinterrücks mit einem Knüppel auf den Kopf. Als diese zu Boden sackte, erfolgte ein weiterer Schlag. Die Geschädigte wurde mit Verdacht auf Schädelbasisbruch und möglichen Hirnblutungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Die ÄrztInnen diagnostizierten eine schwere Gehirnerschütterung und eine Platzwunde. Mehrere weitere Geschädigte mussten aufgrund von Kopfplatzwunden ambulant behandelt werden. Nach der „tumultartigen Situation“, so der Vorsitzende Richter **Bittner**, dirigierte Drewer den Abzug der AngreiferInnen. Auch der Angeklagte **René Heuke** habe, entgegen seiner Einlassung, an dem Überfall tatkräftig mitgewirkt. So wurde er bei der Flucht in die Wohnung von seinem damaligen Vermieter mit einem Knüppel in der Hand beobachtet.

Das Gericht bewertete die Tat als „politisch motivierten Überfall".
Belastet wurden die Angeklagten Drewer, Heuke und Mike Dasberg durch weitere Aussagen der ehemaligen Neonazi-Aktivistin. Sie habe gehört, wie sich die drei auf Kameradschaftsabenden mit der Tat gebrüstet hätten. Ihre Aussagen wertete das Gericht als glaubhaft: Schließlich musste der Angeklagte Drewer auf Anordnung des Gerichts sein Handgelenk präsentieren, Anders als Heuke hat er sich das „KKK30"-Tattoo nicht entfernen lassen. Auf Nachfrage der Nebenklagevertretung, wie die „Aussteigerin" die angebliche Distanzierung des Angeklagten Heuke von der rechten Szene bewerte, sagte sie, sie würde der Distanzierung wenig Glauben schenken. Heuke nimmt laut eigener Aussage am Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes teil.
Schlussendlich verurteilte das Landgericht Wuppertal alle vier Angeklagten wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen von jeweils zwei Jahren und sechs Monaten. Die immensen Verhandlungskosten tragen die Angeklagten. Anders als beim erstinstanzlichen Urteil wurde bei Drewer das Jugendstrafrecht angewendet, was mit seiner „schwierigen Jugend" begründet wurde. Damit hat er keine Möglichkeit mehr, eine Revision des Urteils zu beantragen. Die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert. Drewer selbst hinterließ in seinem Schlusswort ein klares Bild seiner Gesinnung. So zitierte er **Hermann Göring** und versuchte das Gericht zu belehren, worin der Unterschied zwischen Faschismus und Nationalsozialismus bestehe.

Berufungsprozess in drei Anläufen

Das Amtsgericht Wuppertal hatte die Neonazis bereits im März 2013 in erster Instanz verurteilt. Bis allerdings das Urteil im Berufungsprozess gesprochen werden konnte, waren drei durch Krankheitsfälle auf der Richter- und SchöffInnenbank bedingte Anläufe nötig. Die geschädigten ZeugInnen mussten somit insgesamt vier bis fünf Mal ihre Aussagen machen. Sie waren dabei stets mit aggressiv auftretenden Neonazis im Besucherraum konfrontiert. Die *Opferberatung Rheinland* warnte in einer Pressemitteilung vor der Gefahr der Retraumatisierung durch die wiederholte Konfrontation mit den Tätern und der Tat. Außerdem beklagte sie, dass durch unbedarften Umgang die zuvor diskret geführten Adressen der Geschädigten in der Akte einsehbar waren. Defizite bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit bemängelte das Gericht in seiner Urteilsbegründung. So seien zum Beispiel sichergestellte Knüppel nicht auf DNA-Spuren und Fingerabdrücke überprüft worden.
Der Prozess fand unter großer Anteilnahme der Neonazi-Szene statt. Direkt nach Verkündung des erstinstanzlichen Urteils im März 2013 hatten 50 Neonazis mit einer Kundgebung protestiert. Im Zuhörerbereich fand sich eine stets wechselnde Zahl von UnterstützerInnen ein, unter ihnen auch **Paul Breuer** von der verbotenen *Kameradschaft Köln* und **Jonas Ronsdorf**, Rädelsführer des als „kriminelle Vereinigung" eingestuften *Freundeskreises Rade*. Schon in der Tatnacht hatte die Polizei in der WG Kaiserstraße 30 die Personalien von insgesamt 14 Neonazis aus NRW und Niedersachsen festgestellt, gegen die anfangs als Tatverdächtige ermittelt wurde. Deshalb mussten auch Neonazis aus Bückeburg, Viersen und Dortmund im ZeugInnenstand erscheinen, die sich allesamt auf das Auskunftsverweigerungsrecht bei Eigenbelastung nach §55 StPO beriefen. Nicht zuletzt zeigte der Prozess, dass sich die Wuppertaler Szene auf ihre „Kameraden" aus anderen Städten verlassen kann. So gab der mittlerweile in Frechen wohnhafte Michele Dasberg eine vermeintlich günstige Sozialprognose durch seinen aktuellen Arbeitgeber zu Protokoll. Ausgestellt war diese vom Inhaber der Firma *Ruhug* aus Niederzier, **Ingo Haller**. Haller war bis zu seinem Ende 2010 erfolgten Ausschluss aus der Partei Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Düren und bis zu deren Verbot im August 2012 Mitglied der *Kameradschaft Aachener Land*.

Neonazis auf einem Aufmarsch 2013 in Soest, mit dabei auch René Heuke (rechte Bildhälfte links neben dem Polizeibeamten), damals noch mit „KKK30"-Handgelenktätowierung

Von Felix Hansen

Erhellung des Umfelds?

Zum Stand des NSU-Gerichtsprozesses in München

Auch nach 150 Verhandlungstagen befindet sich der Münchener NSU-Prozess noch mitten in der Beweisaufnahme. In den letzten Wochen und Monaten mussten mehrere Neonazis vor Gericht aussagen, hierbei ging es um Unterstützungsleistungen für den NSU.

Einen wichtigen Zeugen kann das Gericht nicht mehr vernehmen. Der langjährige V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) **Thomas Richter** („Corelli") verstarb Anfang April nach offiziellen Angaben an einer unentdeckten Diabetes. Ein bislang nicht namentlich bekannter V-Mann des Hamburger Verfassungsschutzes hatte im März seinen V-Mann-Führern eine CD mit dem Titel „NSU/NSDAP" übergeben, die er 2006 von „Corelli" bekommen haben will. Auf der CD befinden sich nach Angaben von Ermittler_innen 15.000 rassistische und antisemitische Bilder. Während das BfV bislang bestritten hatte, das Kürzel „NSU" vor November 2011 gekannt zu haben, musste Verfassungsschutz-Chef **Hans-Georg Maaßen** Anfang Oktober einräumen, dass seine Behörde bereits 2005 eine CD gleichen Titels von „Corelli" bekommen hatte, die erst jetzt wieder aufgetaucht sein soll. Ein Sonderermittler soll nun für das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags den Fall aufklären.

Wenn es nach der Bundesanwaltschaft geht, wird die CD nicht Gegenstand des Verfahrens. In bekannter Manier trat sie Anträgen der Nebenklage entgegen, die CD im Prozess zu behandeln und u.a. „Corellis" V-Mann-Führer zu laden. Mal wieder argumentierten die Ankläger_innen, im Verfahren gehe es nur um die fünf Angeklagten. Auf einen Zusammenhang zwischen dem Strafverfahren und der CD gebe es bislang keine Hinweise. Dabei gibt es weitere Berührungspunkte zwischen „Corelli" und dem NSU, beispielsweise tauchte er bereits auf **Uwe Mundlos'** Telefonliste auf und lernte diesen wohl auch in den 90er Jahren persönlich kennen.

V-Mann „Otto" berichtet

Für die Vernehmung von **Tino Brandt** waren gleich drei volle Tage vorgesehen. Brandt, der derzeit wegen des Verdachts der Zuhälterei in U-Haft sitzt, hatte den *Thüringer Heimatschutz* (THS) maßgeblich mit aufgebaut, während er zeitgleich ab 1995 für den Geheimdienst arbeitete. Er sei nach einem von ihm veranstalteten Konzert in Saalfeld-Rudolstadt von zwei Geheimdienstlern unter der Zusicherung, dass es um Themen wie Straftaten nicht gehe, angeworben worden, so Brandt vor Gericht. Das sei für ihn Bedingung gewesen, da es für ihn nicht in Frage gekommen sei, „Leute ans Messer zu liefern". Das habe das Landesamt aber auch nicht weiter interessiert. Vor Aufnahme seiner Tätigkeit habe er sich noch bei **Kai Dalek**, damals V-Mann des bayerischen Verfassungsschutzes, rückversichert, so Brandt. In der Anfangszeit war Brandt wichtiger Unterstützer der Abgetauchten, ließ ihnen Geld zukommen und fragte **Thorsten Heise** nach Unterkünften. Das alles unter den Augen seiner Geldgeber, die er über alles Wesentliche bei seinen wöchentlichen Treffen informierte – zu einer Festnahme führte all dies nicht, selbst als Brandt von einem bevorstehenden Telefonat berichtete. Deutlich wurde in Brandts Aussage aber auch, dass der Austausch nicht nur einseitig war. Von seinen Gesprächspartnern hätte er re-

gelmäßig Material erhalten, beispielsweise Thüringer Antifa-Zeitungen.

Ein „Nazi-Anwalt" im Zeugenstand

Auf Antrag der Nebenklage musste der Szene-Anwalt **Thomas Jauch** als Zeuge in München aussagen. Jauch, bestens bekannt in der Nazi-Szene, ist Rechtsbeistand mehrerer Zeugen im Verfahren und soll Anfang 1998 die Verteidigung **Beate Zschäpe**s übernommen haben. Gleich zu Beginn seiner Aussage verweigerte Jauch die Aussage, da er die Angeklagten bereits vertreten oder beraten habe, eine Aussage also Mandatsverhältnisse berühre. Zu zahlreichen anderen Fragen hatte Jauch keine „reale Erinnerung mehr", auch Unterlagen gebe es nicht mehr, bekannte er, nachdem ihn **Holger Gerlach** und **Carsten Schultze** von der Schweigepflicht entbunden hatten. Auch mit zahlreichen anderen THS- und *Blood&Honour*-Mitgliedern, wie **Thomas Starke** und **Jan Werner**, hatte Jauch zu tun, nach seinen Worten alles nur in beruflicher Hinsicht. Fragen der Nebenklage wollte Jauch nicht beantworten, da diese seiner Meinung nach überhaupt kein Fragerecht habe. Auch wenn er letztendlich antworten musste, tendierte der Erkenntnisgewinn der Vernehmung des „Nazi-Anwalts" einmal mehr gegen Null. Werner und Starke, beide ebenfalls Unterstützer des NSU verweigerten in München die Aussage, da gegen sie noch ermittelt wird.

„Brüder schweigen"

Gesprächsbereiter war auch **Thomas Gerlach** nicht. Der Neonazi, über Jahre eine der führenden Figuren der Thüringer Neonazi-Szene, wollte von Gewalt-Diskussionen in der Szene nichts wissen. Gerlach wurde zu seinen Kontakten zu **Ralf Wohlleben**, mit dem er über Jahre das „Fest der Völker" organisierte, und seine Kontakte in das Unterstützungsumfeld befragt. Als Mitglied der *Hammerskins* ist er bestens international vernetzt und reiste regelmäßig zu Treffen ins europäische Ausland und die USA. Während *Blood&Honour* laut Gerlach nur ein loser Zusammenschluss von Musikbands gewesen sein soll, verweigerte er zu den *Hammerskins* sämtliche Antworten. Sein sich „selbst gestelltes Wertegefühl" verbiete ihm darüber zu reden. Während sich die anderen Nazi-ZeugInnen vor Gericht meist in Erinnerungslücken und Ahnungslosigkeit flüchten, wenn die Fragen zu unbequem werden oder es eng für sie wird, blieb Gerlach dabei, zum Komplex „Hammerskins" nichts zu sagen. Erst später berief er sich auf ein Auskunftsverweigerungsrecht, was ihm das Gericht nach längeren Diskussionen zubilligte, denn die *Hammerskins* könnten als kriminelle Vereinigung eingestuft werden. Beistand bekam Gerlach vom Angeklagten **André Eminger**, der ein T-Shirt „Brüder Schweigen – bis in den Tod" trug. Der Slogan ist deutlicher Verweis auf das Treuelied der SS und die US-Amerikanische Neonazi-Terrorgruppe *The Order*. Neonazis sind im Münchener Prozess nicht nur als Zeug_innen oder Angeklagte anzutreffen, auch Zuschauer_innen aus der rechten Szene reisen regelmäßig nach München. Als Gerlach erstmals aussagen musste, saßen **Enrico Marx** und **Maik Eminger** auf der Besuchertribüne. Der Bruder des Angeklagten **André Eminger** war selbst bereits als Zeuge geladen, durfte aber als Verwandter die Aussage verweigern. Auch er trug ein „Brüder Schweigen"-T-Shirt, als er morgens in das Gerichtsgebäude kam, zog dies aber aus, bevor der den Gerichtsaal betrat. Auch **Karl-Heinz Hoffmann**, Gründer der gleichnamigen Wehrsportgruppe, stattete dem Prozess Anfang Oktober einen kurzen Besuch ab.

Das Gericht hat sich in den letzten Monaten viel mit dem früheren Umfeld der NSU-Mitglieder und der Frage der Ceska beschäftigt.

Wann die Kölner Keupstraße Thema im Prozess sein wird, ist weiter offen. Die *Initiative „Keupstraße ist überall"* plant, die juristische Bearbeitung des Bombenanschlags im Gericht öffentlich zu begleiten. Zum Tag X, dem Tag, an dem die Keupstraße erstmals verhandelt wird, ruft die Initiative zu einem bundesweiten Aktionstag und einer Demonstration und Dauerkundgebung in München auf.

Soli-Anzeige

»Aydınlatma ve Müdahale«

»Aufklären und Einmischen«

Wir brauchen für unsere Arbeit eure finanzielle Unterstützung!

Spendenkonto:
Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V.
IBAN: DE69 5502 0500 0008 6073 00
BIC: BFSWDE33MNZ
Stichwort: NSUWATCH HESSEN
Spenden sind steuerlich absetzbar.

NSU-Watch Hessen

... beobachtet, begleitet und dokumentiert den NSU-Untersuchungsausschuss in Hessen.
... veröffentlicht eigene Protokolle und Artikel zum Ausschuss auf Deutsch und Türkisch.
... recherchiert eigenständig zum NSU-Komplex.
... ist ein personell, finanziell, politisch und organisatorisch unabhängiges Projekt.

www hessen.nsu-watch.info
e-mail hessen@nsu-watch.info
twitter @nsuwatch_hessen

Antifaschistische Blockade am 3. Oktober 2014 im Hammer Hauptbahnhof

Unter freiem Himmel

Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Düsseldorf (NRW), 8. September 2014

Anlässlich des Prozessbeginns gegen vier Islamisten, die einen Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof und einen Anschlag auf den *pro NRW*-Vorsitzenden **Markus Beisicht** geplant haben sollen, führte die selbsternannte „Bürgerbewegung" in der Nähe des Düsseldorfer Oberlandesgerichts unter dem Motto „Islamistische Gewalttaten ächten – Rechtsstaat wiederherstellen" eine 25- bis 30-köpfige „Mahnwache" durch.

Dortmund (NRW), 23. August 2014

Zwei Kundgebungen – die eine mit zirka 85, die andere mit ca. 40 TeilnehmerInnen – führte *Die Rechte* in der Dortmunder Innenstadt und Nordstadt durch. Die erste – auf der **Sven Skoda**, **Michael Brück**, **Matthias Drewer**, **Björn Rimmert** und **Paul Breuer** sprachen – richtete sich gegen das vor zwei Jahren ausgesprochene Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* und sollte eigentlich an den Katharinentreppen stattfinden, was aber aufgrund einer Blockade nicht möglich war. Die stark verzögerte Kundgebung musste letztendlich um zirka 100 Meter verlegt werden. Die zweite – zuvor nicht öffentlich angekündigte – richtete sich gegen ein kurz zuvor besetztes Haus bzw. dessen BesetzerInnen. Es sprachen erneut Skoda sowie Matthias Deyda und Sascha Krolzig.

Duisburg (NRW), 26. September 2014

Unter dem Motto „Genug ist genug! Keine Großasylunterkunft in Neumühl" hatte *pro NRW* für den späten Freitagnachmittag in den Stadtteil Neumühl zu einer Kundgebung mobilisiert. Genau eine Woche zuvor hatte die Partei bereits – ebenso wie NPD, *Nationaler Widerstand Duisburg* und *Identitäre Rheinland* in und am Rande einer Bürgerveranstaltung in Neumühl versucht, die ohnehin schon rassistische Grundstimmung weiter zuzuspitzen. Und versuchte nun von dem aufgeheizten Klima zu profitieren. Laut Polizeiangaben hätten sich aber nur „etwa 30 [...] Teilnehmer von 'pro NRW'" versammelt, „dazu rund

50 Sympathisanten, die sich nicht direkt dazu gesellten".

Dortmund (NRW), 28. September 2014

Über 300 Personen beteiligten sich an einem kundgebungsartigen „Treffen" an der Dortmunder Katharinentreppe, zu dem die *Facebook*-Gruppe „Gemeinsam sind wir stark. Hooligans gegen Salafisten" aufgerufen hatte (siehe auch S. 29 ff). Viele TeilnehmerInnen trugen rechte Szenemarken oder Kleidung mit einschlägigen Aufdrucken. An der Aktion beteiligten sich auch rund zwei Dutzend Dortmunder Neonazis. Als Anmelder und Redner trat der Mönchengladbacher *pro NRW*-Ratsherr **Dominik Roeseler** in Erscheinung, der sich auch per Megafon an die Menge wandte – ebenso wie einer der HoGeSa-Sprecher, **Andreas Kraul** („Kalle Grabowski") aus Herne, sowie weitere Personen.

Hamm (NRW), 3. Oktober 2014

Knapp über 200 Neonazis demonstrierten am „Tag der deutschen Einheit" für „nationale Selbstbestimmung", Veranstalter war die Partei *Die Rechte*. „Der Anschluss der DDR an die BRD war" und sei „keine Wiedervereinigung Deutschlands". Als Redner betätigten sich **Christian Worch**, **Dieter Riefling** (Hildesheim), **Sascha Krolzig** (Hamm), **Matthias Drewer** (Wuppertal), **Matthias Deyda** (Dortmund) und **Sven Skoda** (Düsseldorf).

Frankfurt am Main, 11. Oktober 2014

Die Gruppierung *La Familia Süd* hatte zu einer Demonstration unter dem Motto „Salafisten raus aus Deutschland" aufgerufen, die Aktion sollte sich offenbar an die Versammlung der „Hooligans gegen Salafisten" am 28. September in Dortmund anlehnen. Am Treffpunkt fanden sich etwa 50 Interessierte ein, die sich teils mehr, teils weniger dem Fußballspektrum zuordnen ließen. Darunter einige, die bereits auf Neonazi-Aufmärschen in Erscheinung getreten waren bzw. durch eindeutige Nazi-Symbolik auffielen. Als die Versammlung dann offiziell startete, waren noch etwa 35 Teilnehmende anwesend, es wurden Parolen gerufen wie „Wir wollen keine Salafistenschweine", aber auch „Hier marschiert der nationale Widerstand". Als einziger Redner trat Anmelder **Manuel Zink** bei der Kundgebung vor dem *Mekka Shop* auf, hatte allerdings kaum etwas zu sagen. Auf dem Rückweg riefen einzelne aus der Gruppe: „Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder keine Frage", eine Aussage „Paulchen Panters" aus der Bekenner-DVD des NSU.

Wuppertal, 18. Oktober 2014

Zu einer Kundgebung „für ein nationales Jugendzentrum" hatte der lokale Kreisverband der *Die Rechte* für den 18. Oktober in Wuppertal aufgerufen, angemeldet hatte der Wuppertaler **Kevin Koch**. Anlass war eine zeitgleiche linke Demonstration für den Erhalt des *Autonomen Zentrums*. Als Unterstützer wurden der NPD-Landesverband NRW und der NPD-Kreisverband Wuppertal/Ennepe-Ruhr genannt. Es nahmen um die 70 Neonazis teil, zum Mikro griffen **Matthias Drewer** (Wuppertal), **Michael Brück** (Dortmund), **Manfred Breidbach**, **Sven Skoda** (beide Düsseldorf) sowie ein Vertreter der JN.

U25 (Aktionen mit weniger als 25 TeilnehmerInnen)

Die extrem rechte und geschichtsrevisionistische *Europäische Aktion* führte am 26. Juli vor dem amerikanischen Generalkonsulat in **Frankfurt am Main** (Hessen) mit einstelliger TeilnehmerInnenzahl eine „Mahnwache" durch, um u.a. „für den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen" zu demonstrieren.

Anlässlich der Bombardierung von Pirmasens im Zweiten Weltkrieg veranstalteten am 9. August Neonazis aus dem Umfeld der *Kameradschaft Nationaler Widerstand Zweibrücken* mit Unterstützung der NPD Westpfalz eine Mini-Mahnwache in **Pirmasens** (RLP), am gleichen Tag folgte eine Minimahnwache in **Zweibrücken** (RLP).

Eine Kundgebung gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften veranstaltete am 16. August *pro NRW* mit einer Handvoll Personen in **Duisburg**-Rheinhausen (NRW), zehn weitere Personen fanden sich etwas abseits zum applaudieren ein.

Anlässlich eines dort stattfindenden Prozesses führte der NPD-Kreisverband Krefeld/Kleve am 19. August eine zirka zehnköpfige „Kundgebung gegen Kindesmisshandlung" vor dem Landgericht in **Krefeld** durch.

Anlässlich eines Besuchs des Bundespräsidenten Joachim Gauck am 3. September in **Trier** veranstaltete die NPD eine Mahnwache, an der sich sechs Neonazis beteiligten.

15 Personen nahmen am 13. September an einer Kundgebung der *Republikaner* und der *Die Freiheit* in **Aachen** teil, das Motto lautete „Tag der Islam-Aufklärung – Der Islam, Gefahr für Deutsche Bürger".

Ein „Kein Bock auf Nazis"-Konzert lockte den *Nationalen Widerstand Zweibrücken* am 20. September nach **Niederauerbach (Zweibrücken)**, um dort eine Kundgebung mit einer Handvoll Neonazis vor einer Gaststätte durchzuführen.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus den LOTTA-Ländern

Manuel Klein (li) und Marco Mörschel (re.) am 12. Februar in Mannheim

Parteien (RLP)

NPD- und REP-Splitter

Im September wählte der NPD-Kreisverband Westpfalz einen neuen Vorstand. Zur Vorsitzenden wurde **Ricarda Riefling** gewählt, zu ihrem Stellvertreter **Marco Mörschel**. Der rheinland-pfälzische NPD-Landesvorsitzende **Markus Walter** ist neuer Schatzmeister und verantwortlich für die Pressearbeit. Als BeisitzerInnen wurden in den Vorstand gewählt: **Rebecca Schmidt**, **Melanie Schlinck**, **Manuela Bach**, **Stefan Andree** und **Wolfhard Steiner.**

Sowohl **Manuel Klein**, der für die NPD im Kreistag Südwestpfalz sitzt, als auch **Heinz Hinkel** und **Andreas Burkhardt**, Ratsherren der *Republikaner* in Pirmasens, konnten kommunale Ausschüsse besetzen. Klein wurde für den Sparkassen-Zweckverband gewählt, Hinkel und Burkhardt in Ausschüsse der Rheinberger Besitzgesellschaft. Auf Vorschlag der REP wurde in diese Ausschüsse zunächst die NPDlerin **Ricarda Riefling** gewählt. Darin sah die Kommunalaufsicht jedoch eine verbotene Wählergemeinschaft, sodass die REP die Ausschüsse selbst besetzen mussten.

Rechte Gewalt (NRW)

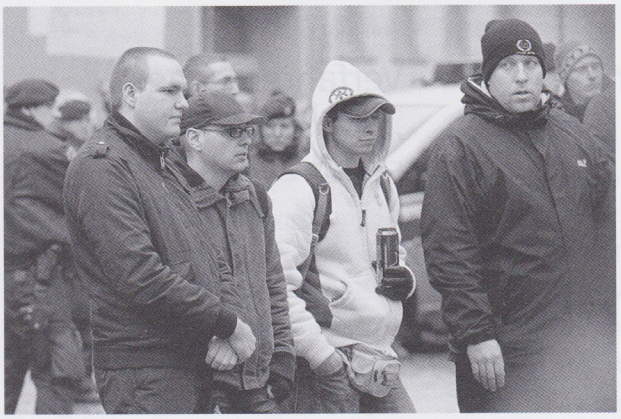
Angriff auf linke Kneipe in Bonn

Fans des *Bonner SC*, unter ihnen sollen sich auch Mitglieder der *Bande Bonn Ultras* befunden haben, drangen am Abend des 3. Oktober in die Kneipe *Limes* ein. Nach Antifa-Angaben riefen sie „Vaterlandsverräter und Antifa-Schweine, jetzt seid ihr dran" und schlugen auf Gäste ein. Später provozierten sie vor der Kneipe *Bla*, wobei einer den Hitlergruß gezeigt haben soll. Der Staatsschutz ermittelt. Die *Bande Bonn* teilte daraufhin mit, „keinerlei Bestrebungen [zu] hegen, eine Gruppe von Neonazis aufzuziehen beziehungsweise darzustellen. Im Gegenteil, es wird sämtliche Politik dem Fussball ferngehalten." Im Januar zeigte die Gruppe eine Tapete mit der Aufschrift „Solidarität mit der KBU". Die Aachener ***Karlsbande Ultras*** (KBU) stehen wegen Gewalt gegen antirassistische Fans in der Kritik. Am 24. August besuchten auswärtige Neonazis ein Spiel des *Bonner SC* und provozierten dort durch Zeigen des Hitlergrußes und der von Neonazis genutzten „Rheinland-Fahne".

Parteien (RLP)

Neuer RNF-Vorstand

Am 7. August hielt der rheinland-pfälzische *Ring Nationaler Frauen* (RNF) einen Landeskongress in Pirmasens ab, bei dem ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. Neue Vorsitzende wurde **Rebecca Schmidt** (23) aus Pirmasens. Als Stellvertreterin wurde ihr **Manuela Bach** zur Seite gestellt, **Nicole Bernhard** ergänzt als Beisitzerin den Landesvorstand. Die ehemalige Vorsitzende **Ricarda Riefling** wurde im März zur Bundesvorsitzenden des RNF gewählt.



DR-Landesbeisitzer Sascha Krolzig (li.), ganz rechts Dietrich Surmann

Parteien (NRW)

Landesparteitag von „Die Rechte“

Nach eigenen Angaben hat *Die Rechte* am 11. Oktober in Dortmund ihren Landesparteitag abgehalten und dabei den Landesvorsitzenden **Dennis Giemsch** (KV Dortmund) sowie dessen Stellvertreter **Michael Brück** (KV Dortmund) und den Beisitzer **Sascha Krolzig** (KV Hamm) im Amt bestätigt. Die Namen eines weiteren Beisitzers, des Schiedsgerichtsvorsitzenden sowie des Kassenprüfers wurden nicht genannt. Bislang war **Dietrich Surmann** (KV Dortmund) Beisitzer im NRW-Landesvorstand.

Rassismus (NRW)

Keine Einzelfälle

Im September wurde bekannt, dass es in den Unterkünften für Geflüchtete in Essen und Burbach zu gewalttätigen Misshandlungen von Bewohner_innen durch das Personal kam. Dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handeln dürfte, zeigt eine Zahl des LKA. Demnach wurden im Zeitraum von Januar 2013 bis September 2014 bisher 48 Strafermittlungsverfahren (überwiegend wegen Körperverletzungs- und Nötigungsdelikten) gegen Sicherheitsbedienstete in sieben Landesunterkünften eingeleitet.

Parteien

„Der III. Weg“ baut Strukturen aus

Vor 80 BesucherInnen des „Gesamtparteitags“ kündigte der Vorsitzende von *Der III. Weg*, **Klaus Armstroff** aus Bad Dürkheim, am 27. September im thüringischen Kirchheim den Antritt seiner Partei zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz an. Diese sei „wegweisend für uns auf dem Weg zur abschließenden Anerkennung als Partei“, prophezeite er. Armstroff hatte die Organisation vor einem Jahr geschaffen, nachdem seine Frau **Dörthe Armstroff** aus dem NPD-Landesvorstand geputscht worden war (vgl. LOTTA #54, S. 32 f.). Neben sechs „Stützpunkten“ in Bayern und Baden-Württemberg existieren in RLP und Hessen die Stützpunkte „Pfalz“ und „Westerwald“. Am 3. Oktober hat *Der III. Weg* einen ersten „Stützpunkt“ in NRW namens „Hermannsland“ gegründet, der nach eigenen Angaben „das Gebiet im Raum Bielefeld, Paderborn, Teutoburger Wald“ umfasst. Eine Gruppe bayrischer Parteimitglieder besuchte Mitte September die Externsteine, das Hermannsdenkmal und die Wewelsburg in Ostwestfalen.

Sonstiges (NRW)

„Detkil“ dicht

Das im März 2013 in Essen-Borbeck eröffnete Modegeschäft *Detkil* hat Anfang September den Verkauf eingestellt. Betrieben wurde das Geschäft von **Sandra Detmers** und **Jennifer Killat** aus Essen, die beide in Kontakt zur Neonazi-Szene stehen. Gründe für die Geschäftsaufgabe sind nicht bekannt. Vermutlich hat der nach außen hin unpolitische Laden einen Teil seiner KundInnen verloren, nachdem die politischen Verstrickungen der Inhaberinnen öffentlich wurden.

Parteien (RLP)

Anklage gegen Babic

Die Staatsanwaltschaft Trier hat gegen den Trierer NPD-Vorsitzenden **Safet Babic** Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Bei einer Kundgebung vor der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende am 1. Februar in Trier soll Babic Asylsuchende rassistisch beleidigt haben. Bereits 2010 wurde Babic zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Je nach Ausgang des aktuellen Verfahrens könnte die Bewährung aufgehoben werden.

Parteien (NRW)

„Syndikat 52“

Neonazis der *Die Rechte*-Kreisverbände Aachen und Heinsberg haben das Projekt *Syndikat 52* gegründet, über das sie (Freizeit-)Aktivitäten wie Kanutouren und Vorträge organisieren. Vorbild ist offenbar der Ansatz der italienischen *CasaPound*-Bewegung. Ein eigener Treffpunkt existiert noch nicht, aber die „Errichtung eines (Immobilien-)Zentrums“ sei „erstes Kernziel“, heißt es in der Selbstdarstellung. Die Zahl 52 steht für den Postleitzahlbereich im Raum Aachen.

Parteien (NRW)

NPD-Personalia

Anfang September wählten die Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Bochum & Wattenscheid einen neuen Vorstand. Kreisvorsitzender bleibt **Claus Cremer**. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Dennis Blömer** (Stellvertreter) sowie „die Aktivisten **Angelina Schulze**, **Hajo Krohn** und R.M.". Der NPD KV Krefeld/Kleve wählte am 20. Juli **Sarah Bienefeld** zur neuen Vorsitzenden, ihr Vorgänger **Philippe Bodewig** wechselte zur *Die Rechte*. Weitere Vorstandsmitglieder wurden nicht genannt.

Parteien (NRW)

NPD in Aktion

Die NPD versucht mal wieder eine Jugendgruppe aufzubauen. Im August fand das erste Treffen der *Jungen Nationaldemokraten* Niederrhein statt. Die NPD Duisburg veranstaltete am 21. Juni eine Sonnenwendfeier „am Niederrhein". Ende Juli feierte die NPD Rhein-Sieg ihr jährliches Sommerfest mit einem Auftritt von **Frank Rennicke** und einer Lesung von **Björn Clemens**. Anlässlich des Todestages von **Rudolf Heß** hielten die NPD Duisburg und die NPD Rhein-Berg jeweils ein „Heldengedenken" ab.

Sonstiges (RLP)

Verfahren gegen „Nationalen Widerstand Zweibrücken"

Die Staatsanwaltschaft hat Ende September erneut ein Verfahren gegen den *Nationalen Widerstand Zweibrücken* (NWZ) wegen „Störung der öffentlichen Ordnung durch Androhung einer Straftat" eingeleitet. Bereits 2012 wurde wegen Zeigens des Gruppensymbols, das einen Adler mit Fliegerbombe zeigt, ermittelt. Damals wurde das Verfahren eingestellt, da die Verantwortlichen nicht hätten wissen können, dass es sich um ein strafbares Symbol handelt.

RechtsRock (NRW/RLP/Hessen)

On stage

Rund 200 BesucherInnen zählte ein am 30. August von der *Alemannia*-Hooligruppe *Westwall Aachen* organisiertes Konzert mit *Kategorie C* (KC), das zwar für den „Raum Aachen" angekündigt war, aber im grenznahen belgischen Dorf Eynatten stattfand. Der Kartenverkauf des konspirativ organisierten Konzerts lief nach Angaben der Band über **Jens Bähr**, einen Aachener Hooligan mit Kontakten in die Neonazi-Szene, der sowohl bei *Westwall* als auch bei *Westfront* aktiv ist. (vgl. LOTTA #55, S. 13 ff)

In einem deutlich kleineren Kreis trat KC eine Woche später, am 5. September, bei einem öffentlich nicht beworbenen Gig in einer „Mietgaststätte" an der Bergstraße in Marl (Kreis Recklinghausen) auf. Dort spielte auch die schwedische RechtsRock-Band *Pitbullfarm*.

KC kündigt zwei Konzerte mit *Pitbullfarm*, *The Firm* (NL) und *Tattooed Motherfuckers* (UK) am 5. und 6. Dezember in „Trier" bzw. im „Ruhrpott West" an. In der Vergangenheit verbargen sich hinter „Ruhrpott West" Locations in Belgien oder den Niederlanden.

Für den 6. September kündigte die *Division Hexagon* von *Blood & Honour* aus Frankreich ein sogenanntes „ISD-Memorial"-Konzert an. Im Line-Up wurde auch die Düsseldorfer Band *Non Plus Ultra* (NPU) angekündigt. ISD steht für **Ian Stuart Donaldson**, den verstorbenen Sänger der Band *Skrewdriver* und Gründer des internationalen Neonazi-Netzwerkes *Blood & Honour*. Es handelt sich bei diesen Konzerten um die wichtigsten Events der neonazistischen Musik-Szene. Ob NPU tatsächlich gespielt hat, ist bisher unklar. Für den 29. November 2014 kündigt *Blood & Honour Bulgaria* ebenfalls ein Konzert mit NPU sowie *Blackout* (UK) und *Redneck* (UK) an.

Am 8. September fand auf einem Privatgrundstück in Hungen (bei Gießen) ein Liederabend statt. Es spielte der ehemalige *Landser*-Sänger **Michael Regener** unter dem Namen *Die Lunikoff Verschwörung*. Etwa 90 Neonazis aus Hessen und NRW waren bei dem Konzert.

Parteien (RLP)

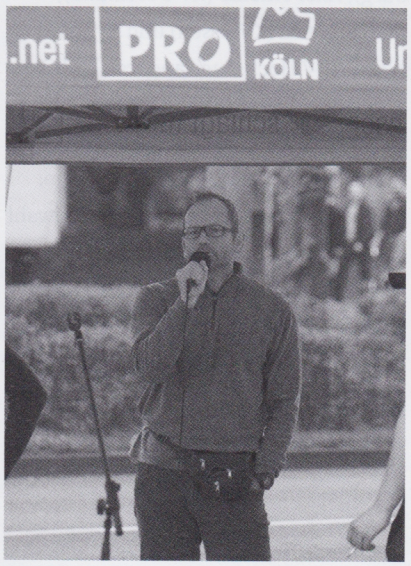
NPD-Kreisverband Mittelrhein gegründet

Im Raum Koblenz wurde Ende August der NPD-Kreisverband Mittelrhein gegründet. **Sven Lobeck**, angeklagt im Prozess gegen Mitglieder und Unterstützer des *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM), wurde zum Vorsitzenden gewählt. Lobeck stand bereits dem NPD-Kreisverband Koblenz vor, der im Zuge des Verfahrens gegen das ABM und Umstrukturierungen des Landesverbands im Januar 2013 inaktiv wurde. Somit existieren nun vier NPD-Kreisverbände in Rheinland-Pfalz.

Parteien (NRW)

„Patriotische Plattform“ in der AfD gegründet

Eigentlich wollte der Düsseldorfer Rechtsanwalt **Alexander Heumann** den NRW-Ableger der *Patriotischen Plattform,* in dem sich bundesweit der rechte Flügel der *Alternative für Deutschland* (AfD) sammelt, bereits am 6. September auf dem „Zwischentag” (vgl. S. 26 ff.) gründen. Doch daraus wurde offenbar nichts. Eine Woche später wurde die Gründung nachgeholt. „Wegen der Antifa” hätten die Veranstalter den Düsseldorfer Tagungsort der Gründungsversammlung „geheim gehalten”, berichtet das rechte Internetportal *blu-news*. „Zahlreiche Mitglieder der Alternative für Deutschland” hätten an dem Treffen am 13. September teilgenommen. Heumann habe in seiner Rede „die Notwendigkeit” betont, „konservativen Mitgliedern der AfD eine Diskussions- und Aktionsplattform für den politischen Meinungsaustausch anzubieten”. Anschließend ließ sich Heumann zum Vorsitzenden wählen, stellvertretende Sprecherin wurde **Angela Heumann**. Als weitere Vorstandmitglieder werden **Thomas Matzke**, **Stefan Scholl** und **Mechtild Pudelko** genannt.



Michael Gabel am 11. April vor dem Landgericht Köln

Parteien (NRW)

Neuer „pro Köln“-Vorstand gewählt

Nach dem Debakel bei den Kommunalwahlen hat *pro Köln* am 6. September einen neuen Vorstand gewählt. Der Nippeser Bezirksvertreter **Michael Gabel** habe sich „in einer Kampfabstimmung gegen den Kalker Bezirksvertreter **Tony-Xaver Fiedler** und den Ehrenfelder Seniorenvertreter **Walter Staudenherz** durchsetzen” können, heißt es in einem *pro Köln*-Bericht. Fiedler musste mit dem Stellvertreterposten vorlieb nehmen, Staudenherz zog sich komplett zurück. Als weitere Vorstandsmitglieder seien **Christel Tank** als Schriftführerin, **Karl Schiele** als Schatzmeister sowie **Doris Rost** und **Jana Schiele** als BeisitzerInnen gewählt worden. Die Amtszeit des Vorstands soll erstmals nur ein Jahr dauern. Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstands am 12. September wurden *pro Köln* zufolge „auch alle kommunalen Mandatsträger der Bürgerbewegung mit beratender Stimme in den Vorstand aufgenommen.“ Darunter auch die langjährigen Vorstandsmitglieder **Judith Wolter** und **Markus Wiener.**

Parteien (NRW)

AfD kooperierte mit NPD und „pro NRW“

Lange hat der NRW-Landesvorstand der *Alternative für Deutschland* (AfD) bestritten, dass es im Duisburger Stadtrat geheime Absprachen von AfD-Funktionären mit *pro NRW* und NPD über die Besetzung von Aufsichtsratsposten gab. Nun musste der NRW-Landesvorsitzende der AfD, **Marcus Pretzell**, offiziell sein eigenes Dementi dementieren. Nachdem veröffentlichte Gesprächsprotokolle die bislang bestrittene Zusammenarbeit bestätigten, wurden „zwei Duisburger AfD-Funktionsträger, die im Duisburger Rat in einer offenen Abstimmung einen NPD-Kandidaten unterstützt haben“, so Pretzell, aufgefordert, von ihren Parteiämtern zurückzutreten. *Pro NRW* bot den Geschassten direkt eine neue politische Heimat an. In Gelsenkirchen wurde der AfDler **Hartmut Preuß** mit Stimmen von *pro NRW* in den städtischen Polizeibeirat gewählt. In Bochum stimmten AfD, *pro NRW* und NPD gemeinsam gegen die Umwandlung des ehemaligen St. Barbara-Krankenhauses in eine Unterkunft für AsylbewerberInnen.

Parteien (NRW)

„Pro“-Personalia

Ende August wählte der *pro NRW*-Kreisverband Rhein-Berg **Katja Karakus** zu seiner neuen Vorsitzenden, sie löst **Christoph Heger** ab. Ihr Stellvertreter wurde **Josef Engels**. Schriftführerin sei nun „eine 37jährige Fachkraft für Sicherheit” – die offenbar nicht namentlich genannt werden möchte. Beim Duisburger *pro NRW*-Kreisverband stand Anfang September eine „Nachwahl” an. Der bisherige Vorsitzende **Daniel Braams** wurde von **Mario Malonn**, Mitglied des Duisburger Stadtrates, ersetzt.

Neu im Landesvorstand der NPD: Michael Schnorr (re.) am 18. Oktober auf der Neonazi-Kundgebung in Wuppertal

Parteien (NRW)

Neuer NPD-Landesvorstand

Die NRW-NPD hat im September einen neuen Landesvorstand gewählt. Landesvorsitzender bleibt der Bochumer **Claus Cremer**, dem weiterhin die StellvertreterInnen **Ariane Meise** (KV Rhein-Sieg-Kreis) und **Stephan Haase** (KV Märkischer Kreis) zur Seite stehen. **Timo Pradel** (KV Dortmund), der bisher ebenfalls als Landes-Vize fungierte, taucht in der neuen Besetzung nicht mehr auf, ersetzt wurde er nicht. Der Landesvorstand wurde von 15 auf 11 Mitglieder verkleinert. Auch weitere teils langjährige Vorstandsmitglieder schieden aus dem Vorstand aus: **Markus Pohl** (KV Münster), **Matthias Pohl** (KV Steinfurt), **Matthias Wächter** (KV Dortmund) und **Hans-Jochen Voß** (KV Unna/Hamm). Die 2012 als BeisitzerInnen gewählten **Nadine Braun** (KV Mettmann/Düsseldorf) und **Philippe Bodewig** (KV Krefeld/Kleve) waren bereits zuvor zur Partei *Die Rechte* übergelaufen. Damit sind sowohl NPD-Aktivisten aus dem Landesvorstand ausgeschieden, die sich wie Voß für eine Zusammenarbeit mit *Die Rechte* einsetzen, als auch entschiedene Kritiker dieses Kurses wie Matthias Pohl. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien war zuletzt eine Annäherung festzustellen. Diese wurde erleichtert durch den Rückzug des umstrittenen Dortmunders Wächter von der Parteiarbeit nach der Abwahl des Bundesvorsitzenden **Holger Apfel**.
Als BeisitzerInnen wiedergewählt wurden **Marion Figge** (KV Hochsauerlandkreis), **Melanie Händelkes** (KV Duisburg), **Axel Thieme** (KV Dortmund), **Marcel Haliti** (KV Essen) und **Yvonne Weber** (KV Hochsauerlandkreis). Als BesitzerInnen neu hinzugestoßen sind **Sarah Bienefeld**, seit Juli 2014 NPD-Kreisvorsitzende Krefeld/Kreis Kleve, **Michael Schnorr**, bis zur Kommunalwahl NPD-Ratsherr in Wuppertal, sowie **Jens Klein** (KV Siegen). „Politische Schwergewichte" sind die Neuen im Vorstand aber nicht. Schnorr zum Beispiel gelang in Wuppertal noch nicht einmal die Aufstellung einer Liste zur Kommunalwahl.

RechtsRock (NRW, Hessen)

Neue Tonträger

„Fragmente von Einst" heißt die im Juli erschienene CD der aus dem Raum Frankfurt kommenden Band *Nordglanz*. Bisher eher im Black-Metal-Genre zu verorten – nach Eigenaussagen spielte die Band „Aryan Metal" – ist diese CD im Neofolk-Stil aufgenommen.
Das *Sleipnir*-Projekt *Freibadgrenadiere* veröffentlichte im August mit der CD „Kann man machen muss man aber nicht" den zweiten Tonträger. Wie schon die erste erschien diese beim Hauslabel *Wolfszeit-Records*.

RechtsRock (NRW)

Neues Haus für die „Road Crew OWL"

Eigene Räumlichkeiten hat die *Road Crew OWL*, die lokale Untergliederung der *Road Crew 24*-Fanclub der RechtsRockband *Barking Dogs* (vgl. LOTTA #45, S. 25 ff.) – erworben. Zwei Mitglieder der sich aus alten und jungen Aktivisten der RechtsRock-Szene zusammensetzenden *Road Crew OWL* haben das ehemalige Bahnhofsgebäude in Ehlenbruch, einem Vorort von Lage (Kreis Lippe), erworben. Das Gebäude kauften sie einem Mitglied des Motorradclubs *Freeway Riders* ab. Bis zum Sommer 2011 hatten die *Road Crew* wie auch die *Freeway Riders* Räumlichkeiten auf einem Hof in Lage-Billinghausen genutzt. Am 8. Juni spielte bereits die Rechts-Rock-Band *Sleipnir* (Verl/Hamm) in dem ehemaligen Bahnhofsgebäude. AnwohnerInnen berichten von weiteren Veranstaltungen. Das etwas abseits gelegene Gebäude bietet der Gruppe einen idealen Veranstaltungsort, so dass mit verstärkten Aktivitäten zu rechnen ist.

Rechte Gewalt (NRW)

Brandstiftungen in Moscheen

Am 11. August wurden in den Räumlichkeiten des *Islamischen Kultur- und Bildungsvereins* in Bielefeld mehrere Koran-Bücher im Gebetsraum aufgestapelt und angezündet. Kurz darauf, am 19. August, brannte es in einer Moschee an der Herforder Straße in Bielefeld. Auch dort waren die TäterInnen in die Räumlichkeiten eingedrungen, wieder waren Koran-Bücher in der Mitte eines Gebetsraumes in Brand gesetzt worden. Durch die Brände wurden die Räume unbenutzbar. Nach dem ersten Brandanschlag schloss der Bielefelder Staatsschutz gegenüber den Medien einen politischen Hintergrund aus. Die Polizei ging davon aus, dass es sich um die Tat eines frustrierten Einbrechers gehandelt habe, da auch ein geringer Geldbetrag entwendet worden sei. Erst nach dem zweiten Brandanschlag wurde auch von der Polizei ein möglicher anti-muslimischer Hintergrund thematisiert. Die TäterInnen wurden bislang nicht ermittelt.

RechtsRock (NRW)

„Vlanze Graphics"

Der Neonazi **Martin Wegerich**, der bis zur Auflösung der Gruppe in Kreisen der *Nationalen Sozialisten Münster* aktiv war, bietet als *Vlanze Graphics* Grafikdesign-Dienstleistungen für die Szene an. So bedankten sich die OrganisatorInnen des Aufmarsches am 3. Oktober in Hamm bei ihm für die Erstellung von Werbematerial. Vor allem NSHC-Bands sowie die RechtsRock-Label *OPOS Records* und *PC-Records* nutzen seine Dienste, ebenso wie die Kieler Modemarke *Amalek Textilien*.

„Vlanze Graphics"-Macher Martin Wegerich (Bildmitte) am 23. August 2014 auf einer DR-Kundgebung in Dortmund

Vor Gericht (NRW)

Euskirchener Neonazis verurteilt

Am 8. Oktober wurden drei Euskirchener Neonazis aus dem Umfeld der *Kameradschaft Eifler Land* wegen gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten, ausgesetzt zu drei Jahren auf Bewährung, verurteilt. Am 2. November 2013 trafen **Florian Nettersheim**, **Christoph Sarner**, **Kevin Sarlette** und vier weitere Personen während eines Kneipenmusikfestivals in Euskirchen auf zwei Jugendliche, die sie rassistisch beleidigten und verfolgten. Die Jugendlichen riefen Unterstützung herbei, es kam zu einem vermittelnden Gespräch. Als ein Unbeteiligter Sarlette ein Bier überschüttete, nahmen dies die Neonazis zum Anlass, die Gruppe anzugreifen. Die Polizei stellte Quarzsandhandschuhe, einen Schlagstock und eine Hakenkreuz-Gürtelschnalle sicher. Letztere will Nettersheim auf einem Flohmarkt gekauft und nur zufällig in der Tasche gehabt haben. Weil er während des Angriffs „Heil Hitler" rief, wurde er auch wegen Verstoßes gegen §86a verurteilt.

Rechte Gewalt (Hessen)

Angriffe auf Häuser von Geflüchteten

Im Kreis Gießen und dem Lahn-Dill-Kreis wurden zwei Häuser, in denen Geflüchtete wohnen oder in Kürze einziehen sollen, attackiert. Am 13. September drangen in Rabenau Unbekannte in ein noch unbewohntes Haus ein, verstopften die Abflüsse und drehten die Wasserhähne auf. Um das Gebäude waren vermehrt Nazisticker verklebt worden. Bereits am 27. August wurde in Leun ein Haus mit Steinen beworfen, wobei ein Rollladen und ein Fenster zu Bruch gingen.

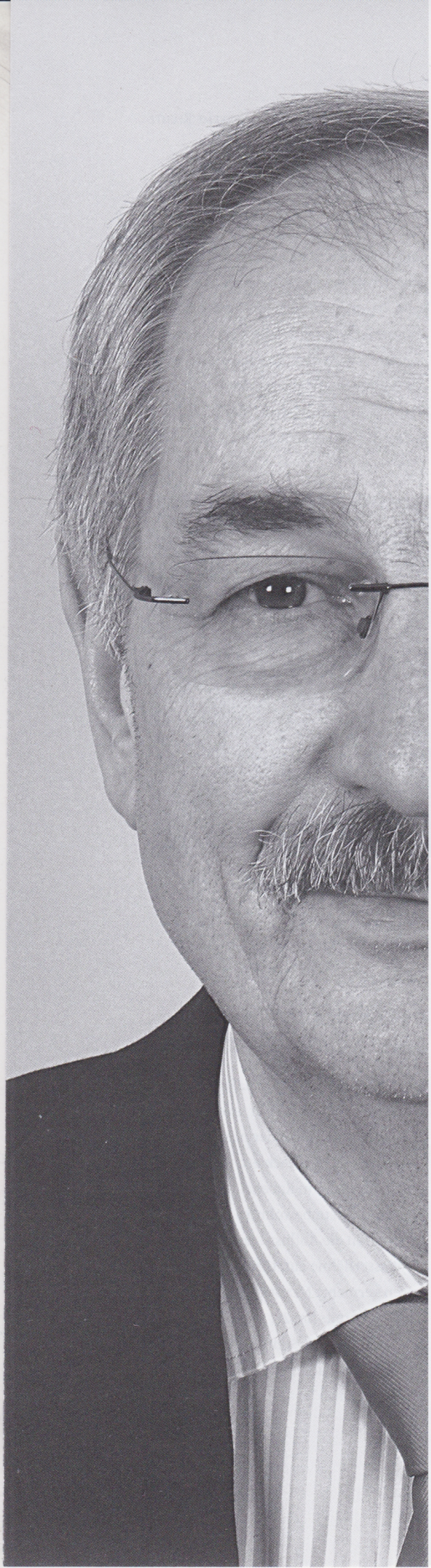


Foto: Martin Rulsch

Von Sebastian Hell

Irmer wieder!

Der Rechtsausleger der hessischen CDU

Hans-Jürgen Irmer aus Wetzlar ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der hessischen CDU im Landtag. Der hessische Landesverband der Christdemokraten gilt ohnehin als einer der am weitesten rechts stehenden innerhalb der Partei. Mit Irmer hat der Landesverband einen Politiker, der diesen Ruf immer wieder bestätigt.

Seit über 30 Jahren sorgt der 52-jährige Irmer mit xenophoben Äußerungen immer wieder für Aufregung, Skandale und Diskussionen. Schon während seiner Studienzeit machte er durch rechte Appelle auf sich aufmerksam. 1977 forderte er in einem Artikel im RCDS-Blatt *Der Student* die Abschiebung iranischer Studenten, weil diese, so Irmer, einige Mitglieder des RCDS als „Faschisten" bezeichnet hätten. 1990, 1993 und 1998 zog Irmer als Nachrücker in den hessischen Landtag ein, bevor er 1999 mit 46,7 Prozent der Erststimmen erstmals direkt gewählt wurde. Im Januar 2014 übernahm er im Landtag den Vorsitz des „Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung". 1996 gründete Irmer die Bürgerinitiative *Pro Polizei Wetzlar* und ist deren Vorsitzender. Mit dem *Wetzlar Kurier* verfügt Irmer außerdem über ein eigenes Blatt, das ihm eine Plattform für seine Rechtsaußen-Positionen bietet.

Der „Wetzlar Kurier"

Der *Wetzlar Kurier* erschien erstmals 1982 und war anfangs die Zeitung der CDU in Wetzlar. 1990 ging das Blatt in den Besitz von Irmer über und wird mittlerweile monatlich mit einer Auflage von knapp 120.000 Exemplaren „flächendeckend im Lahn-Dill-Kreis" verteilt.
Anfang der neunziger Jahre nutzte und befeuerte Irmer mit dem *Wetzlar Kurier* die politische Stimmung gegen das Grundrecht auf Asyl. Im April 1993 hieß es dort, es müsse „Schluss mit dem Asylantenterror" sein. Verständnis brachte dieser Artikel hingegen dafür auf, dass sich „deutsche Bürger" mit Baseballschlägern, Elektroschockern oder gar Revolvern bewaffneten. Wenige Wochen nach seinem zweiten Nachrücken in den Landtag forderte Irmer das Bundesinnenministerium auf, „die notwendigen

Schritte einzuleiten, damit in Zukunft all die Ausländer, die in Deutschland kriminelle Energie entwickeln, abgeschoben werden können". Die SPD nannte den *Wetzlar Kurier* daraufhin ein „Kampfblatt gegen Minderheiten". Die CDU zog sich aus der Verantwortung und deklarierte den *Wetzlar Kurier* als Irmers „Privatvergnügen".

Antidemokratische Verdunklung

In seinem „Privatvergnügen" *Wetzlar Kurier* fordert Irmer eine „deutlich härtere Gangart" der Polizei gegen abgelehnte Asylbewerber_innen, die sich der Abschiebung widersetzen und bis zum Zielort „gegebenenfalls gefesselt und geknebelt" werden müssten. An anderer Stelle rät er Homosexuellen zu einer therapeutischen Behandlung und lobt ausdrücklich die „Umpolungstherapie" des evangelikalen *Deutschen Institutes für Jugend und Gesellschaft*.

Dass dies keine Einzelfälle sind, machte die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) in einer Broschüre deutlich, die zwölf ausgewählte Artikel aus den Jahren 98/99 analysierte und zu dem Schluss kam, dass „der Wetzlar-Kurier unter der Verantwortung von H.J. Irmer antidemokratische Verdunklung von menschlichen Problemen betreibt".

Ein weiteres Beispiel zeigt Irmers Verhältnis zur „Zwangsarbeiterentschädigung" auf. „Wenn man denn schon auf Entschädigung" klage, „dann bitte schön kann dies keine Einbahnstraße sein, dann gehören Russland, Frankreich und die USA ebenfalls auf die Anklagebank". Dieses perfide Verhältnis zu Geschichte untermauert Irmer noch weiter, indem er sich und den *Wetzlar Kurier* nicht nur als Opfer einer „Volksfront" darstellt, sondern sich mit der jüdischen Bevölkerung im NS auf eine Stufe stellen will. „Im dritten Reich hieß es: 'Kauft nicht bei Juden'. Und heute heißt es zumindest für einige: Inseriert nicht im Wetzlar Kurier".

Die CDU steht zu Irmer

Irmer prägt durch Forderungen wie „das Individualrecht auf Asyl im Grundgesetz abzuschaffen" oder die Infragestellung der Religionsfreiheit für Muslime die politische Stimmung im Lahn-Dill-Kreis. An Rückhalt in der hessischen CDU mangelt es ihm kaum. Der *Hessische Rundfunk* (HR) mutmaßte, ob dies nicht Kalkül sei und Irmer für die Hessen-CDU genau diese Themen besetzen solle, um die Wähler_innen bis hin zum rechten Rand zu gewinnen und zu binden. Als Irmer im Interview mit der „neurechten" Zeitung *Junge Freiheit* (JF) forderte, „jeder Salafist, der in Deutschland gewalttätig wird, gehört abgeschoben", stellte sich die Partei hinter ihn. Der parlamentarische Geschäftsführer und „Extremismus-Beauftragte" der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, **Holger Bellino**, ging damals so weit, die Interviewpartner_innen und Autor_innen der JF eine „interessante und erlesene Gesellschaft" zu nennen. 2014 lag dann gar eine Leseprobe der JF dem *Wetzlar Kurier* bei.

Es sind nur wenige Situationen, in denen die CDU nicht hinter Irmer steht. So im September 2012 als es einen augenscheinlich schwerwiegenderen Dissens zwischen Irmer und der CDU-Fraktion gab. Irmer wollte „die Entscheidungen zur möglichen Einführung des islamischen Religionsunterrichts" nicht mittragen. Die Konsequenz zog er in Form des Rücktritts vom Amt des bildungspolitischen Sprechers der Landtagsfraktion.

Noch weiter nach rechts schielen

Dass Irmer nicht nur ein vorurteilsbeladenes Weltbild verbreitet, sondern auch Schnittstellen zur extremen Rechten aufzuweisen hat, zeigen zwei Vorträge bei Gießener Burschenschaften. Zum einen referierte er 2004 bei der Gießener *Burschenschaft Germania*, die zu dieser Zeit noch im Rechtsaußen-Dachverband *Deutsche Burschenschaft* organisiert war. Einige Jahre zuvor, 1996, hielt er gar bei der als „NPD-Kaderschmiede" geltenden Burschenschaft *Dresdensia Rugia* einen Vortrag.

So verwundert es kaum, dass Irmer von der NPD immer wieder umgarnt wurde und diese klarstellte, dass ihm die Tür offen stehe und er sich fragen solle, „ob er wirklich der richtigen Partei angehört". Nicht müde wird die Partei, den CDU'ler zu hoffieren und ihm populistisches Geschick zu attestieren, wenn Irmer auch im Kreistag in Wetzlar das Thema Asyl in ihrem Sinne verhandelt. Ebenso bedankte sich die NPD bei Irmer, dass er deren Slogan „Danke Schweiz, Minarett-Verbot auch hier" im *Wetzlar Kurier* übernommen hatte.

Belastung für die schwarz-grüne Koalition?

Hans-Jürgen Irmer hat über Jahrzehnte die politische Stimmung im Lahn-Dill-Kreis mit Inhalten, die zwischen konservativ und extrem rechts anzusiedeln sind, geprägt. Auf Landesebene sind die *Grünen* seit 2014 Koalitionspartner der CDU. Zwar äußern sie nach wie vor Kritik am stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Irmer, diese scheint aber mit dem Koalitionspartner abgestimmt zu sein. Das Verhältnis der *Grünen* zu Irmer war schon einmal deutlich distanzierter. So war es doch der aktuelle stellvertretende grüne Ministerpräsident **Tarek Al-Wazir**, der noch vor einigen Jahren ankündigte, nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, wenn man im *Wetzlar Kurier* wieder „Äußerungen habe, die man sonst nur bei der NPD liest".

Foto: Vasyl' Babych

Demonstrationszug zu Ehren des nationalistischen Politikers Stepan Bandera am 1. Januar 2009

Von Jörg Kronauer

Die Retter der „Weißen Rassen"

Die extreme Rechte in der Ukraine

Bereits auf dem Majdan ist sie stark in Erscheinung getreten, jetzt stellt sie ganze Bataillone im Osten der Ukraine: Die extreme Rechte des Landes gewinnt weiter an Bedeutung. Für die Parlamentswahl haben selbst etablierte Parteien die Zusammenarbeit mit ausgewählten Führern faschistischer Milizen gesucht.

„Wir müssen den Russen in uns töten!" **Irina Farion**, Philologin aus dem westukrainischen Lwiw und Abgeordnete der faschistischen Partei *Swoboda* im ukrainischen Parlament, ist ganz in ihrem Element. Es ist der 14. Oktober, der Tag, an dem sich die Gründung der UPA, der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (*Ukrajinska Powstanska Armija*), zum 72. Male jährt. Die UPA – das ist die Faschistentruppe gewesen, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der deutschen Besatzer auf polnischem und sowjetischem Territorium einen ukrainischen Staat gründen wollte und dabei an die hunderttausend Polinnen und Polen jüdischen wie christlichen Glaubens massakrierte. Farions *Swoboda* fordert schon lange, ihren Gründungstag zum nationalen Feiertag, zum „Tag der ukrainischen Waffen" zu erklären, und deshalb hat die Partei dieses Jahr zu einer Demonstration in Kiew aufgerufen. Tausende nehmen teil und ziehen durch die Straßen der Hauptstadt. Tags zuvor gab es dort eine kleine Anti-Kriegs-Kundgebung: Einige wenige Kämpfer der Nationalgarde hatten, des mörderischen Gemetzels in der Ostukraine überdrüssig, ihre Demobilisierung verlangt. Farion ist, wie die gesamte ukrainische Rechte, stocksauer. Man darf, wettert sie, im Kampf gegen Russland keine innere Schwäche zeigen: Die schlimmsten Feinde seien „Versöhnler und Kompromissler in unseren eigenen Reihen".

Der „Tag der Helden"

Die Kiewer Ereignisse vom 14. Oktober 2014 verdienen es, sich etwas näher mit ihnen zu befassen. Denn mit dem *Swoboda*-Aufmarsch vom Vormittag war der

Spuk, der in der Ukraine schon längst kein Spuk mehr ist, sondern eine relevante gesellschaftlich-politische Kraft, keineswegs vorbei. Es folgte ein Auflauf von rund 3.000 Faschisten vor dem nationalen Parlament. Anlass war, dass einige Abgeordnete dort den Antrag eingebracht hatten, die UPA-Milizionäre als reguläre Soldaten anzuerkennen. Als ruchbar wurde, dass die Werchowna Rada dem Ansinnen nicht stattgeben würde, begannen die Faschisten mit einem kleinen Sturm auf das Parlament. Steine und Rauchbomben flogen, die Polizei, die das Gebäude schützte, wurde mit Tränengas und mit Eisenketten bekämpft, Fensterscheiben splitterten. Dabei blieb's immerhin, und das war eigentlich noch harmlos. Nicht wenige der anwesenden Faschisten hatten schon im vergangenen Winter auf dem Majdan gekämpft, wo sie nach einer Weile anfingen, Molotow-Cocktails mit Katapulten auf Polizisten zu schleudern und nach Schusswaffen zu greifen. An den eskalierenden Protesten vom 14. Oktober waren auch Milizionäre des Nazi-*Bataillons Asow* beteiligt, das im ostukrainischen Bürgerkrieg kämpft und sich dort nicht wirklich auf den Einsatz von Rauchbomben und Eisenketten beschränkt. Dass seine Milizionäre auch anders können als am Jahrestag der UPA-Gründung in Kiew, das wissen alle in der Ukraine.

Der „Tag der Helden" endete – nun, „friedlich" kann man es nicht nennen, auch wenn die Steine am Abend auf dem Boden blieben. Rund 2.000 Faschisten beschlossen ihr Tagwerk mit einem Fackelmarsch durch die ukrainische Hauptstadt, 5.000 zogen durch die ostukrainische Millionenstadt Charkiw – unter dem Motto „Ukraine über alles". Weitere Gedenkdemonstrationen – übrigens unter Beteiligung von UPA-Veteranen – gab es in den Faschisten-Hochburgen der Westukraine, in Lwiw, in Ternopil, in Iwano-Frankiwsk und in Luzk. Auf den Erinnerungsmärschen sei man sich in einem Punkt völlig einig gewesen, hieß es in Berichten: „Die UPA-Kämpfer sind ein unvergessliches Vorbild für die ukrainische Jugend."

Wasser auf die Mühlen

Die ukrainischen Faschisten erleben seit einigen Jahren einen stetigen Aufschwung. Ihre erste Organisation, die den Durchbruch schaffte, war die Partei *Swoboda*, die bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 10,45 Prozent erlangen konnte und mit 37 Abgeordneten in die Werchowna Rada einzog. Sie prägte die frühen Majdan-Demonstrationen Ende 2013 mit. Auf dem Majdan gewann dann der „Rechte Sektor" Sympathien, weil er die „Selbstverteidigungskräfte" der Protestierenden wirkungsvoll verstärkte. Er war als Bündnis hart zulangender Faschistentrupps entstanden, die teils Erfahrungen im bewaffneten Kampf besaßen – aus Bürgerkriegen in Georgien und in Russland (Tschetschenien). Die Regierungsbeteiligung von *Swoboda* nach dem Umsturz am 22. Februar, dann die sich verschärfenden Spannungen zwischen der Ukraine und Russland und der beginnende Bürgerkrieg in der Ostukraine waren erneut Wasser auf die Mühlen der extremen ukrainischen Rechten, deren Markenzeichen seit je neben krassestem Antisemitismus ein unbändiger Hass auf alles Russische war und bis heute noch ist. Anhänger der Majdan-Proteste meinten Entwarnung geben zu können, als bei der Präsidentenwahl am 25. Mai 2014 *Swoboda*-Chef **Oleh Tjahnibok** mit 1,16 Prozent der Stimmen weit abgeschlagen auf Platz zehn landete und **Dmitro Jarosch**, der Führer des *Rechten Sektor*, mit 0,7 Prozent der Stimmen auf Platz elf. Dass die Entwarnung an der politischen Entwicklung in der Ukraine vollkommen vorbeiging, war schon damals deutlich erkennbar, und es bestätigt sich jetzt erneut. Zum einen zeigt sich die anhaltende Stärke der extremen Rechten auf parteipolitischer Ebene. Wer das Ergebnis der Präsidentenwahl Ende Mai genauer betrachtete, bemerkte schon damals, dass die Niederlage von Tjahnibok und Jarosch nur ein Teil der Geschichte war. Damals galt all denjenigen, die eine Stichwahl vermeiden wollten, um den Krieg gegen die Aufständischen in der Ostukraine schnell eskalieren zu können, ein Sieg **Petro Poroschenko**s in der ersten Runde als wünschenswert; dass in solchen Situationen taktisch gewählt wird, zumal weder Tjahnibok noch Jarosch auch nur irgendwelche Chancen hatten, in eine Stichwahl zu gelangen, ist völlig normal. Dennoch wurde die äußerste Rechte drittstärkste Kraft: **Oleh Ljaschko**, Führer der *Radikalen Partei*, kam auf 8,3 Prozent der Stimmen. Der politische Newcomer konnte vor allem im *Swoboda*-Milieu wildern, was nicht nur daran lag, dass *Swoboda* in der Umsturzregierung Minister stellte und sich durch politische Kompromisse bei der extremen Rechten unbeliebt machte. Hinzu kam, dass es Ljaschko gelang, durch eine spezielle Art politischer Agitation Sympathien zu gewinnen.

Verschleppt und gefoltert

Ljaschkos Agitation hat seit dem Frühjahr immer wieder Menschenrechtsorganisationen auf den Plan gerufen. Im Mai etwa verschleppte er in der Ostukraine einen vermeintlichen prorussischen Aktivisten, zog ihn halb aus, fesselte ihn, verletzte ihn und unterzog ihn einem „Verhör", filmte das Ganze und stellte sein Produkt auf seine Website. Mit einer Reihe ähnlicher Aktionen kam er in Teilen der ukrainischen Öffentlichkeit so gut an, dass es sogar zum dritten Platz bei der Präsidentenwahl reichte. Nach den Wahlen machte er weiter.

Unter anderem wütete er Anfang Juli in Slowjansk, nachdem die Stadt von den ukrainischen Streitkräften zurückerobert worden war; erneut dokumentierte er sein Wirken im Internet. „In einem Video zwingt er den Bürgermeister von Slowjansk, einen 'freiwilligen' Rücktrittsbrief zu verfassen", berichtet *Amnesty International*: „Als ihm der Bürgermeister dies verweigert, droht Ljaschko damit, ihn aus dem Fenster im vierten Stock des Gebäudes zu werfen, woraufhin der Bürgermeister einwilligt. In einem weiteren [Video, J. K.] droht Ljaschko dem Chef der Slowjansker Polizei damit, ihn zu töten", weil er einen vermeintlichen Separatistenanführer noch nicht festgenommen habe, fährt *Amnesty* fort. Der Film zeigt, wie der Vorsitzende der *Radikalen Partei* den Polizeichef nötigt, ihm die Wohnanschrift des Mannes auszuhändigen, diesen dann ergreift und auf die Polizeiwache verschleppt.

Ljaschkos Aktivitäten werden unterschiedlich beurteilt. *Amnesty International* erklärt, man betrachte „die Handlungen von Oleh Ljaschko und seinen bewaffneten Truppen als gravierende Verletzung internationaler rechtlicher Standards". Laut Umfragen von Anfang Oktober sehen 12,8 Prozent der ukrainischen Bevölkerung das vollkommen anders und halten die Aktivitäten für so sinnvoll, dass sie bei der Parlamentswahl am 26. Oktober Ljaschkos Partei wählen wollen. Demnach käme die extreme Rechte in der Ukraine, zählt man die Stimmen für *Swoboda* und den *Rechten Sektor* dazu, auf knapp ein Fünftel der Stimmen. Die Parlamentswahl stand bei Erscheinen dieser Ausgabe der LOTTA kurz bevor.

„Persönlich bin ich ein Nazi"

Die Stärke der extremen Rechten zeigt sich auch in den faschistischen Milizen in der Ostukraine. In gewisser Hinsicht ist ihre Gründung eine doppelte Notlösung gewesen. Die ukrainischen Streitkräfte waren, als die Regierung in Kiew die Unruhen im Osten des Landes militärisch niederschlagen wollte, in einem beklagenswerten Zustand; mit ihnen konnte man keinen Bürgerkrieg gewinnen. Die Gründung von Freiwilligenverbänden kam der Regierung deshalb gerade recht. Allerdings hatte sie dafür auch noch ein zweites Motiv, über das offiziell nicht gesprochen wird. Auf dem Majdan hatten sich bewaffnete Faschisten zusammengerottet, die mit dem Umsturz vom 22. Februar längst noch nicht zufrieden waren und eigentlich eine „sozial-nationale Revolution" anstrebten; das Umsturzregime musste sie deshalb irgendwie besänftigen oder anderweitig beschäftigen. Was drohte, wenn man das unterließ, das zeigte exemplarisch das Massaker von Odessa am 2. Mai, bei dem Faschisten Regimegegner in das dortige Gewerkschaftshaus trieben, es anzündeten und Linke, die sich mit einem Sprung aus dem Fenster retten wollten, mit Knüppeln erschlugen. Sie ermordeten mehr als 40 Menschen. Das Massaker ist bis heute nicht aufgeklärt. Der beginnende Bürgerkrieg bot nun die Chance, die gewalttätigen Faschistenhorden in den Kämpfen im Osten des Landes zu entsorgen; viele nahmen das Angebot, ihrem Hass auf alles Russische mit der Waffe in der Hand praktischen Ausdruck verleihen zu dürfen, tatsächlich dankend an.

Eines der Resultate ist das *Bataillon Asow*, zu dessen Gründern übrigens Oleh Ljaschko gehört. Seine Symbole sind eine Schwarze Sonne sowie eine Wolfsangel, die ältere Ukrainerinnen und Ukrainer möglicherweise noch von der *SS-Division „Das Reich"* kennen, die sich ihrer bei ihren Mordbrennereien in der heutigen Ukraine gleichfalls als Erkennungszeichen bediente. Politischer Kern des Bataillons ist die *Sozial-Nationale Versammlung* (*Sozial-Nazionalna Asambleja*, SNA), die sich auf dem Majdan am Aufbau des *Rechten Sektors* beteiligte und ihrerseits ein faschistisches Bündnis um den *Patriot der Ukraine* (*Patriot Ukrainy*), eine ältere militante Organisation der extremen Rechten, darstellt. „Persönlich bin ich ein Nazi", erläuterte ein hilfsbereiter *Asow*-Milizionär, als ein Reporter des britischen *Telegraph* wissen wollte, welche politischen Positionen denn in dem Bataillon vertreten würden. Als er weiter forschte, stieß er auf Bekenntnisse des SNA- und *Asow*-Führers **Andrij Bilezkij**, die weiteren Aufschluss boten. „Die historische Mission unsere Nation besteht in diesem kritischen Moment darin, die Weißen Rassen der Welt in einem letzten Kreuzzug für ihr Überleben anzuführen", so schätzte Bilezkij die herausragende Bedeutung der ukrainischen Naziszene ein. Und er vergaß nicht hinzuzufügen, was für ein Kreuzzug das genaugenommen sei: „Ein Kreuzzug gegen die Semiten-geführten Untermenschen."

Erwähnt werden muss, dass im *Bataillon Asow* inzwischen auch west- und nordeuropäische Nazis kämpfen. Einer von ihnen ist **Michael Skillt**, ein Aktivist der *Svenskarnas Parti*; Mitglieder dieser Partei hatten bereits an den Auseinandersetzungen auf dem Majdan teilgenommen. Auch Nazis aus Frankreich und Italien gehören dem Bataillon Berichten zufolge an. Erwähnt werden muss aber auch, dass das Bataillon zwar noch gelegentlich in Scharmützel verwickelt ist, seine ursprüngliche Aufgabe jedoch – es wurde unter anderem zum Häuserkampf bei der Eroberung ostukrainischer Städte eingesetzt – inzwischen kaum mehr wahrnimmt; der Waffenstillstand hindert es daran. Das ist die Ursache dafür, dass Milizionäre des Bataillons am 14. Oktober einen kleinen Betriebsausflug in die ukrainische Hauptstadt unternahmen. Der Gedanke, dass sie an

Foto: streetwrk.com, CC BY-ND 2.0

Lager der DemonstrantInnen auf dem Maidan in Kiew

Reisen nach Kiew Geschmack finden könnten, treibt die neuen Herren der Ukraine gegenwärtig um.

Die Glorie der Milizen

Und so kombinieren sie das Nützliche mit dem Angesagten: Sie binden Milizionäre des *Bataillons Asow* und anderer teilweise faschistischer Kampfverbände in ihre Parteistrukturen ein. Bestes Beispiel ist die *Volksfront* (*Narodnij Front*) von Ministerpräsident **Arsenij Jazenjuk**. Weil Soldaten rein rechtlich gesehen politischen Parteien nicht beitreten dürfen, hat die *Volksfront* einen „Militärrat" gegründet, dem die Anführer mehrerer Freiwilligen-Bataillone angehören, darunter *Asow*-Führer Bilezkij, der Retter der „Weißen Rassen". Jazenjuk hofft vermutlich, die *Asow*-Milizionäre durch die Einbindung ihres Chefs von einer „sozial-nationalen Revolution" abhalten zu können. Außerdem geht er wohl davon aus, dass die Einbindung faschistischer Bürgerkriegs-Milizionäre die Popularität seiner *Volksfront* aufbessern und womöglich den originären Parteien der extremen Rechten einige Stimmen abspenstig machen kann. „Die Bevölkerung goutiert die Kampfhandlungen" in der Ostukraine „mehrheitlich, es findet eine Glorifizierung des Militärs statt", musste Mitte Oktober selbst **Anton Schechowzow** einräumen, ein Politikwissenschaftler, der im Frühjahr noch die Rolle der extremen Rechten auf dem Majdan verharmlost und einen Aufruf der Grünen-nahen *Heinrich-Böll-Stiftung* mitunterzeichnet hatte, die zunehmenden Aktivitäten ukrainischer Faschisten doch nicht so sehr zu betonen. Milizionäre – gern auch faschistische – in die eigenen Reihen aufzunehmen, ist inzwischen angesagt in der Ukraine; gleich mehrere Parteien haben es Jazenjuks *Volksfront* gleichgetan.

Ein Beispiel, das den Aufstieg führender Personen aus der extremen Rechten in die heutige Führungsriege der Kiewer Politik deutlich macht, ist die Karriere von **Tetjana Tschornowol**. Einer größeren Öffentlichkeit wurde sie erstmals im Winter 2000/2001 bekannt. Damals gab es Proteste auf dem Majdan, die sich gegen die Herrschaft korrupter Oligarchen im Lande wandten; Tschornowol, damals Pressesprecherin der faschistischen Organisation UNA-UNSO, die sich bei den Protesten um die Security kümmerte, war mit dabei. Als die UNA-UNSO anfing, Absprachen mit den Behörden zu treffen, trat sie aus Protest gegen derlei „Kompromisslertum" aus der Vereinigung aus, wurde Journalistin und machte sich mit Recherchen über die herrschende Korruption einen Namen. Ende 2013 fand man sie auf dem Majdan wieder, am 5. März 2014 wurde sie zur Leiterin des Nationalen Anti-Korruptions-Komitees ernannt. Und ihre politischen Positionen? Im Sommer posierte sie als Kämpferin des Nazi-*Bataillons Asow*, dem sie sich inzwischen angeschlossen hatte, und erklärte, auf ihre militärischen Ambitionen angesprochen: „Ich fühle mich hier an der Front sehr wohl". Ob sie dort bleibt? Wer weiß. Jazenjuk, der ihren Bataillonschef Bilezkij in den „Militärrat" seiner Partei integriert hat, hat ihr – ihre beträchtliche Popularität in Rechnung stellend – Platz zwei auf der Liste seiner *Volksfront* für die Parlamentswahl überlassen. Das zeigt recht deutlich, welchen Popularitätsfaktor man in Kiew Personen wie der ehemaligen UNA-UNSO-Aktivistin und ihrem Nazi-*Bataillon Asow* beimisst.

Reste des Krematoriums II in Birkenau

Von Günter Born

„...die Angst weggeschoben"

Vor 70 Jahren: Der Aufstand des jüdischen „Sonderkommandos" in Auschwitz-Birkenau

Lange Zeit sahen sich vor allem die Überlebenden der Shoah, sofern man überhaupt von deren Schicksal Notiz nahm, mit der nicht selten vorwurfsvoll konnotierten Frage konfrontiert: „Warum habt ihr euch wie die Schafe zur Schlachtbank treiben lassen?" Widerstand in den Lagern wurde fast ausschließlich mit politischen Häftlingsgruppen in Verbindung gebracht. Jüdinnen und Juden hingegen galten in der öffentlichen Wahrnehmung als weitgehend passive Opfer der Verfolgung. Erst langsam hat sich diese Sicht verändert. Der Aufstand von Häftlingen des Sonderkommandos in Auschwitz am 7. Oktober 1944 war eines der eindrücklichsten Zeugnisse der Selbstbehauptung in einer extremen Situation.

Widerstand im „System absoluter Macht"

Es bleibt umstritten, was überhaupt unter den Bedingungen des Lagers unter „Widerstand" verstanden werden kann. Der Soziologe **Wolfgang Sofsky** hat das Konzentrationslager als ein System „absoluter Macht" beschrieben, das nicht auf „blinden Gehorsam oder Disziplin" aus sei, „sondern auf ein Universum völliger Ungewissheit, in dem auch Fügsamkeit nicht vor Schlimmerem bewahrt". Demnach ist „bereits das pure Überleben ein Akt der Gegenwehr". Tatsächlich hat es zahllose Versuche von Häftlingen in den Lagern gegeben, sich der „absoluten Macht" zu entziehen. Hierzu zählten das „Organisieren" von Lebensmitteln, Fluchtversuche, Sabotageaktionen und vereinzelt auch bewaffneter Widerstand. Die Voraussetzungen waren hierfür freilich jeweils höchst unterschiedlich. Innerhalb der „Ordnung des Terrors" (Sofsky) herrschte ein gestaffeltes Machtsystem, das beispielsweise politischen Häftlingen größere Handlungsräume bot als Jüdinnen und Juden oder Sinti und Roma, die in der rassistischen Hierarchie der Lager am untersten Ende standen. Umgekehrt hat

die Literaturwissenschaftlerin und Auschwitz-Überlebende **Ruth Klüger** die Auffassung vertreten, dass oftmals in jenen Situationen, in denen die Handlungsspielräume faktisch auf null reduziert waren, die Möglichkeiten zum Widerstand paradoxerweise am deutlichsten aufschienen.

Tote auf Abruf – Das jüdische Sonderkommando

Diese Beobachtung ließe sich auch auf den Aufstand des Sonderkommandos in Birkenau am 7. Oktober 1944 übertragen – die einzige bewaffnete Erhebung, die es in Auschwitz gegeben hat. Die systematische Ermordung von Jüdinnen und Juden in Auschwitz-Birkenau mit Zyklon B begann spätestens im Frühjahr 1942. In der unmittelbaren Nähe des Lagers hatte die SS zwei vormalige Bauernhäuser zu provisorischen Gaskammern umgebaut. Die Leichen wurden zunächst im Krematorium des Stammlagers oder in Gruben in unmittelbarer Nähe der Gaskammern verbrannt. Zwischen März und Juni 1943 – als Auschwitz zum Zentrum der Shoah avancierte – nahmen vier eigens errichtete Krematorien – die Krematorien II bis V – innerhalb des Lagergeländes den Betrieb auf. Die Ermordung und Verbrennung fand somit in abgeschlossenen, ausschließlich zum Zweck der Massenvernichtung errichteten Gebäudekomplexen statt. Die Krematorien bildeten den Kern der „Todesfabrik Auschwitz“, deren Infrastruktur bis zum Sommer 1944 weiter ausgebaut wurde. Um etwa die zwischen Mai und Anfang Juli 1944 täglich eintreffenden Transportzüge mit insgesamt über 400.000 ungarischen Jüdinnen und Juden schneller abfertigen zu können, ließ die SS die berüchtigte „Rampe“ innerhalb des Lagers errichten. Die Eisenbahnschienen endeten nunmehr wenige Meter von den Vernichtungsanlagen entfernt. Obgleich die Mordmaschinerie immer weiter perfektioniert wurde, blieben, wie der israelische Historiker **Gideon Greif** hervorgehoben hat, „die einzelnen Phasen der Tötung [...] im Prinzip immer die gleichen“. Bereits an der „Rampe“ nahmen SS-Ärzte die über Leben und Tod entscheidenden Selektionen vor. Schätzungsweise 75 Prozent der Deportierten wurden sofort in die Gaskammern geschickt, wobei man die Opfer über ihr Schicksal in Unkenntnis ließ.

Im Rahmen des akribisch durchgeplanten Vernichtungsprozesses bediente sich die SS des eigens dafür aufgestellten Sonderkommandos. Dieses bestand ausschließlich aus (männlichen) jüdischen Häftlingen. Im Sommer 1944 erreichte das Sonderkommando mit über 950 Angehörigen – die meisten von ihnen stammten aus Ungarn, Polen und Griechenland – seinen größten Umfang. Der Auschwitz-Überlebende **Primo Levi** hat rückblickend die Erfindung der Sonderkommandos als „das dämonischste Verbrechen des Nationalsozialismus“ charakterisiert: „Juden mussten es sein, die die Juden in die Verbrennungsöfen transportierten, man musste beweisen, dass die Juden, die minderwertige Rasse, die Untermenschen, sich jede Demütigung gefallen ließen und sich sogar gegenseitig umbrachten.“ Das von den Nationalsozialisten in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern praktizierte perfide Prinzip, ausgewählten Funktionshäftlingen bestimmte Aufgaben zu übertragen, auf diese Weise Opfergruppen gegeneinander auszuspielen und gleichsam zu Komplizen des monumentalen Verbrechens zu machen, wurde hier auf die Spitze getrieben. Tatsächlich sind die Zumutungen, zu denen die Angehörigen des Sonderkommandos gezwungen wurden, kaum angemessen zu beschreiben. Sie hatten die im Krematorium eintreffenden Jüdinnen und Juden zu empfangen und im Vorraum der Gaskammern deren Entkleidung zu beaufsichtigen. Dabei war es ihnen verboten, mit den Männern und Frauen zu sprechen, die nackt in den Gaskammern zusammengepfercht wurden. Nach deren Ermordung durch Zyklon B, für die ausschließlich SS-Leute verantwortlich waren, musste Häftlinge des Sonderkommandos die ineinander verknäulten Leichen aus der Gaskammer zerren, den Toten Goldzähne aus dem Kiefer brechen und den Frauen die Haare abschneiden. Schließlich wurden die Ermordeten in den im Nebenraum gelegenen Öfen verbrannt. Gleichzeitig reinigten andere Häftlinge des Sonderkommandos die Gaskammern. Zudem durchsuchten sie die Habseligkeiten der Opfer nach Wertgegenständen, die in Birkenau in dem unmittelbar an den Krematoriumsbereich angrenzenden Effektenlager gesammelt wurden.

Auf die Frage, wie er und seine Gefährten die tägliche „Arbeit“ in Mitten des Grauens durchhalten konnten, antwortete **Leon Cohen**, ehemals Häftling im Sonderkommando rückblickend: „Zu jener Zeit hatten wir keinerlei Gefühl, waren völlig leer. Wir hatten unsere Herzen verschlossen, hatten nichts Menschliches mehr an uns. Wir arbeiteten wie Maschinen.“ Diese Wahrnehmungen waren es auch, die den Angehörigen des Sonderkommandos später vielfach zum Vorwurf gemacht worden sind. Indes: Die Situation, in die sie gezwungen waren, übersteigt jegliche Vorstellungskraft. Zudem waren die Häftlinge des Sonderkommandos gleichsam Tote auf Abruf. Sie lebten vollkommen isoliert vom übrigen Lagerkomplex in den Krematoriumsgebäuden. Eine Möglichkeit, das Kommando zu wechseln und in einem anderen Bereich eingesetzt zu werden, bestand für sie nicht. Vielmehr führte die SS regelmäßig Selektionen durch, um sich der Häftlinge, die ja Mitwisser des Massenmords ge-

Foto: Bildungswerk Stanislaw Hantz

Henryk Mandelbaum (1922-2008), Überlebender des jüdischen „Sonderkommandos“

worden waren, nach und nach zu entledigen.

Widerstand und Selbstbehauptung

Gleichwohl gab es auch im Sonderkommando zahlreiche Beispiele, die deutlich machten, dass deren Angehörige nicht ausschließlich wie „Maschinen“ agierten, sondern sich gegenüber den Zumutungen zu behaupten versuchten. Eine kleine Gruppe von Häftlingen dokumentierte etwa, trotz strengster Verbote, das Mordgeschehen. Die Aufzeichnungen wurden von ihren Autoren auf dem Gelände der Krematorien vergraben. In den Jahren nach der Befreiung konnten die Dokumente, die nach wie vor zentrale Quellen zu den Lebensumständen im Sonderkommando darstellen, zumindest teilweise geborgen werden. Daneben formierten sich ebenso wie in anderen Bereichen des Lagerkomplexes Auschwitz auch im Sonderkommando spätestens seit Ende 1943 Einzelne, die einen bewaffneten Aufstand gegen das Lagerregime planten. Unter schwierigen Bedingungen gelang es, Kontakte zur „Kampfgruppe Auschwitz“, der größten klandestinen Widerstandsgruppe in Auschwitz, herzustellen. Diese war vor allem im Stammlager aktiv, international geprägt und rekrutierte sich in erster Linie aus politischen Häftlingen.
Das ursprüngliche Ziel bestand darin, einen gemeinsamen Aufstand durchzuführen, der von polnischen Widerstandsgruppen außerhalb des Lagers, etwa durch die Aufnahme geflüchteter Häftlinge unterstützt werden sollte.
Diese Pläne scheiterten aus mehreren Gründen. Zunächst bedurfte es eines großen Aufwandes, die Isolation des Sonderkommandos zu durchbrechen. Dies galt im Hinblick auf die Weitergabe von Informationen, besonders aber auch für das Organisieren von waffenfähigem Material. Über einen Zeitraum von mehreren Monaten hinweg gelang es schließlich **Ella Gärtner**, **Regina Safirsztain**, **Esther Wajsblum** und **Roza Robota**, jungen jüdischen Frauen, die im Lagerwiderstand aktiv waren und in der Nähe des Stammlagers in den *Weichsel Metall Union Werken* Zwangsarbeit leisten mussten, Sprengstoff in kleinen Mengen aus der Munitionsfabrik zu schmuggeln.
Über weitere Häftlinge gelangte das Material in die Hände von Angehörigen des Sonderkommandos, die daraus mehrere Dutzend einfache Handgranaten herstellten und in ihren Schlafräumen über den Krematorien versteckten.
Als entscheidendes Problem erwiesen sich jedoch die Differenzen zwischen der „Kampfgruppe Auschwitz“ und der Widerstandsgruppe innerhalb des Sonderkommandos bezüglich des geeigneten Zeitpunkts für den geplanten Aufstand. Die „Kampfgruppe“ orientierte sich vor allem an der herannahenden *Roten Armee* und warnte daher davor, zu früh loszuschlagen. Auch die Widerstandsgruppen außerhalb des Lagers sahen sich angesichts der deutschen Repression gegen die polnischen Untergrundorganisationen nicht in der Lage, eine Erhebung in Auschwitz zu unterstützen.
Demgegenüber drängten die Aktiven des Sonderkommandos im Laufe des Jahres 1944 wiederholt darauf, den Aufstand möglichst rasch durchzuführen, da sie eine Selektion durch die SS im Bereich der Krematorien fürchteten. Gleichwohl wurde vom Lagerwiderstand ein möglicher Termin immer wieder verschoben.
Letztendlich entschloss sich die Widerstandsgruppe innerhalb des Sonderkommandos, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, zumal sich das Gerücht verbreitete, dass die Deportation und Ermordung einer größeren Gruppe von Häftlingen unmittelbar bevorstehe. Die Erhebung sollte demnach am Abend des 7. Oktober 1944 stattfinden. Der Plan sah vor, während des Abendappells in

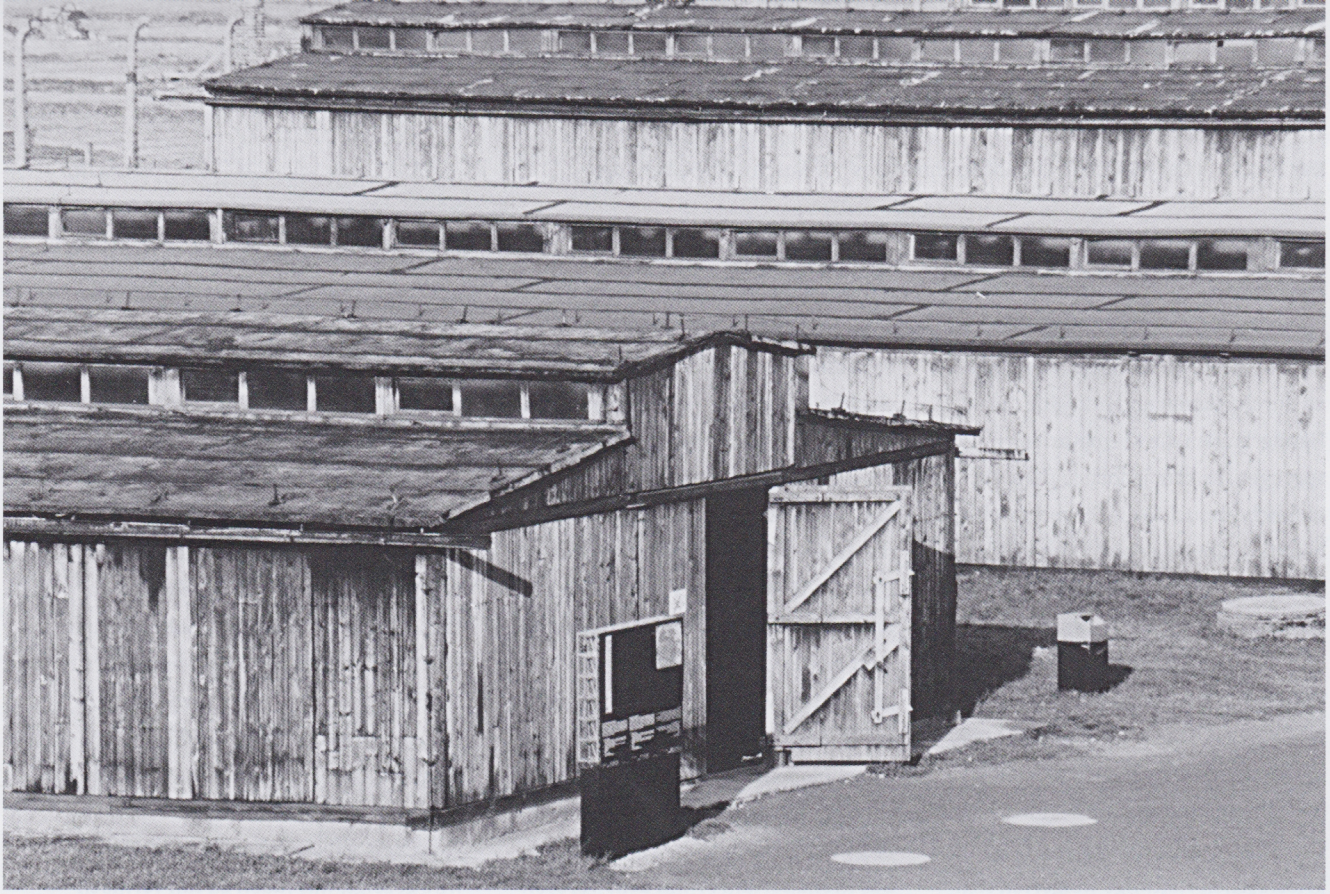
einer konzertierten Aktion in allen vier Krematorien die Wachmannschaften anzugreifen, die Unterkünfte in Brand zu setzen, die elektrisch geladenen Zäune zu durchtrennen und mit Hilfe der Handgranaten die Krematorien zu sprengen. Es kam jedoch anders. Tatsächlich versuchte die SS überraschend bereits am Mittag des 7. Oktobers im Krematorium IV die erwartete Selektion durchzuführen. 300 Häftlinge sollten sich demnach für einen angeblichen Transport ins Außenlager Gleiwitz bereit machen. Diese offenkundige Lüge, mit der die SS ihre Mordabsichten zu verschleiern suchte, wurde durchschaut. Die 300 überwiegend ungarischen und griechischen Häftlinge weigerten sich daraufhin anzutreten. Stattdessen attackierten sie mit allen greifbaren Gegenständen die Wachmannschaften. Der Schilderung **Filip Müllers**, einem Angehörigen des Sonderkommandos zufolge, sei ein „Steinhagel" auf die SS-Männer niedergegangen, die zudem mit Äxten und Hämmern angegriffen wurden.
Im folgenden Geschehen spielte der ursprüngliche Aufstandsplan keine Rolle mehr. Während ein Teil der Häftlinge vom Krematoriumsgelände floh und die Zäune zu überwinden suchte, steckten andere die Matratzen in den Schlafräumen in Brand. Im Krematorium II überwältigten die Häftlinge ebenfalls die Wachmannschaften, wobei ein Kapo getötet wurde. Einer größeren Gruppe gelang es, die Zäune zu durchtrennen und in den nahe gelegenen Ort Rajsko zu fliehen. Dort allerdings wurden sie von SS-Einheiten gestellt. Keiner der Geflohenen aus dem Krematorium II überlebte den Ausbruchsversuch. Auch im Bereich des Krematoriums IV, das vollkommen in Flammen stand, schlug die SS die Revolte mit brachialer Gewalt nieder. Der Aufstand war gescheitert. Obgleich es den Häftlingen gelungen war, den Zaun zum angrenzenden Frauenlager zu durchtrennen, war es in den anderen Teilen des Lagers ruhig geblieben. Auch in den Krematorien III und V hatte es keine Kämpfe gegeben. Den aufständischen Häftlingen war es nicht gelungen, mit den dort Untergebrachten, die auf die Erhebung vorbereitet waren, Kontakt aufzunehmen. 450 Angehörige des Sonderkommandos verloren am 7. Oktober 1944 ihr Leben. Roza Robota und die anderen Frauen, die den Sprengstoff aus der Munitionsfabrik geschmuggelt hatten, wurden nach wochenlangen Folterungen am 5. Januar 1945 auf dem Appellplatz des Stammlagers öffentlich gehängt. Demgegenüber wurden drei SS-Männer getötet und zwölf verletzt. Das Krematorium IV mit acht Verbrennungsöfen und drei Gaskammern war vollständig zerstört worden und nahm seinen Betrieb nicht mehr auf.

Die Wirkung des Aufstandes

Auch wenn der Aufstand in der Rückschau von überlebenden Augenzeugen des Sonderkommandos als chaotisch und schlecht organisiert beschrieben worden ist und in einem Massaker endete, verfehlte er in mehrfacher Hinsicht seine Wirkung nicht. **Israel Gutman**, der in Auschwitz inhaftiert war und selbst unter großen Gefahren Sprengstoff für das Sonderkommando geschmuggelt hatte, erinnert sich, dass die Wachmannschaften der SS unmittelbar nach dem Aufstand „nervös und verängstigt" gewesen seien: „Ihre Sicherheit und ihr Selbstbewusstsein hatten einen schweren Schlag erlitten." Umgekehrt machte die Kunde vom Aufstand anderen Häftlingen Mut. **Ana Novac**, die im Oktober 1944 in einem Lager Zwangsarbeit leisten musste, das nicht zum Komplex Auschwitz gehörte, berichtete von ihrer Reaktion, als ihr eine Häftlingsärztin erzählte, dass in Auschwitz ein Krematorium in die Luft gesprengt worden war. „Es ist, als hätte man die Angst weggeschoben, als wären auch wir um einen Kopf größer geworden."
Und auch in einer weiteren Perspektive ist die Bedeutung der Revolte des Sonderkommandos am 7. Oktober 1944 nicht hoch genug einzuschätzen. Gideon Greif etwa stellt die Ereignisse auf eine Stufe mit den Aufständen im Warschauer Ghetto und in den Vernichtungslagern Sobibór und Treblinka, da sie deutlich machten, dass Jüdinnen und Juden selbst oder besonders in prekärsten Situationen in der Lage waren, sich zu behaupten und um ihre Würde zu kämpfen. Ähnlich argumentiert Israel Gutman: „Dieser Aufstand hat den nichtjüdischen Schicksalsgenossen in Auschwitz gezeigt, was Juden zu tun vermochten." Diese Sichtweise konnte sich nach 1945 jedoch erst allmählich durchsetzen. Die Shoah und erst recht die Geschichte des jüdischen Sonderkommandos waren in der israelischen Öffentlichkeit bis zum Ende der 1950er Jahre „quasi ein Tabu" (Greif). Den Überlebenden fiel es schwer, über die eigenen Erfahrungen zu sprechen, nach denen zunächst auch kaum jemand fragte. Mittlerweile sind auch in deutscher Sprache einige Studien und Zeitzeugenberichte über das Sonderkommando und dessen Angehörige erschienen. Das *Bildungswerk Stanislaw Hantz* in Kassel gestaltete im Jahr 2006 eine Ausstellung über **Henryk Mandelbaum**, der als Häftling im Sonderkommando Auschwitz überlebte. Im Gespräch mit Teilnehmenden einer Gedenkstättenfahrt stellte er 2007 fest: „Ich bin kein Held, weil ich überlebt habe. Ich bin ein ganz normaler Mensch."

Lesetipp

Jan Raabe, Jürgen Peters und Marie Kaska: „Nur die Sterne waren wie gestern". Ein Nachruf auf Henryk Mandelbaum, in LOTTA #32, Herbst 2008, S. 56 f.



Von Alena Becker

Symbole und Sackgassen

Von Konzentrationslagern und Vernichtungslagern

Das Wort „Lager" ruft in unseren Breiten unweigerlich Assoziationen mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern hervor. Für diese steht wiederum Auschwitz als Beispiel und Symbol. So hilfreich diese in vielen Köpfen fest verankerte Assoziationskette für das Wachhalten der Erinnerung an Shoa und glücklicherweise mittlerweile auch Porajmos – der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Sinti und Roma – ist, so viele Schwierigkeiten bringt die Verengung des Begriffes „Lager" bzw. „Konzentrationslager" oftmals mit sich, denn mit dem Wissen um Unterschiede und Gemeinsamkeiten der nationalsozialistischen und anderer Zwangslager gehen so auch viele wertvolle Argumente verloren. Gute Gründe, einmal der Frage nachzugehen, wie sich Konzentrations- und Vernichtungslager untereinander und von anderen Lagern unterscheiden.

Auschwitz als Symbol

„Auschwitz bildete den Brennpunkt der beiden ideologischen Leitgedanken des nationalsozialistischen Regimes: Es war der größte Schauplatz des Massenmords an den europäischen Juden und ein Kristallisationspunkt der Siedlungs- und 'Germanisierungspolitik'. Vernichtung und 'Lebensraumeroberung' verschmolzen hier konzeptionell, zeitlich und räumlich. Als Konzentrationslager, Vernichtungslager und Drehscheibe des Zwangsarbeitseinsatzes steht Auschwitz exemplarisch für die Multidimensionalität des nationalsozialistischen Lagersystems." So beschreibt **Sybille Steinbacher** in ihrem sehr empfehlenswerten Überblicksband „Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte" die Gründe, die Auschwitz – völlig zu Recht – zum Symbol für die nationalsozialistischen Verbrechen, allen voran der „Endlösung" machen. Fast alle Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik lassen sich an diesem Ort, an der Geschichte der Stadt und des Lagers, ab-

lesen und damit darstellen, ebenso wie die nationalsozialistische Vorstellung vom „idealen Leben" eines „Herrenmenschen" und die Rolle, die andere Völker in dieser Welt spielen sollten. Dieselben Gründe, die Auschwitz zu diesem Symbol machen, sind aber auch diejenigen, die es zur Ausnahme machen. Nur zwei nationalsozialistische Konzentrationslager waren gleichzeitig auch Vernichtungslager: Auschwitz-Birkenau und Lublin-Majdanek, das **Odilo Globocnik** eher eigenmächtig in „seine" „Aktion Reinhardt" einband und zu diesem Zweck dort Gaskammern errichten ließ.

Lagertypen

Eine klar umrissene und ausformulierte Typologie von Lagern gibt es bislang nicht. In den letzten Jahren sind jedoch in der Geschichtswissenschaften einige Fortschritte auf dem Weg hin zu einer solchen und somit einem besseren Verständnis der Bedeutung und Funktion von Lagern insgesamt gemacht worden, sowohl in Bezug auf die nationalsozialistischen Lager als auch auf Lager, die „vor Auschwitz" existierten. Die grundsätzliche Frage, die an jedes Lager zu stellen ist, ist die nach seinem Zweck. So lässt sich zunächst einmal eine grundlegende Unterscheidung zwischen solchen Lagern treffen, die der Inklusion dienen und solchen, deren Zweck in der Exklusion besteht. Gemein bleibt jedoch beiden, dass Gewalt immer ein Bestandteil von Lagern ist, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Integrative Lager, wie beispielsweise Jugendlager von Pfadfindern oder politischen Organisationen sind bei genauerer Betrachtung auch immer Orte der Disziplinierung – wobei die Frage, auf welche Weise diese erfolgt, eine entscheidende ist. Auch in linken Protestcamps findet eine Disziplinierung statt, ohne die ein solches Camp nicht funktionieren würde. Bis auf wenige Grenzfälle wird das notwendige Maß an Disziplin jedoch hier durch die einzelnen Teilnehmer_innen und deren freiwillige Selbstdisziplinierung hergestellt. Ganz offensichtlich zu den Lagern mit dem Ziel der Exklusion gehören hingegen Konzentrationslager. Hier werden anhand zuvor festgelegter Kriterien bestimmte Menschen vom Rest der Bevölkerung isoliert.

Konzentrationslager

Während die grundsätzliche Frage nach Inklusion oder Exklusion noch recht einfach zu beantworten ist, ist eine grundsätzliche Problematik der Gesamtheit aller als „Konzentrationslager" bezeichneten Orte, dass zu verschiedenen Zeitpunkten und an verschiedenen Orten jeweils etwas anderes darunter verstanden wurde und wird. Eine wirklich verbindliche Definition, die über „ein Ort, an dem Menschen nach bestimmten Kriterien gesammelt und interniert werden" hinausgeht, existiert nicht und existierte auch „vor Auschwitz" nicht. Zwischen den Internierungslagern des Ersten Weltkriegs und den Orten, die zu allererst den Namen „Konzentrationslager" bzw. „campos de concentración" trugen, den „Wehrdörfern" auf Cuba, in denen der spanische General **Weyler i Nicolau** ab 1896 die indigene Bevölkerung internieren ließ, um den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft zu brechen, liegen Welten, ebenso wie sich die sowjetischen „konclagery", die ab 1918 im Zuge des Bürgerkriegs eingerichtet wurden, grundlegend von den deutschen Lagern in Südwestafrika unterscheiden. Auch ein Beharren darauf, dass die Verengung der Bedeutung des Wortes „Konzentrationslager" zumindest im deutschen Sprachraum im Sinne einer wirksamen Erinnerungs- und Gedenkpolitik auf die Bedeutung „NS-Zwangslager" sinnvoll sei, ist für die Beantwortung der Frage, was ein Konzentrationslager ist – und damit auch, was nicht als solches gelten kann – kaum von Bedeutung. Obwohl auch 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs noch lange nicht klar ist, wie viele nationalsozialistische Zwangslager welcher Art es tatsächlich gegeben hat, lassen sich mindestens acht nationalsozialistische Lagersysteme identifizieren, die „wilden" Konzentrationslager nach 1933 sowie Lager für Kinder und Jugendliche nicht mitgezählt, wie ein Blick allein in die Einleitung des von **Wolfgang Benz** und **Barbara Diestel** herausgegebenen neunbändigen Lexikons der nationalsozialistischen Zwangslager, „Der Ort des Terrors", verrät. Auch eine formale Herangehensweise führt in die Irre: Formal gesehen zählen unter den NS-Zwangslagern nur diejenigen zu den „Konzentrationslagern", die der „Inspektion der Konzentrationslager" bzw. dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt unterstellt waren. Theresienstadt wäre demnach ungeachtet der dort herrschenden Bedingungen und seiner Rolle im System der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik nicht als nationalsozialistisches Konzentrationslager zu betrachten.

Konzentrationslager und Vernichtungspolitik

Eine Verbindung zwischen Konzentrationslagern und einer Vernichtungsabsicht oder -politik lässt sich also auf diese Weise auch nicht herstellen. Auch andere Ansätze führen schlussendlich in die Sackgasse: Fragt man nach der Versorgung und Unterbringung der Insassen der Lager, so ergibt sich beispielsweise für die stalinistischen Lager des Gulag oftmals eine große Ähnlichkeit zu den Bedingungen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Im Kontext der These, dass Lagersysteme charakteristisch seien für totalitäre Systeme, wird dies oftmals als „Beweis" dafür gesehen, dass Stalinismus und Na-

tionalsozialismus weitestgehend gleichzusetzen seien. Auch im Gulag starben sehr viele Menschen an Krankheiten, bedingt durch katastrophale hygienische Bedingungen oder an den Folgen von Unterernährung, vielfach in Kombination mit körperlich auszehrender Zwangsarbeit. Die Ähnlichkeiten zur nationalsozialistischen „Vernichtung durch Arbeit" drängen sich aus dieser Perspektive geradezu auf. Doch dieses Bild zerspringt, sobald man genauer hinsieht: Die katastrophalen Bedingungen im Gulag, so ähnlich sie teilweise denen in den nationalsozialistischen Lagern auch gewesen sein müssen, waren nicht das Resultat einer Vernichtungsabsicht, sondern vielmehr der Unfähigkeit, das riesige System von Arbeitslagern, das man geschaffen hatte, auch zu versorgen. Besonders deutlich wird dieser entscheidende Unterschied, wenn man sich die Extreme ansieht: Während im nationalsozialistischen Lagersystem körperlich wenig anstrengende und ungefährlichere Arbeiten die besten Überlebenschancen boten, war es im Gulag oft umgekehrt: Auch wenn **Alexander Solschenizyn** behauptete, die Katorga-Lager – Straflager, in denen die Häftlinge besonders schwere Zwangsarbeit leisten mussten – seien mit dem Zweck der „physischen Vernichtung" eingerichtet worden, lag beispielsweise die Sterberate im Katorga-Lager Norilsk während des „Großen Terrors", einer Zeit, in der diese im Gulag insgesamt aufgrund von Überbelegung und Desorganisation besonders hoch war, bei etwa 0,8 Prozent. Insgesamt überstieg die Sterberate im Gulag niemals 6 bis 7 Prozent. Rechnet man nur diejenigen, die in den drei Hauptlagern (Stammlager, Birkenau, IG-Farben-Lager Monowitz) und diversen Nebenlagern in Auschwitz tatsächlich als KZ-Häftlinge registriert wurden – diejenigen, die sofort nach ihrer Ankunft in die Gaskammern geschickt wurden, wurden niemals registriert und tatsächlich als Häftlinge ins eigentliche KZ aufgenommen – zusammen, lag die Überlebenschance in Auschwitz bei niemals mehr als 50 Prozent – die im Gulag bei über 90 Prozent. Die andauernden Bemühungen um eine Verbesserung der Versorgungslage und die Aufgabe solcher Lager, in denen es unmöglich war, der Lage Herr zu werden, sind weitere Belege dafür, dass eine solche Absicht im Stalinismus nicht bestand. Die Vorteile der Zwangsarbeit für die stalinistische Führung liegen auf der Hand, ungeachtet der Debatte darum, ob sich diese aus kapitalistischer Sicht gelohnt haben kann oder nicht: Ohne den Einsatz zehntausender Zwangsarbeiter_innen wäre beispielsweise der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals in nur zwei Jahren für die Sowjetunion kaum möglich gewesen. Selbst Spezialist_innen wurden verhaftet, verurteilt, zum Bau des Kanals eingesetzt und nach seiner Fertigstellung wieder entlassen. Um Menschen dazu zu bewegen, freiwillig nach Sibirien zu ziehen und dort aus dem Nichts Städte zu erschaffen, hätte es vermutlich auch mehr Anreize gebraucht als die Sowjetunion zu bieten hatte. Darüber hinaus bestand die Funktion des Lagersystems im Stalinismus in der Disziplinierung der Gesellschaft durch Abschreckung und Terror.

Vernichtungslager

Auch im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern spielten Sozialdisziplinierung durch Abschreckung und Terror eine große Rolle, soweit es die Gesellschaft außerhalb der Lager betraf. Keine Rolle spielten diese Faktoren jedoch im Hinblick auf die nationalsozialistischen Vernichtungslager. Sie können mit der eingangs zur grundsätzlichen Unterscheidung von integrativen und exklusiven Lagern verwendeten Frage nach ihrer Funktion klar von allen anderen Lagern abgegrenzt werden. Im Gegensatz zu Konzentrationslagern und allen anderen Formen von Lagern, die immer mehrere Funktionen erfüllen, hatten sie nur eine einzige: die möglichst effektive Organisation des Massenmords. Im Gegensatz zu Konzentrationslagern sind sie eine genuine Erfindung der Nationalsozialisten, die großen Aufwand in ihre Entwicklung investierten. Von den anfänglichen Experimenten mit zu mobilen Gaskammern umgebauten LKWs in Kulmhof zu den immer ausgefeilteren Gaskammern in Be³¿ec, Sobibór, Treblinka, Auschwitz-Birkenau und Lublin-Majdanek wurde die Methode des Massenmords an sich – das Vergasen – kaum verändert, die Effektivität durch allerlei technische Veränderungen jedoch immer weiter gesteigert. In Kulmhof, den drei Lagern der „Aktion Reinhardt", Auschwitz-Birkenau und Lublin-Majdanek ermordeten die Nationalsozialisten innerhalb von drei Jahren insgesamt mindestens 2,5 Million Menschen, davon allein 1 Million in Auschwitz-Birkenau. Da diejenigen, die in die Vernichtungslager deportiert oder in Auschwitz an der Rampe selektiert wurden, im Gegensatz zu Konzentrationslager-Insass_innen nicht einmal mehr registriert wurden, ist die Zahl nicht mehr genau zu rekonstruieren. Hier und an den als Vernichtungsstätten bezeichneten Orten wie Babij Yar oder Maly Trostinec, vor allem im Osten Europas und auf dem Gebiet der damaligen Sowjetunion, fand der Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden hauptsächlich statt. Ein Irrtum ist es allerdings, sie, wie es oftmals geschieht, „nicht als Lager im eigentlichen Sinne" zu verstehen. Auch sie verfügten über alle Elemente, die man üblicherweise als Kriterien für Konzentrationslager ansieht: ein nach außen hin klar abgegrenztes und gesichertes Areal – Stacheldraht, Wachtürme – , Unterkünfte

sowohl für Täter als auch Opfer, ebenso wie für die jüdischen „Sonderkommandos“ (siehe S. 52 ff), deren Ermordung lediglich aufgeschoben wurde. Es wurden Nutztiere gehalten und Obst und Gemüse angebaut, um die Wachmannschaften zu versorgen. In Treblinka gab es gar einen „Zoo“, ähnlich dem in Buchenwald, und mindestens ein Bordell. Auch verfügten alle Vernichtungslager mit Ausnahme Kulmhofs über einen Appellplatz. Was es nicht gab, war eine tatsächliche Überlebenschance. Aus Treblinka konnten während des Aufstands am 2. August 1943 zunächst etwa 250 Menschen fliehen, von denen schlussendlich jedoch nur 60 tatsächlich entkamen. Etwas Ähnliches gilt für Sobibór, wo es am 14. Oktober 1943 ebenfalls zu einem Aufstand kam. 46 von 150.000 bis 250.000 Menschen, die die Nazis in dieses Vernichtungslager deportierten, erlebten das Kriegsende.

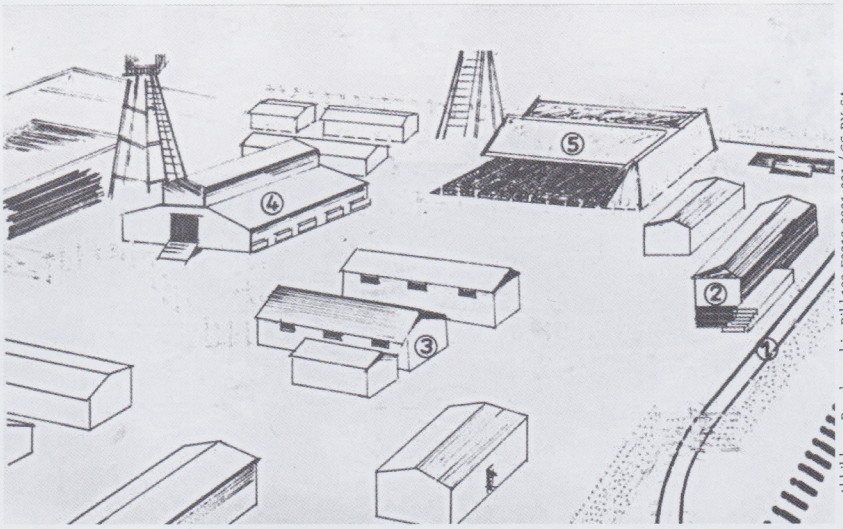


Abbildung: Bundesarchiv, Bild 183-F0918-0201-001 / CC-BY-SA

Lageplan des Todeslagers in Treblinka: 1) Auslade-Bahnsteig 2) Eine falsche Bahnstation 3) Baracken, in denen sich die Opfer entkleiden mussten 4) Gaskammern 5) Gruben, in denen die vergasten Opfer verbrannt wurden. Links folgte ein weiterer Teil des Lagers, dessen Ausmaß mind. genauso groß war.

Auschwitz als Ausnahme

Sieht man genauer hin, sind die Unterschiede und Trennlinien zwischen Konzentrationslagern, sei es allein den nationalsozialistischen oder der Gesamtheit aller als solche bezeichnete Lager und den Vernichtungslagern, die es einzig und allein im Nationalsozialismus gab und in denen mit geringfügigen, teils unbeabsichtigten Ausnahmen, ausschließlich diejenigen ermordet wurden, die der nationalsozialistischen Ideologie zufolge vollkommen vernichtet werden sollten – Juden sowie Sinti und Roma – deutlich zu erkennen. Ebenso wird anhand dieser Unterscheidung noch einmal besonders deutlich, was die nationalsozialistische „Endlösung“ von anderen Genoziden unterscheidet. Selbst bei der Frage danach, ob es sich überhaupt um einen solchen gehandelt hat, wie im Falle des stalinistischen Gulag, gibt diese Unterscheidung Aufschluss. Bei aller Kraft des Symbols „Auschwitz“ lohnt es sich demnach, diese Unterscheidung nicht aus den Augen zu verlieren.

Lesetipps

Wolfgang Benz/Barbara Diestel (Hg.)
Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, 9 Bände, München 2005-2009
Mit fast 500,- Euro Kaufpreis sicherlich keine Empfehlung zur Anschaffung, aber u.a. in Universitäts- und Landesbibliotheken, beispielsweise in der ULB Düsseldorf, vorhanden.

Steinbacher, Sybille
Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte, München 2004
Eine sehr gelungene, kurze, aber dabei nicht verkürzende Übersicht, die in jedem Bücherregal Platz findet und in kaum einen Geldbeutel ein Loch reißt.

Christoph Jahr/Jens Thiel (Hg.)
Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, Berlin 2013
Ein sehr gelungener Sammelband zum derzeitigen Stand der Debatte.

Günter Morsch/Bertrand Perz (Hg.)
Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas: Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Berlin 2011
Gelungene Weiterführung und damit Ergänzung zum Klassiker, der 1983 von Eugen Kogon u.A. herausgegeben wurde:

Eugen Kogon/Hanns Langbein/Adalbert Rückerl u.A. (Hg.):
Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 2003 (4. Auflage)

Naimark, Norman
Stalin und der Genozid, Berlin 2010
Ein etwas gewöhnungsbedürftiges Büchlein, das dennoch auf relativ wenigen Seiten deutlich macht, wie man dazu kommt, die nationalsozialistische „Endlösung“ mit dem Massenterror unter Stalin gleichzusetzen.

Dr. Zübeyde Duyar

Ende der Abschiebehaft in Büren!?

Urteil des EuGH hat Konsequenzen für Flüchtlinge in NRW

Am 17. Juli 2014 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die gemeinsame Unterbringung von Abschiebegefangenen und Strafgefangenen in einem Gefängnis nicht zulässig ist. Das Urteil hat auch Konsequenzen für die Asylpolitik in NRW, da das Zentrale Abschiebegefängnis in der JVA Büren in der bisherigen Form nicht weiter bestehen darf.

Der EuGH stützt seine Entscheidungen auf die sogenannte Rückführungslinie des Europäischen Parlaments und des Rates von 2008, deren Grundsätze im sogenannten Aufenthaltsgesetz in deutsches Recht übernommen wurden. In § 62a Absatz 1 AufenthG heißt es: „Die Abschiebungshaft wird grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen vollzogen. Sind spezielle Hafteinrichtungen im Land nicht vorhanden, kann sie in diesem Land in sonstigen Haftanstalten vollzogen werden; die Abschiebegefangenen sind in diesem Fall getrennt von Strafgefangenen unterzubringen. Werden mehrere Angehörige einer Familie inhaftiert, so sind diese getrennt von den übrigen Abschiebungsgefangenen unterzubringen. Ihnen ist ein angemessenes Maß an Privatsphäre zu gewährleisten." Trotz dieser gesetzlichen Regelungen haben in Deutschland mehr als die Hälfte der Länder keine eigenen Abschiebehafteinrichtungen, so dass diese überwiegend in Haftanstalten für Strafgefangene untergebracht waren, ohne dass das in der Richtlinie vorgesehene Trennungsgebot eingehalten wurde. Hiergegen hatten eine Geflüchtete aus Syrien und ein Geflüchteter aus Marokko, die 2011 und 2012 aus Hessen und Bayern abgeschoben werden sollten, geklagt. Der Bundesgerichtshof (BGH) bzw. das Landgericht München setzten die Verfahren aus und legten dem EuGH die Frage vor, wie die Rückführungsrichtlinie auszulegen sei. In einem dritten entschiedenen Fall ging es um eine Frau aus Vietnam, die eingewilligt hatte, in Strafhaft auf die Abschiebung zu warten. In seiner Entscheidung stellte das EuGH ausdrücklich fest, dass Art. 16 Abs. 1

Satz 2 der Richtlinie 2008/115 dahin auszulegen ist, dass es einem Mitgliedstaat auch dann nicht erlaubt ist, einen Drittstaatsangehörigen für die Zwecke der Abschiebung in einer gewöhnlichen Haftanstalt gemeinsam mit gewöhnlichen Strafgefangenen unterzubringen, wenn der Drittstaatsangehörige in diese Unterbringung einwilligt .

Konsequenzen für die JVA Büren

Bis zur EuGH-Entscheidung war die JVA Büren seit 1994 auch als Abschiebeanstalt im Auftrag der Ausländerbehörden des Landes NRW für den Vollzug der Abschiebehaft zuständig. Auf die Klage eines in der JVA Büren inhaftierten Asylsuchenden aus der Türkei hin beschloss folgerichtig auch der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 25. Juli 2014, dass in der JVA Büren Abschiebegefangene nicht inhaftiert werden dürfen, da auch eine gesonderte Unterbringung von Abschiebehäftlingen in einem normalen Gefängnis gegen europarechtliche Vorgaben verstoße. Spätestens nach diesem Urteil hätten alle Abschiebegefangenen aus der JVA Büren entlassen werden müssen, da in NRW keine spezielle Hafteinrichtung für Abschiebegefangene besteht. Stattdessen wurden die 21 Abschiebegefangenen am 26. Juli 2014 in das Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick verlegt. Die Maßnahmen des NRW-Innenministeriums führten statt zu einer Verbesserung der Situation der Abschiebegefangenen zu massiven Einschränkungen. „Durch die Verlegung ist der Kontakt zu den Anwälten, Verwandten, Freunden und Hilfsorganisationen gestört oder gar unterbrochen," erklärte **Frank Gockel** Pressesprecher des Vereins *Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren.* „Ein Innenminister, der sich bewusst gegen ein Urteil des BGH stellt und Freiheitsberaubung begeht, ist ein Skandal." Die ehemals in der JVA Büren inhaftierten Gefangenen fordern daher weiterhin ihre sofortige Freilassung: „Wir sind Menschen, kein Vieh, was man einfach so durch Deutschland treiben kann". Auch viele andere Flüchtlingsorganisationen wie *pro Asyl* fordern die unverzügliche Freilassung aller Abschiebegefangenen aus der JVA Büren.

Planung hinter verschlossenen Türen

Was aus dem Standort Büren wird, ist nach momentanem Kenntnisstand noch unklar. Das NRW-Innenministerium entzieht sich aktuell einem Dialog mit Hilfsorganisationen zum Thema Abschiebehaft. „Damit verstößt NRW-Innenminister **Ralf Jäger** gegen seine eigenen Aussagen", so Frank Gockel. In einer schriftlichen Mitteilung des Innenministerausschusses am 28.08.2014 hat Jäger noch verkündet, dass er Verbände und Organisationen bei den Beratungsgesprächen hinzuziehen wolle. Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Skandale bezüglich der Übergriffe durch private Wachdienste in den Flüchtlingsheimen ist eine frühe Beteiligung der Flüchtlingsorganisationen bereits bei der Diskussion und Beratung über die grundsätzlichen Fragen der Abschiebehaft in NRW zwingend erforderlich. Es bleibt zu befürchten, dass das NRW-Innenministerium den Standort Büren zu einer speziellen Abschiebehafteinrichtung umfunktioniert und diese schlimmstenfalls mit einer sogenannten „Zentralen Unterbringungseinrichtung" für AsylbewerberInnen kombiniert. Möglich ist auch, dass einzelne Bundesländer weiterhin miteinander kooperieren und keine eigenen Abschiebehafteinrichtungen errichten.

Alternativen und Mindeststandards

Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundlegende Frage, wie man künftig mit der Abschiebehaft noch verfahren möchte. Nach einer Studie des *Jesuiten-Flüchtlingsdienstes* von 2010 sind mit einer Inhaftierung unweigerlich Beeinträchtigungen der physischen und psychischen Integrität sowie das Gefühl, stigmatisiert und kriminalisiert zu werden, verbunden. Eine Abschaffung würde angesichts der immensen Kosten von Abschiebehaft auch die staatlichen Kassen entlasten.

Gerade Abschiebehaft, welche in der Regel nach Antrag der Ausländerbehörden oder der (Grenzschutz-) Polizei erfolgt, wird durch die zuständigen RichterInnen zumeist ohne richtige Sachkenntnisse und gründliche Prüfung angeordnet. Viele der Haftanordnungen erweisen sich als rechtswidrig, da sie mit Form- und Rechtsfehlern behaftet sind und zudem gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip verstoßen. Zur Durchsetzung ihrer Rechte benötigen Abschiebehäftlinge die Unterstützung seitens der Flüchtlingsberatungsstellen. Die Nutzung solcher Beratungsangebote wird ihnen jedoch nicht ausreichend ermöglicht. Die Unterbringung von Abschiebegefangenen, die lediglich ausreisepflichtig sind und keine Straftat begangen haben, in einer Haft bedeutet auch bei der Einhaltung des Trennungsgebotes eine Freiheitsberaubung und eine Menschenrechtsverletzung. Die Abschiebehaft ist keine verhältnismäßige, legitime Maßnahme und verstößt gegen verfassungs- und rechtsstaatliche Grundsätze, weshalb sie komplett abgeschafft gehört. So hat das Saarland schon länger kein Abschiebegefängnis mehr, diesem Beispiel sollte auch NRW folgen.

Über die Autorin

Dr. Zübeyde Duyar ist Juristin und arbeitet für den *AK Asyl e.V.* in Bielefeld.

Von Dr. Björn Elberling

Der § 130 StGB

Was ist eigentlich Volksverhetzung?

Viele verbinden mit dem Begriff Volksverhetzung vor allem die Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung und sehen ihn als spezifischen Anti-Nazi-Paragraphen an. So einfach ist es aber leider nicht: Zum einen kann die Strafnorm auch gegen andere Positionen gewendet werden, zum anderen gibt es viele eindeutig rassistische und nazistische Äußerungen, die nicht bestraft werden.

Der Straftatbestand der Volksverhetzung in § 130 des Strafgesetzbuches (StGB) umfasst zwei verschiedene Arten von Taten: In den Absätzen 1 und 2 bestraft er bestimmte Angriffe auf die klassischen Zielgruppen nationalsozialistischer Propaganda, aber auch auf andere „Teile der Bevölkerung". In den Absätzen 3 und 4 greift er bestimmte klassische Inhalte nationalsozialistischer Propaganda an. Dabei erfasst er aber nicht jede eindeutige Äußerung im Sinne des NS, auch nicht jede öffentliche.

Aufstacheln zum Hass gegen Minderheiten...

Nach § 130 Abs. 1 StGB wird bestraft, wer gegen bestimmte Gruppen oder Einzelne wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Gruppe „zum Hass aufstachelt" oder „zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert" oder wer ihre Menschenwürde dadurch angreift, dass er sie „beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet". Absatz 2 verbietet Herstellung, Verbreitung usw. entsprechender Schriften, Filme etc. Die geschützten Gruppen sind einerseits „nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppen" – das klingt nach Bestrafung von Hetze gegen Minderheiten, von hate crimes. In der Praxis dürfte auch die Mehrzahl der Strafverfahren nach dieser Norm gegen Nazis und andere RassistInnen gerichtet sein.

... oder andere „Teile der Bevölkerung"

Andererseits schützen aber § 130 Abs. 1 und 2 neben den genannten Gruppen jeweils auch „Teile der Bevölkerung". Der Standardkommentar zum StGB von Fischer listet z.B. auf: „die Arbeiter; die Bauern; die Beamten; die Soldaten [...]; die Katholiken; die Protestanten"; erst dann folgen klassische Opfer rechter

Propaganda wie „die Juden“ oder AsylbewerberInnen. Auch „die Polizisten“ werden mitunter als geschützte Gruppen angesehen – was ein Stück weit zurückführt zu den Wurzeln des § 130, der ursprünglich einmal die „Anreizung zum Klassenkampf“ unter Strafe stellte.

Holocaustleugnung und NS-Verherrlichung

Absätze 3 und 4 des § 130 dagegen bestrafen klassische Nazipropaganda. Am bekanntesten ist § 130 Abs. 3, der die Billigung, Leugnung und Verharmlosung der Shoah oder des NS-Völkermords an anderen Gruppen unter Strafe stellt, wenn sie öffentlich begangen wird. 2005 eingefügt wurde § 130 Abs. 4, nach dem bestraft wird, wer in bestimmter Weise „die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“. Dieser Absatz ist auch als „Lex Wunsiedel“ bekannt, denn er dient weniger der Strafverfolgung, sondern vor allem dazu, bestimmte Nazi-Großaufmärsche mit der Begründung zu verbieten, auf diesen würde es zu Straftaten nach § 130 kommen. Tatsächlich wurden die Verbote der Rudolf-Heß-Märsche in Wunsiedel 2005 und 2006 auch hierauf gestützt, während Strafverfahren nach § 130 Abs. 4 weiter selten sind. § 130 Abs. 4 war unter JuristInnen und auch unter AntifaschistInnen nicht unumstritten, denn das Bestrafen einer Meinungsäußerung wegen ihres Inhalts stellt in einem Staat, der sich zu absoluter Meinungsneutralität verpflichtet, einen Tabubruch dar. Aus antifaschistischer Sicht war zu befürchten, dass bald unter Berufung auf „Extremismustheorien“ auch gegen linke Äußerungen vorgegangen würde. Das Bundesverfassungsgericht räumte solche Sorgen mit der „Wunsiedel-Entscheidung“ vom 4.11.2009 weitgehend aus: § 130 Abs. 4 sei zwar nicht meinungsneutral, das sei aber ausnahmsweise zulässig, weil das Grundgesetz ein expliziter Gegenentwurf zu der in § 130 Abs. 4 genannten NS-Gewalt- und Willkürherrschaft sei. Also ein ganz kleines bisschen „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ aus Karlsruhe – das Gericht machte aber auch deutlich, dass es dem Grundgesetz keinen darüber hinausgehenden anti-faschistischen Grundsatz entnimmt, wie ihn antifaschistische Organisationen unter Berufung auf Art. 139 immer wieder eingefordert hatten.

Was ist alles strafbar – und was nicht?

Alle Absätze des § 130 stellen für eine Strafbarkeit weitere Voraussetzungen auf: Insbesondere sind Äußerungen nach den Absätzen 1 und 3 nur strafbar, wenn sie geeignet sind, den „öffentlichen Frieden“ zu stören, Äußerungen nach Absatz 4 nur, wenn sie den öffentlichen Frieden tatsächlich stören und zudem die Würde der Opfer des NS verletzen. Hinzu kommt, dass die Begriffe, die die verbotenen Handlungen beschreiben, durchaus auslegungsbedürftig sind und von den Gerichten oft mit auch nicht viel klareren Begriffen ausgefüllt werden: „Aufstacheln zum Hass“ etwa wird im schon erwähnten Standardwerk von Fischer definiert als „eine auf die Gefühle des Adressaten abzielende, über bloße Äußerung von Ablehnung und Verachtung hinausgehende Form des Anreizens zu einer feindseligen Haltung“. Ähnliche Formeln finden sich zu den meisten anderen Begriffen. So überrascht es nicht, dass etwa die Frage, ob eine bestimmte Parole auf einer Demo strafbar ist oder nicht, von feinsinnigen Differenzierungen abhängt. So ist etwa die Parole „Türken raus“ dann nicht strafbar, wenn damit „nur“ gemeint ist, sie sollten das Land verlassen – etwas anders gilt aber, wenn sich aus den Umständen eindeutig ergibt, dass „konkludent“ zu Willkürmaßnahmen aufgerufen wird, z.B. gegen die, die der „Aufforderung“ nicht Folge leisten. Eingestellt wurde auch ein Strafverfahren gegen einen Neonazi, der auf einer Demo „Nationalsozialismus jetzt!“ gebrüllt hatte: § 130 Absatz 4, so die Begründung der Staatsanwaltschaft, verbiete ja nur die Glorifizierung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, die Parole aber habe wohl nur den NS „als solchen“ gemeint. Derlei Spitzfindigkeiten mögen juristisch vielleicht sogar vertretbar sein, politisch sind sie nur schwer verdaulich.
Gleichzeitig kann die Offenheit des § 130 auch dazu führen, dass seine Anwendung von politischen Stimmungen und individuellen Einstellungen der Entscheidenden abhängt – und dass er auch gegen linke Positionen gewendet wird: So hat vor wenigen Jahren die Staatsanwaltschaft Kiel einen Demo-DJ wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er den *Fischmob*-Track „Polizei Osterei“ abgespielt hatte. Dieser enthält die Textzeile „Mollies und Steine für Bullenschweine“. Dass der ganze Track in schlumpftechnomäßiger Verfremdung vorgetragen wird und sich selbst auf die Schippe nimmt und dass es sich um eine reine „Latschdemo“ handelte, deren TeilnehmerInnen zu Gewalt gegen PolizistInnen weder aufgerufen werden konnten noch sollten – all das interessierte die Staatsanwaltschaft keinen Deut. Erst das Gericht hatte ein Einsehen und stellte das Verfahren ein.
Aus antifaschistischer Sicht ist die Praxis zu § 130 damit ein weiterer Beleg, dass im Kampf gegen Nazis und andere RassistInnen das staatliche Strafrecht nie mehr als nur ein untergeordnetes Mittel sein kann.

Von Günter Born

Kein Platz an der Sonne

Für die Geschichte des Rassismus in Deutschland bildet immer noch der historische Nationalsozialismus den zentralen Referenzrahmen. Dies hat jedoch zu einem verkürzten Blick auf die Entwicklungslinien, Legitimations- und Reproduktionsmuster des Rassismus in Deutschland beigetragen. Die viel weiter zurückreichenden rassistischen Denkformen, Diskursmuster und Praktiken des Kolonialismus blieben so überwiegend unbeachtet. Der Hamburger Historiker Jürgen Zimmerer hat deshalb von einer „kolonialen Amnesie“ gesprochen, die sich erst allmählich aufzulösen beginnt. Hinweise darauf liefern Debatten um die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die sich positiv auf Ereignisse, Territorien und Personen der Kolonialgeschichte beziehen, oder die Kontroversen über die aus der Kolonialzeit stammenden Sammlungen und Präsentationsformen ethnologischer Museen. Der Sammelband „Kein Platz an der Sonne“ greift diese Debatten in insgesamt 33 Beiträgen auf. Es geht dabei weniger um die Geschichte des deutschen Kolonialismus, als vielmehr darum eine „(post)kolonialen Erinnerungsraum zu durchforsten und auszuloten, und damit den historischen Ort des Kolonialismus in der deutschen Geschichte zu erkunden.“ Die Lektüre des gut lesbaren Bandes macht deutlich: Der deutsche Kolonialismus in seiner formalen Ausprägung mag „Geschichte“ sein – in den von ihm entworfenen Diskursen und Praktiken ist er immer auch „Gegenwart“.

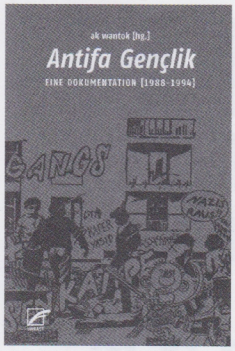
Jürgen Zimmerer (Hg.)
Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte.
Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2013
524 Seiten, 34,99 Euro, bei der Bundeszentrale für politische Bildung für 4,50 Euro erhältlich

Von Verena Grün

„Deutschland treibt sich ab“

„Deutschland treibt sich ab“, so der Titel eines neuen Büchleins der Reihe „Unrast transparent“. Auf knapp 100 Seiten befassen sich die Autor_innen mit den selbsternannten „Lebensschutz“-Gruppierungen. Zu Beginn werden „Fakten, Mythen, Propaganda“ des Themenfelds dargestellt, da der „Kampf um Begrifflichkeiten“ zentrales Feld der Auseinandersetzung ist. Das folgende Kapitel beinhaltet eine Analyse der Feindbilder, die immer wieder bemüht werden, wie „Gottlosigkeit und Säkularisierung“, aber auch „die 68er“ und der Feminismus. Es folgt eine kurze Geschichte der „Lebensschutz“-Bewegung in Deutschland, bevor dann die verschiedenen Aktionsformen wie der „Marsch für das Leben“ oder das perfide Verteilen und Verschicken von Embryomodellen beleuchtet werden. Das letzte Kapitel widmet sich den Akteuren, hier werden die Verbindungen und Abgrenzungen deutlich, auch die *Alternative für Deutschland* und ihre Verbindung zum Thema finden Berücksichtigung.
Aus der Publikation spricht das fundierte Wissen der Autor_innen über die verschiedenen Spektren der extremen Rechten und deren Schnittstellen ins konservative und christlich-fundamentalistische Milieu und ihre mehrjährige Beobachtung und Analyse des Berliner „Marschs für das Leben“. Trotz großen Detailreichtums in der extrem komprimierten Form gelingt eine gut lesbare und klare Analyse des Untersuchungsgegenstands. Schade, dass das Format nur so wenig Seiten zulässt.

Eike Sanders, Ulli Jentsch, Felix Hansen
„Deutschland treibt sich ab“. Organisierter „Lebensschutz“. Christlicher Fundamentalismus. Antifeminismus
Unrast-Verlag, Münster 2014
98 Seiten, 7,80 Euro



Von Tobias Hoff

Antifa Gençlik

Das Herausgeber_innenkollektiv „ak wantok" legt mit „Antifa Gençlik" eine erste Publikation zum Wirken der Gruppe *Antifaşist Gençlik* (türkisch für *Antifaschistische Jugend*) vor. Die *Antifa Gençlik* gründete sich 1989 Jahre in Berlin als ein Zusammenschluss von Jugendlichen vornehmlich aus der türkischen und kurdischen Community, die sich gegen rassistische Verhältnisse und eine zunehmende neonazistische Straßengewalt organisierten. Die Herausgeber_innen betonen den Dokumentationscharakter des Buches, das in erster Linie Artikel, Interviews und Flugblätter aus der Zeit von 1988 bis 1994 chronologisch aufbereitet. Einen zentralen Beitrag stellt ein bisher unveröffentlichtes Diskussionspapier des ehemaligen Mitglieds Ercan Yasaroglu dar, der selbstkritisch die Arbeit der *Antifa Gençlik* reflektiert, aber auch den problematischen, oft paternalistischen Umgang der „deutschen Linken" mit der Gruppe thematisiert. Gerahmt wird das Material durch zwei aktuelle Beiträge: Garip Bali widmet sich dem (migrations-)gesellschaftlichen Entstehungskontext der *Antifa Gençlik*, für den sowohl die türkisch-kurdische Vereinskultur, der enge Bezug zu den Jugendbanden sowie die Anbindung an die autonome Antifa-Szene in Berlin eine wichtige Rolle gespielt haben. Çağrı Kahveci kontextualisiert die Bedeutung der Gruppe als eine widerständige Form migrantischer Selbstorganisierung gegen Rassismus. Das Buch trägt dazu bei, dass dieser wichtige Moment antifaschistischer Bewegungsgeschichte und migrantischer Selbstorganisierung nicht in Vergessenheit gerät und regt zu weitergehenden Auseinandersetzungen an.

ak wantok (Hg.)
Antifa Gençlik – Eine Dokumentation (1988-1994)
Unrast Verlag, Münster 2014
164 Seiten, 13,00 Euro

Von Johannes Hartwig

Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit

Analysen zu antiziganistischer Berichterstattung gibt es bereits mehrere, diese Arbeiten untersuchten zumeist quantitativ die Verbreitung antiziganistischer Bilder in den Medien. Vor diesem Hintergrund stellt Markus End in der vom *Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma* in Auftrag gegebenen Studie „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit" nicht die Frage, ob es Antiziganismus in der medialen Berichterstattung gibt, sondern wie dieser vermittelt wird. Anhand von Beispielen analysiert End die Berichterstattung über Sinti_ze und Rom_nja und arbeitet verschiedene Formen medial kommunizierter antiziganistischer Bilder heraus.
Dabei zeigt sich deutlich, dass Bilder und Stereotype nicht immer offen vertreten werden müssen, wie es beispielsweise in der Berichterstattung über das Roma-Mädchen Maria der Fall war. Zumeist werden sie viel beiläufiger verbreitet, so in den Berichten über „Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien", in denen Rom_nja zum Teil nicht erwähnt werden und die dennoch anhand ihrer Bildsprache oder Begriffe antiziganistische Stereotype verbreiten.
Wer sich mit den aktuellen Debatten um Antiziganismus auseinandersetzen möchte, findet in der Studie detailliert ausgearbeitete Analysen, die deutlich machen, dass insbesondere die mediale Berichterstattung die immer aggressiver geführte Diskussion um die sogenannte Armutszuwanderung weiter vorantreibt.

Markus End
Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit – Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation
Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2014
365 Seiten

Die Studie steht als PDF-Datei zum Download zu Verfügung unter:
www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf

Antifa-Taschenkalender 2015

25 Jahre Antifakalender

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender in seiner 25. völlig überarbeiteten Neuauflage wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen sowie Adressen, Tipps und Tricks für Antifas.

256 Seiten, 7 €, ISBN 978-3-89771-715-2

AB SEPTEMBER 2014 erhältlich

in jedem Buch- und Infoladen oder bei uns:

***UNRAST* Verlag**
Postfach 8020 | 48043 Münster
info@unrast-verlag.de

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerk. Anti-Konzessionspolitik
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen?! 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Niddastr. 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

Probeheft gratis!

Wer gibt den Ton an?

Aktueller Schwerpunkt:
Machtfrage in Betrieb und Gesellschaft

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

www.direkteaktion.org

der rechte **rand**
magazin von und für antifaschistInnen
recherche. analyse. perspektive

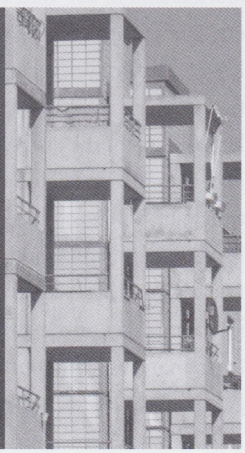
THEMA_

HELLERSDORF UND DIE FOLGEN

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 66/2014 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/Antifaschistischesinfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:

O ab der aktuellen Ausgabe O ab der nächsten Ausgabe

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

O Jahresabo, Inland	15 Euro
O Jahresabo, Ausland	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	25 Euro
O Jahresabo, Förderabo II (beliebige Summe > 25,00 Euro)	___ Euro
O Jahresabo, Förderabo III (beliebige Summe ab 50,00 Euro. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung über die Fördersumme aus.)	___ Euro

„ Alle Preise inkl. Porto und Versand.
„ Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
„ Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 900
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Nicht in allen Fällen konnten die UrheberInnen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INPUT

Antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Programm Dezember 2014 bis Februar 2015

1. Dezember 2014, 19.30 Uhr

Aufbruch zur vierten Halbzeit?

Rechte Hooligans im "Kampf gegen Salafisten"
ReferentIn: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

26. Januar 2015, 19.30 Uhr

50 Jahre NPD

Eine Partei zwischen bürgerlichem Auftreten, militantem NS und nationalrevolutionärem Gestus
Referent: Andreas Speit
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

23. Februar 2015, 19.30 Uhr

Links blinken, rechts abbiegen

Die Wege des Jürgen Elsässer und seines Projekts „Compact“
Referent: Volkmar Wölk
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken KV Düsseldorf*

http://www.linkes-zentrum.de/gruppen/input